

Die Grünen Freiburg

Wahlprogramm
Kommunalwahl 7. Juni 2009



Inhalt

Präambel: Grün wirkt!

- 1 Green City: Nachhaltige Stadtentwicklung in Freiburg**
- 5 Bildung**
- 11 Klimaschutz – die emissionsfreie Stadt**
- 14 Mobile Stadt – innovativer Verkehrsmix**
- 17 Grüne Wirtschaftspolitik für Freiburg**
- 22 Haushaltspolitik**
- 25 Sozialpolitik**
- 27 Lebendige Stadt – Kinder, Jugend und Familie**
- 30 Seniorinnen und Senioren**
- 32 Wohnen**
- 35 Auf der Freiburger Linie – Stadtinnenpolitik**
- 36 Beteiligung**
- 40 Freiburg – eine bewegte Stadt – eine Stadt in Bewegung**
- 41 Regenbogenpolitik in Freiburg**
- 42 Kultur**
- 45 Leben im Dreiländereck – Freiburg in Europa und der Welt**
- 47 Frauenpolitik und Gender Mainstreaming**
- 49 Integration**
- 54 Index**

Grün wirkt!

Grün wirkt für Freiburg:

Als größte Fraktion im Gemeinderat konnten wir Grüne in den letzten fünf Jahren die Politik in Freiburg maßgeblich mitgestalten. Freiburg ist ökologischer, sozial gerechter, nachhaltiger und demokratischer geworden.

Grün wirkt ökologisch:

Im Klimaschutz ist vom Freiburger Passivhausstandard bis zur Ökostrom-Straßenbahn vieles auf den Weg gebracht worden. Und dank des neuen Flächennutzungsplan ist flächensparende Stadtentwicklung jetzt Realität. Damit Freiburg auch künftig weltweit als Vorbild für eine ökologische Stadt wirken kann, muss die erfolgreiche Grüne Politik fortgeführt werden: Mit einer konsequenten Energiepolitik, einer behutsamen Stadtentwicklung und einer klugen Mobilitätspolitik.

Grün wirkt sozial gerecht:

Vom Ausbau der Krippenplätze, der frühkindlichen Sprachförderung über das 1-Euro-Mittagessen an Schulen bis zum Programm „Erfolgreich in Ausbildung“ für Jugendliche. Zweihundert neue Sozialwohnungen werden jährlich gebaut und wir haben durchgesetzt, mehr Wohnungen zu dämmen - das schont den Mieter-Geldbeutel und das Klima. Freiburg soll auch künftig eine soziale Stadt bleiben, in der alle die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Ein Schwerpunkt grüner Politik in den nächsten Jahren wird daher eine Bildungspolitik sein, die alle Kinder mitnimmt.

Grün wirkt nachhaltig:

Unsere Politik geht nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen - wir konnten den ererbten Schuldenberg der Stadt, der wie eine Wanderdüne alle Errungenschaften zu vernichten droht, deutlich verkleinern. Früher hat Freiburg immer mehr, immer neue Schulden gemacht. Wir GRÜNE haben das geändert, Schulden zurückbezahlt und endlich nachhaltig gewirtschaftet. Wir wollen für Freiburg auch künftig eine Haushaltspolitik mit Augenmaß, die auch in Zukunft Spielräume für politische Gestaltung lässt und nicht auf Kosten unserer Kinder Schulden anhäuft.

Grün wirkt demokratisch:

Wir haben uns für ein Mehr an Bürgerbeteiligung eingesetzt. Flächennutzungsplan, Kulturkonzept und Beteiligungshaushalt waren erfolgreiche Schritte auf dem Weg zu mehr Beteiligung. Wir wollen in Zukunft mehr Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und glauben, dass Politik in Freiburg auf den kreativen Input Aller angewiesen ist – ob sie sich nun in Vereinen, Bürgerinitiativen und Parteien engagieren oder an moderne Beteiligungsverfahren wie den Beteiligungshaushalt teilnehmen.

Grün wirkt fünf Jahre lang:

Wir haben wir viel vor und entsprechend dick ist unser Wahlprogramm. Wir laden alle Freiburgerinnen und Freiburger ein: Lesen Sie unser Programm, diskutieren Sie unser Programm mit uns, mischen Sie sich ein! Helfen Sie uns, damit Grün weitere fünf Jahre wirken kann.

Green City: Nachhaltige Stadtentwicklung in Freiburg

Nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit gilt Freiburg als Vorbild für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Viele Konzepte werden als wegweisend anerkannt, sei es der sparsame Flächenverbrauch, das herausragende Nahverkehrsangebot oder die ehrgeizige kommunale Klimaschutzpolitik. Um dieser Vorbildfunktion weiterhin gerecht zu werden und unserer Verantwortung für eine sozial, ökologisch und ökonomisch tragfähige Entwicklung nachzukommen, müssen wir auch in Zukunft engagiert vorangehen – gemeinsam mit BürgerInnen, Institutionen und Organisationen, Wirtschaftsvertretern und den kommunalpolitischen Akteuren.

Auch wenn wir in Freiburg schon manches erreicht haben – angesichts des weltweiten Klimawandels, Artensterbens und Landschaftsverbrauchs und der damit einhergehenden Gefährdung unserer Lebensgrundlagen bleibt noch eine Menge zu tun.

Wie also soll sich Freiburg gemäß dem nach wie vor brandaktuellen Leitbild „Global denken – lokal handeln“ in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterentwickeln?

Drehbuch der Zukunft – der Flächennutzungsplan 2020

Eine klare Trendwende in der bisherigen Stadtentwicklungspolitik markierte im Juli 2006 die Verabschiedung des Flächennutzungsplanes (FNP) 2020 durch den Freiburger Gemeinderat. Hatte zuvor während der 20-jährigen Regentschaft des SPD-Oberbürgermeisters Rolf Böhme noch eine weitgehend unkritische Wachstums- und Flächenexpansionspolitik vorgeherrscht, wurden die Weichen mit der Amtsübernahme durch den grünen Oberbürgermeister Dieter Salomon neu gestellt: Kriterien der Nachhaltigkeit finden zunehmend Eingang in die Freiburger Kommunalpolitik.

Die „kompakte“ Stadt

Der mit intensiver Bürgerbeteiligung entwickelte Flächennutzungsplan macht zum ersten Mal Ernst mit den grünen Forderungen nach Flächeneinsparung und Innenentwicklung und setzt auf das Leitbild der „kompakten“ Stadt. Statt weiterhin ökologisch und für die Naherholung wertvolle Freiflächen zu opfern, soll deren Inanspruchnahme so weit wie möglich reduziert und die bauliche Entwicklung auf den Innenbereich konzentriert werden. Im begleitenden Landschaftsplan werden im Gegenzug alle ökologisch wertvollen Flächen im Innen- und Außenbereich mit ihren jeweiligen Funktionen dargestellt und notwendige Maßnahmen zur Erhaltung, Aufwertung und Entwicklung aufgezeigt (z.B. Grünvernetzung, Ausweisung neuer Natur- und Landschaftsschutzgebiete). Baugebiete im Außenbereich, auf die auch zukünftig nicht völlig verzichtet werden kann, wurden auf ihre ökologische Verträglichkeit, ihre Anbindung an den ÖPNV und an benachbarte Stadtteilzentren sowie auf ihre Eignung für Familien geprüft und entsprechend ausgewiesen.

Innenentwicklung statt Landschaftsverbrauch

Die Erschließung von Baulücken, Brachflächen oder schlecht genutzten Grundstücken für die Erstellung neuer Wohnungen oder für gewerbliche Zwecke bietet viele Vorteile. Zum einen wird die freie Landschaft vor weiterer Inanspruchnahme geschützt und erhalten. Zum anderen können unansehnliche Baulücken, die oft schon voll erschlossen sind, ohne größere zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand sinnvoll genutzt werden.

Die infolge der demografischen Entwicklung zunehmend gefährdete Infrastruktur in den Stadtquartieren kann durch die Schaffung neuen Wohnraums, insbesondere für Familien, langfristig erhalten werden. Denn die Stabilisierung bzw. Steigerung der Einwohnerzahl führt zu einer besseren Auslastung vorhandener Angebote – vom Lebensmittelgeschäft über Restaurants, Kneipen, Kindergärten, Schulen, kulturelle oder soziale Einrichtungen bis zu Arztpraxen und Sportvereinen. So bleiben Stadtquartiere lebendig oder erhalten überhaupt erst eine Chance auf eigenständige Entwicklung. In isolierten Neubaugebieten am Stadtrand müsste die erforderliche Infrastruktur dagegen erst mit hohem finanziellem Aufwand geschaffen werden. Daher bietet die Innenentwicklung auch rein ökonomisch gesehen eindeutige Vorteile.

Viele ältere Menschen, vor allem Alleinstehende, leben in Familienwohnungen, die ihnen längst zu groß geworden sind. Diejenigen, die einen Umzug erwägen, möchten verständlicherweise in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Daher ist es wichtig, in allen Stadtquartieren durch Umbau oder Neubau mehr bedarfs- und altersgerechten Wohnraum zu schaffen. Werden große Wohnungen frei, können sie Familien zur Verfügung gestellt werden.

Chancen für Qualitätsverbesserung nutzen

Neue umfangreiche Vor-Ort-Studien, die 2008 im Rahmen eines vom Bund geförderten Forschungsprogramms zum Thema Flächensparen durchgeführt wurden, belegen, dass die Stadt Freiburg bis 2030 je nach zugrunde gelegtem Szenario zwischen 65 und 96 % des Wohnungsneubedarfs durch Innenentwicklung abdecken kann. Es werden also nur noch 4–35 % auf den Außenbereich entfallen. Das eröffnet die Chance, die Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen, die im Flächennutzungsplan bereits als potenzielle Baugebiete ausgewiesen sind, aufzuschieben, diese Flächen zu reduzieren bzw. auf manche sogar ganz zu verzichten. Relevant ist dies insbesondere für Flächen, die schon im Rahmen der Bürgerbeteiligung vor allem aus ökologischen Gründen kontrovers diskutiert wurden, wie z.B. die Zähringer Höhe.

Bei der Nachverdichtung müssen wir unser Augenmerk noch mehr als bisher auf die städtebauliche Qualität der Bauvorhaben richten: auf eine ortsangepasste Bebauung, hohe architektonische Qualität, zukunftstaugliche Energiestandards und eine nachbarschaftsverträgliche Nutzung. Auch auf die Umgestaltung, Aufwertung und Nutzbarmachung des öffentlichen Straßenraumes für die BewohnerInnen ist zu achten, beispielsweise durch Verkehrsberuhigung, Anwohnerparkvorrechtigung und/oder die Verbannung von Autos in Tiefgaragen. Quartiersplätze und öffentliche Grünflächen sollten nutzerfreundlich umgestaltet und über barrierefreie Fuß- und Radwege miteinander vernetzt werden. Die Begrünung von Straßen, Wegen, Plätzen, Freiflächen und Gebäuden wirkt sich nicht nur positiv auf Stadtklima und Ökologie aus, sondern tut auch Auge und Seele gut.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, die Wohn- und Lebensqualität für Jung und Alt in den Quartieren und die Möglichkeiten zur sozialen Kommunikation zu verbessern.

Stadtentwicklung heißt Quartiersentwicklung

Die Stadtquartiere sind der eigentliche Lebensmittelpunkt vieler BürgerInnen – vor allem jüngerer und älterer Menschen – und sollen künftig stärker als eigenständiger Mikrokosmos wahrgenommen und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Unser Leitbild sind altersgemischte, sozial vielfältige Stadtteile der kurzen Wege mit einer guten Infrastruktur, die die tägliche Nahversorgung und die Erfüllung von Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und sozialen Bedürfnissen sicherstellt – und zwar in einem verkehrsberuhigten, an den ÖPNV angebotenen durchgrünten Umfeld.

Die Umsetzung dieser Ziele soll in enger Abstimmung zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft im Rahmen von Stadtteilentwicklungsplänen vorangetrieben werden, die als Orientierungsrahmen für alle kurz-, mittel- und langfristigen Projekte im Quartier dienen. Für Zähringen und Haslach wurde ein solcher Plan bereits erstellt.

Wir wollen, dass solche Entwicklungspläne sukzessive für alle Stadtquartiere erarbeitet werden.

Die Innenstadt als besonderer Stadtteil

Unbestritten ist die Innenstadt das Herzstück Freiburgs und der südlichen Oberrheinregion. Kultur und Kommerz, Freizeit und Arbeit, Beschaulichkeit und Betriebsamkeit, Einheimisches und Fremdes – alles trifft hier zusammen. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten.

Keine weitere Kommerzialisierung der Innenstadt. Die Innenstadt soll allen zur Verfügung stehen, niemand soll vertrieben werden. Und nicht jeder Quadratmeter darf privatisiert und damit der öffentlichen Nutzung entzogen werden. Den Auftrag zur Entwicklung eines entsprechenden Nutzungskonzepts und zur Steuerung der künftigen Entwicklung hat der Gemeinderat bereits erteilt.

Attraktiven Branchenmix erhalten. Es gilt, eine zunehmende Filialisierung zu verhindern. Um den steigenden Immobilienpreisen in den 1-a-Lagen etwas entgegenzusetzen, setzen wir uns für eine Erweiterung der Fußgängerzone nach Westen bis zum Bahnhof ein. Der Umbau des gesamten Rotteckrings von der Kronenbrücke bis zum Siegesdenkmal wird dies ermöglichen. Es werden attraktive neue Plätze entlang verkehrsberuhigter Stadtboulevards entstehen – allen voran der neu zu gestaltende Platz der Alten Synagoge als westliches Entrée zur Innenstadt.

Weiterführung des Märkte- und Zentrenkonzepts. Auch in Zukunft wollen wir den Einzelhandel in der Innenstadt und in den Stadtteilen vor der ungleichen Konkurrenz auf der grünen Wiese mit ihren günstigen Grundstückspreisen und den riesigen kostenlosen Parkplätzen schützen.

Oberstadtentwicklungsplan. Wir brauchen einen Plan zur Stärkung der östlichen Altstadt, der die Neukonzeption des Adelhauser- und Augustinermuseums und deren Öffnung zur Stadt mit berücksichtigt. Einer städtebaulichen Neuordnung an der Schlossbergnase unterhalb des Greiffenegg-Schlössles werden wir nur zustimmen, wenn ein qualitativ hochwertiges Nutzungs- und Gestaltungskonzept entwickelt wird, das der herausgehobenen Lage entspricht. Gleichzeitig muss ein überzeugender, umsetzungsfähiger Plan zur Neugestaltung und Beruhigung der Verkehrswege am Schwabentor vorliegen.

Stadttunnel. Wir setzen uns für den Bau des Stadttunnels zwischen Ganter-Brauerei und Kronenbrücke ein. Durch Bündelung des oberirdisch fließenden Restverkehrs auf den südlichen Dreisamuferstraßen kann am nördlichen Ufer westlich der Schwabentorbrücke ein verkehrsberuhigter Boulevard mit direktem Zugang zur Dreisam entstehen. Freiburg würde endlich eine „Stadt am Fluss“ mit neuen innenstadtnahen Freizeit- und Erholungsangeboten.

Zukunftsweisende Wohn- und Gewerbequartiere

Bei der Planung größerer Wohn- und Gewerbequartiere müssen die Erfahrungen, die bei der Entwicklung der Stadtteile Vauban und Rieselfeld gemacht wurden, von Beginn an in die Konzeption, Vermarktung und Realisierung einfließen.

Modellstadtteil Gutleutmatten. Wir möchten die Gutleutmatten in Haslach als weitgehend autofreien Stadtteil gestalten. Nicht nur die Anbindung an den ÖPNV ist optimal, auch Stadtteilzentrum, Hallenbad und Staudinger-Schule befinden sich in unmittelbarer Nähe. Insbesondere Familien und ältere BewohnerInnen werden davon profitieren. Wir setzen uns dafür ein, dass hier verstärkt innovative Mehrgenerationen- und Baugruppenprojekte in ökologischer, barrierefreier Bauweise entstehen und das Wohnumfeld kinder- und altengerecht gestaltet wird. Laut Gemeinderatsbeschluss wird hier ein reines Passivhausgebiet entstehen. Zusammen mit der Haslacher Bürgerschaft soll in den Gutleutmatten ein Modellstadtteil des 21. Jahrhunderts entwickelt werden.

Güterbahnhof Nord. Wir setzen uns dafür ein, den Güterbahnhof Nord zu einem hochwertigen Gewerbe- und Dienstleistungsstandort auszubauen. Der flexible Bebauungsplan schafft dafür optimale Voraussetzungen. Denkmalschutzwürdige Gebäude, neue Quartiersplätze und eine zentrale grüne Achse sollen das Grundgerüst dieses modernen neuen Gewerbe- und Dienstleistungsquartiers bilden. Wir möchten, dass sich dort Forschungseinrichtungen, Dienstleistungsbetriebe, Hightech- und Handwerksfirmen, ExistenzgründerInnen, aber auch Gastronomie und Kulturschaffende ansiedeln, und wir unterstützen innovative Formen arbeitsplatznahen Wohnens. Wir legen Wert auf architektonische Qualität, vorbildliche energetische Gebäudestandards und emissionsneutrale Restenergieversorgung. Das neue Quartier soll zu einem Highlight nachhaltiger Stadtentwicklung werden.

Wettbewerb erwünscht. Bei beiden Projekten sind Wettbewerbsverfahren vorgesehen. Zur Sicherung der architektonischen und städtebaulichen Qualität werden wir uns auch bei anderen wichtigen städtischen Bauvorhaben für die Durchführung von Wettbewerben einsetzen.

Die Gewerbeflächen reichen aus

Auch für Gewerbeflächen gilt: Die Überbauung von Lücken und Brachen, die Nachverdichtung untergenutzter Gewerbeareale, die Sanierung altlastenbehafteter Flächen und die Umnutzung frei werdender Industrie-, Gewerbe- und Sonderbauflächen muss Vorrang vor Neuerschließungen haben.

Der künftige Bedarf muss mit vorhandenen Flächen gedeckt werden. Dazu zählen z.B. der 40 Hektar große Güterbahnhof Nord, der Gewerbepark Breisgau, an dem die Stadt mit 30 % beteiligt ist, die großen Reserveflächen der Firma Rhodia im Industriegebiet Nord sowie die südwestliche Flanke des Gewerbegebiets Haid als einzige Neuausweisung. Erst wenn diese Potenziale ausgeschöpft sind und nachweislich weitere Gewerbeflächen benötigt werden, kann über die Ausweisung eines zusätzlichen – bevorzugt interkommunalen – Gewerbegebietes an geeigneter, ökologisch verträglicher und verkehrstechnisch gut erschlossener Stelle nachgedacht werden. Wir halten dies innerhalb der nächsten Jahre jedoch nicht für erforderlich.

Planungsinstrumente zielgerichtet einsetzen

Beschließt der Gemeinderat, durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes zuvor meist land- oder forstwirtschaftlich genutzte Freiflächen in teure Wohn- oder Gewerbegebiete umzuwandeln, steigen die Bodenpreise erheblich. Von diesen Planungsgewinnen profitieren in erster Linie die privaten Grundstückseigentümer, während die Stadt, d.h. die Allgemeinheit, für Erschließungs- oder sonstige Folgekosten wie den Bau von Kindergärten und Schulen sowie für ökologische Ausgleichsmaßnahmen aufzukommen hat. Wir setzen uns dafür ein, dass ein angemessener Teil der Planungsgewinne für genau diese Leistungen verwendet wird: Durch den Abschluss städtebaulicher Verträge sollen die Grundstückseigentümer zur Finanzierung der Folgekosten und anderer im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben (z.B. Bereitstellung preisgünstiger Miet- und Eigentumswohnungen oder Umsetzung verbesserter energetischer Baustandards) herangezogen werden. Ohne die Zustimmung der Grundeigentümer zu diesen Verträgen sollen keine neuen Baurechte vom Gemeinderat geschaffen werden.

Ressource Natur

Freiburg ist einzigartig – auf einer Fläche von rund 15.000 Hektar innerhalb einer Höhendifferenz von über 1.000 Metern trifft man auf unterschiedlichste naturräumliche Gegebenheiten. Daraus resultiert eine Vielfalt an Biotopen mit einem Artenreichtum, der in Deutschland selten sein dürfte. Dies belegt auch der Freiburger Tag der Artenvielfalt, der Jahr für Jahr von engagierten Umweltgruppen und städtischen Ämtern durchgeführt wird. Über 50 % des Stadtkreisgebietes sind landschaftsökologisch so wertvoll, dass sie als Schutzgebiete dauerhaft gesichert sind. Wertvolle Natur ist aber auch wichtig für die Naherholung der Bevölkerung. Uns Grünen ist es deshalb ein Anliegen, dass diese Flächen und ihre Artenvielfalt erhalten bleiben. Wald und wertvolle Freiflächen dürfen nicht länger in großem Stil als Baugebiete geopfert werden. Mit dem von unserem grünen Oberbürgermeister vollzogenen Wandel in der Flächennutzungsplanung sind die Weichen richtig gestellt worden.

Bildung

Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und das Wichtigste, was wir Kindern und Jugendlichen für ein selbstbestimmtes Leben mit auf den Weg geben können. Ganzheitliche Bildung fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und eröffnet Chancen für ein erfolgreiches Berufsleben. Bildung ist zugleich eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer wissensbasierten Gesellschaft. Durch die demografische Entwicklung steigt der Bedarf an gut ausgebildeten jungen und gut weitergebildeten älteren Menschen.

„Kein Kind darf zurückgelassen werden“ – der Leitspruch des PISA-Siegers Finnland ist auch die Maxime grüner Bildungspolitik. Unser Ziel: gelingende Bildungsbiografien für alle – vom Kindergarten über Schule und Ausbildung bis ins Berufsleben.

Bildungspolitik ist Sozialpolitik

Der Zugang zu Bildung ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Auch im Jahre 2009 hängt der Schulerfolg eines Kindes noch vom sozialen Status der Eltern ab. Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwachen Familien sind eindeutig im Nachteil. Bildungsverlierer dürfen und können wir uns nicht leisten. Wir brauchen jedes Kind, wir müssen alle Begabungen und Fähigkeiten fördern.

Bildung ist Armutsprävention

Armut bedroht vor allem Menschen ohne Ausbildung, Alleinerziehende und Migranten. Armutsprävention muss daher bei den Hauptrisikogruppen ansetzen.

Alleinerziehende haben ein erhöhtes Armutsrisiko, weil sie aufgrund unzureichender Betreuungsangebote nicht oder nur in Teilzeit berufstätig sein können. Mehr Ganztagschulen und ganztägige Betreuungsangebote können hier weiterhelfen.

Das Ausbildungsniveau von Migranten ist im Durchschnitt deutlich schlechter als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Integrationsmaßnahmen und gezielte Förderung können das Armutsrisiko senken. Sprachentwicklung muss schon in der Kita gefördert werden.

Viel zu viele Jugendliche brechen die Schule ab und machen keine Ausbildung. Hier müssen wir massiv gegensteuern: Kein Jugendlicher darf ohne Schulabschluss bleiben, jede und jeder hat ein Recht auf eine Erstausbildung (siehe auch Sozialpolitik; Integration).

Freiburg – Stadt der Bildung und Wissenschaft

Freiburg ist eine Stadt der Bildung und Wissenschaft. Rund 30.000 Studierende sind an der Universität und an den verschiedenen Freiburger Hochschulen (Pädagogische Hochschule, Musikhochschule, Fachhochschulen) eingeschrieben. Die Universität ist mit 14.300 Beschäftigten zugleich die größte Arbeitgeberin der Stadt. Daneben prägen Akademien, Forschungsinstitute und Weiterbildungseinrichtungen das Profil Freiburgs. Ebenso vielfältig ist die Schullandschaft: An mehr als hundert öffentlichen und freien, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden fast 40.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Grüne Bildungspolitik 2004–2009:

Wir haben in Freiburg viel auf den Weg gebracht

Bildungsregion Freiburg

Was der Deutsche Städtetag seit Jahren fordert, ist von uns bereits auf den Weg gebracht worden: Mit der Einrichtung des Regionalen Bildungsbüros 2005 wurden die Weichen in Richtung Bildungsregion Freiburg gestellt. Vernetzung der Bildungseinrichtungen, systematische Qualitätsentwicklung, Öffnung der Schulen, mehr Eigenständigkeit und Kooperation mit außerschulischen Partnern – dies alles soll die Bildungs- und Ausbildungschancen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhöhen. Fast alle Freiburger Schulen beteiligen sich am Projekt Bildungsregion. Und die Stadt investiert in ihre bildungspolitische Zukunft:

Erfolgreich in Ausbildung. Seit Beginn des Schuljahrs 2007/2008 nehmen 800 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klassen aller Freiburger Hauptschulen am Programm „Erfolgreich in Ausbildung“ teil. Gezielte Berufsvorbereitung, Bewerbungstraining und Betriebspraktika gehören dazu. Auch die Eltern sind eingebunden. Ziel: eine Ausbildung für alle Freiburger Jugendlichen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, ist in Freiburg in den letzten beiden Jahren von 12 % auf 4 % zurückgegangen.

Schulkooperationen und Innovationsfonds. Immer mehr Freiburger Schulen schließen sich zur Durchführung gemeinsamer, schulartübergreifender Projekte zusammen. Seit März 2007 werden solche Projekte an 33 Freiburger Schulen – von Förder- über Haupt- und Realschulen bis zu Gymnasien – mit insgesamt 185.000 Euro aus dem Innovationsfonds gefördert. Dabei geht es um berufliche Orientierung, Talentsuche, Streit- und Konfliktkultur und Persönlichkeitsentwicklung, aber auch um die Förderung von Migrantenkindern und die Einbeziehung von Eltern in Bildungsprozesse.

Kulturelle Bildung. Schulen kooperieren mit außerschulischen Partnern, Bildungs- und Kultureinrichtungen vernetzen sich. So hat das sehr erfolgreiche Projekt „Dancing to Connect“, das die Sprachkompetenz mithilfe von Tanz und Bewegung fördert, acht Freiburger Schulen mit dem Stadttheater und der Battery Dance Company aus New York zusammengebracht. Bei dem Projekt „Verwandlungen – Metamorphosen“ kooperieren eine Schule für geistig Behinderte sowie Grund-, Haupt- und Realschulen mit der Schulprojektwerkstatt und bringen eigene Inszenierungen auf die Bühne. Und in dem der Neuen Musik gewidmeten Projekt „Hör mal!“ arbeiten vier Freiburger Schulen mit dem ensemble recherche und der Musikhochschule zusammen (*siehe auch* Kultur).

Bildungsbericht. Der Ende 2008 veröffentlichte 1. Freiburger Bildungsbericht ist eine Bestandsaufnahme der Freiburger Bildungslandschaft und ein Steuerungsinstrument. Freiburg gehört damit bundesweit zu den ersten fünf Städten mit einer kommunalen Bildungsberichterstattung. Alle zwei Jahre wird der Bericht aktualisiert und weiterentwickelt. Er stellt der Freiburger Bildungslandschaft insgesamt ein gutes Zeugnis aus: hohe Schulzufriedenheit an Freiburger Schulen, gute frühkindliche Betreuungsangebote, stabile Übergangsquoten zu höheren Schularten. Er benennt aber auch klar die Schwachpunkte: Ein Viertel der ausländischen SchülerInnen verlässt die Schule ohne Abschluss. Für uns heißt das: Die Bildungschancen von Migrantenkindern müssen dringend verbessert werden.

Schulsanierung

Ein Dauerbrenner: Viel zu lange wurde viel zu wenig getan, bis es durch Dächer tropfte und Fassaden bröckelten. Der Schock war groß: Ein Sanierungstau von 150 Millionen Euro hatte sich angehäuft. Wir haben dafür gesorgt, dass wieder Geld in die Schulen fließt. Schulsanierung hat oberste Priorität für uns – und im städtischen Haushalt. Alle 74 Freiburger Schulen werden bis 2016 untersucht und bei Bedarf saniert. Dazu hat das städtische Gebäudemanagement ein Investitionsprogramm im Umfang von 204 Millionen Euro aufgelegt – für Bauunterhaltung, Brandschutz, Neubau und Sanierung. Allein in diesem Doppelhaushalt werden 60 Millionen Euro in die Sanierung und Instandhaltung der Freiburger Schulen investiert. Wir werden dafür sorgen, dass es auch in den nächsten Jahren so weitergeht.

Ganztagschulen

„Von jedem Schultyp eine Ganztagschule“ beschloss der Gemeinderat 2002. Sieben auf einen Streich haben wir geschafft: 2006 die Vigelius-Hauptschule in Haslach und die Hebelschule im Stühlinger, 2007 die Vigelius-Grundschule, die Albert-Schweitzer-Förder-, Grund- und Hauptschule in Landwasser und das Kepler-Gymnasium im Rieselfeld. Die Wentzinger-Realschule und das Wentzinger-Gymnasium werden gerade zu Ganztagschulen umgebaut, das Friedrich-Gymnasium wird im nächsten Schuljahr Ganztagschule. Zum Schuljahr 2010/11 startet die die Reinhold-Schneider-Grundschule mit einem offenen Ganztagsbetrieb, danach dann das Theodor-Heuss-Gymnasium in St. Georgen.

Mittagessen für 1 Euro

Die ersten Meldungen kamen von den Ganztagschulen: Manche Kinder sitzen mit knurrendem Magen daneben, wenn ihre MitschülerInnen in der Cafeteria essen. Am 18. September 2007 starteten wir die Initiative „Ein Mittagessen für jedes Kind“, im Februar 2008 wurde das Ein-Euro-Essen in Freiburger Schulen und Kitas eingeführt. Als erste Stadt in Deutschland subventioniert Freiburg das Essen für bedürftige Kinder. Während in Bund, Land und anderswo noch diskutiert und geprüft wird, haben wir gehandelt.

Starterset zum Schulanfang

Der Schulanfang ist teuer: Eine Erstausrüstung mit Schulranzen, Stiften, Farbkasten und Turnbeutel kostet rund 200 Euro. Viele Familien können sich das nicht leisten. Wir sind der Meinung, dass ein glücklicher Start ins Schulleben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, und haben deshalb ein Starter-set zum Schulbeginn beantragt. Mittlerweile hat auch die Bundesregierung ein Programm aufgelegt. Wir erweitern den Kreis der Berechtigten auf Familien, die Wohngeld beziehen. Im nächsten Schuljahr kommt das Starter-set. Zusätzlich wird es zu Beginn jedes Schuljahrs bis zur 13. Klasse einen Zuschuss für Schulmaterial geben. Insgesamt 73.000 Euro stellt die Stadt jedes Jahr hierfür zur Verfügung.

Ferienbetreuung für Schulkinder

Sechs Wochen Sommerferien überbrücken zu müssen stellt berufstätige Eltern vor hohe Hürden. Vor allem für Alleinerziehende ist dies eine Zeit organisatorischer Höchstleistungen. Auch gibt es Kinder, die nach der langen Ferienzeit vorher Gelerntes wieder vergessen haben. Aufgrund unserer Initiative hat die Stadt ein Konzept für eine qualifizierte und bezahlbare Ferienbetreuung für Schulkinder entwickelt. Schon in diesen Sommerferien soll es losgehen.

Ausbau der Schulsozialarbeit

Das Land steigt aus, die Stadt springt ein: Trotz massiver Kritik der Kommunen, des Landeselternbeirats und der Lehrerverbände hat die Landesregierung die Zuschüsse für Schulsozialarbeit im Jahr 2005 gestrichen. Seitdem trägt die Stadt Freiburg die Kosten für alle Schulen allein. Der Bedarf ist allerdings hoch. Viele Freiburger Schulen müssen unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen arbeiten. Wir haben mit dafür gesorgt, dass jedes Jahr eine weitere Schule einen Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin erhält.

Bildung in der Kita

Auf den Anfang kommt es an: Sprachförderung wird aufgrund unserer Initiative ab diesem Jahr in Freiburger Kindertageseinrichtungen fest verankert, 400.000 Euro stehen jedes Jahr dafür bereit. Denn was Kinder mit Sprachproblemen – ob aus deutschen oder zugewanderten Familien – brauchen, ist eine kontinuierliche, professionelle Unterstützung. Sprachförderung ist aber mehr als eine Reparaturmaßnahme, sie muss Teil eines Bildungsprozesses für *alle* Kinder werden – ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte.

Patenschaften

Patenschaften sind ein Erfolgsmodell: 200 Ehrenamtliche helfen an 40 Freiburger Schulen Kindern beim Lesenlernen. Die geförderten 400 Kinder können sich dank ihrer Leselernpaten deutlich besser ausdrücken als zuvor, ihre Schreib- und Sprechfähigkeit hat sich nachweislich verbessert. Kooperationspartner sind die Stadt Freiburg, die Stadtbibliothek, die Pädagogische Hochschule und das Staatliche Schulamt. An einer Haslacher Hauptschule werden Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klassen von erfahrenen Erwachsenen bei der beruflichen Orientierung, bei Bewerbungen, Betriebserkundungen und Praktika unterstützt.

Mittagsbetreuung an den G8-Gymnasien

Nach der (umstrittenen) Einführung des achtjährigen Gymnasiums wurden zehn Freiburger Schulen über Nacht zu Ganztagschulen, ohne vom Land die dafür notwendige materielle wie personelle Ausstattung zu erhalten. Für die Mittagsbetreuung vor allem jüngerer Schülerinnen und Schüler wurde in Freiburg eine kreative Lösung gefunden: In Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk und der PH werden Studierende für diese Aufgabe qualifiziert. Die Stadt Freiburg bezahlt die Mittagsbetreuung, und die Hochschulen stellen den teilnehmenden Studierenden einen Leistungsnachweis aus.

Grüne Bildungspolitik 2009–2014: Was wir in den nächsten Jahren vorhaben

Freiburger Modellprojekt „Eine Schule für alle“

Länger gemeinsam lernen. Wir wollen, dass alle Kinder länger miteinander und voneinander lernen. Schulen in Finnland und Kanada haben es vorgemacht: Dort gibt es wesentlich weniger Schulabbrecher und wesentlich mehr Abiturienten als bei uns. Es gibt kein lebensfernes Aussortieren, sondern ein offensives Bekenntnis zur Leistung – ohne falsch verstandenen Leistungsdruck.

„Schule für alle“ ist keine Einheitsschule. „Einheitsschule“ ist das, was wir zurzeit haben: Alle SchülerInnen einer Klasse lernen angeblich zur gleichen Zeit das Gleiche. Doch Gleichschritt setzt die unter Druck, die mehr Zeit brauchen, und bremst die aus, die schneller sind. Für uns Grüne stehen die einzelne Schülerin und der einzelne Schüler mit ihrem individuellen Lerntempo im Mittelpunkt. Binnendifferenzierung, kleine Lerngruppen und selbstständiges Lernen sind für uns Elemente einer zukunftsfähigen Lernkultur, die wir auch politisch unterstützen wollen. Heute sind in rund 40 % aller Fälle die Prognosen über die schulische Entwicklung eines Kindes falsch. Die Kinder werden viel zu früh auf eine Schullaufbahn festgelegt, und die Auslese findet häufig nach sozialer Herkunft und nicht nach Leistung statt.

Modellschule nach skandinavischem Vorbild. Wir wollen in Freiburg eine integrative Modellschule aufbauen, die das städtische Bildungsangebot erweitert und die notwendige Entwicklung zu einer Schule der Zukunft voranbringt. Der Bedarf ist da: Private Schulen, die ähnliche Angebote machen, führen lange Wartelisten. Weil junge Paare und Familien sich bei der Wohnortwahl immer häufiger am Angebot guter Bildungs- und Betreuungseinrichtungen orientieren, ist eine Modellschule auch ein wichtiger Standortfaktor. Der Schulversuch sieht vor, dass alle Kinder von Klasse 1 bis 10 gemeinsam unterrichtet werden. Von einem individuell abgestimmten Lernangebot profitieren, wie das skandinavische Beispiel zeigt, nicht nur Kinder aus bildungsfernen Schichten, sondern auch Kinder, die vom Elternhaus gefördert werden. Die Schule führt zu einem mittleren Abschluss – Basis für eine berufliche Ausbildung oder den Übergang in die gymnasiale Oberstufe.

Mehr Ganztagschulen

Mit der Staudinger-Gesamtschule gibt es inzwischen acht öffentliche Ganztagschulen in Freiburg. Wenn die Wentzinger-Realschule, das Wentzinger-Gymnasium und die Reinhold-Schneider-Grundschule, das Friedrich- und das Theodor-Heuss-Gymnasium ausgebaut sind, werden es dreizehn sein. Doch das reicht uns noch lange nicht: Gerade im Grundschulbereich ist der Bedarf höher als das Angebot: Nicht einmal die Halbtagschule funktioniert, sie muss durch die kommunale „Kernzeitbetreuung“ ergänzt werden. Wir müssen mehr Grundschulen zu Ganztagschulen ausbauen – nicht nur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, sondern auch, um allen Kindern gleiche Bildungschancen zu garantieren. Ganztagschule heißt, Sprachförderung, regulären Unterricht, Sport und Musik wie weitere sinnvolle Freizeitangebote im Wechsel zu erleben. Wir wollen daher in den nächsten Jahren das Ganztagsangebot im Grundschulbereich gezielt erhöhen.

MigrantInnen machen Schule

Die Vielfalt in Klassenzimmern und Kindergärten muss sich auch in den Lehrerzimmern abbilden. LehrerInnen und ErzieherInnen, die selbst eine Zuwanderungsgeschichte mitbringen, sind kulturelle, soziale und sprachliche Brückenbauer. Wir wollen eine Kampagne starten, die junge Leute mit Migrationshintergrund ermutigt, Erzieher oder Lehrerin zu werden. SchülerInnen aus Einwandererfamilien und ihre Eltern sollen gezielt angesprochen, über Ausbildungsmöglichkeiten informiert und während der Berufsorientierung beraten und begleitet werden (*siehe auch* Integration).

Patenschaften

Der Erfolg der Leselern- und Schulpatenschaften zeigt, dass beide Seiten, Patinnen und Paten wie Schülerinnen und Schüler, von diesem Modell profitieren. Wir wollen diese Form bürgerschaftlichen Engagements unterstützen und weiter ausbauen. Vom Schulpatenmodell sollen alle Freiburger Hauptschu-

len profitieren. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit IHK und Handwerkskammer eine Kampagne starten, die sich speziell an aktive Senioren richtet.

Kulturelle Bildung

Wir Grünen wollen, dass jedes Freiburger Kind künstlerische Erfahrungen machen kann. Gemeinsame kulturelle Projekte bieten Kindern und Jugendlichen über Schul-, Alters- und soziale Grenzen hinweg neue Erfahrungsräume und Erfolgserlebnisse. Dazu müssen Bildungs- und Kultureinrichtungen enger miteinander kooperieren. Wir unterstützen deshalb das „Netzwerk Kulturelle Bildung“ in Freiburg, das durch Ansprechpartner in allen Schulen und Einrichtungen kultureller Bildung getragen wird. Musikschule und Jazz- & Rockschule erfüllen als städtische Einrichtungen die Aufgabe der musikalischen Bildung. Doch auch soziale und kommunikative Fähigkeiten werden hier entwickelt und trainiert. In integrativen Gruppen machen Behinderte und Nichtbehinderte zusammen Musik, in Kitas wird musikalische Früherziehung angeboten, an Förderschulen finden Percussion-Projekte statt. Für uns sind beide Schulen wichtige Einrichtungen kultureller Bildung, deren Existenz wir auch in Zukunft sichern wollen. (*Siehe auch* Kultur.)

Staudinger-Gesamtschule

Die Staudinger-Gesamtschule ist ein wichtiger Teil der Freiburger Bildungslandschaft. Integration gehört zu ihren pädagogischen Leitzielen, professioneller Umgang mit heterogenen Gruppen ist tägliche Lehr- und Lernpraxis. Alle Bildungsstudien haben gezeigt, dass unser Schulsystem Kinder zu früh „sortiert“ und nicht durchlässig genug ist. Eine integrierte Orientierungsstufe wie die der Staudinger-Gesamtschule ist die richtige Antwort darauf. Wir wollen diese anerkannte und erfolgreiche Schule erhalten, stärken und weiterentwickeln.

Schulen in freier Trägerschaft

Zu einer vielfältigen Schullandschaft gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft: In Freiburg sind es 30 Einrichtungen. Waldorf-, Montessori- und andere freie Schulen sind oft Wegbereiterinnen neuer pädagogischer Konzepte. Sie sind eine große Bereicherung der Bildungslandschaft und eine wertvolle Ergänzung des staatlichen Schulsystems. Freie Schulen leben vom Engagement der ganzen Schulgemeinschaft. Für uns Grüne sind sie deshalb unverzichtbar und haben unsere volle Unterstützung.

Umweltbildung: Ökostation, Planetarium und Waldhaus

„Man schützt nur, was man kennt“ – dieses Motto der Umweltbildung wird in Ökostation, Planetarium und seit kurzem auch im Waldhaus in die Praxis umgesetzt. Die Ökostation bietet als außerschulischer Lernort innovative Projekte wie das „Grüne Klassenzimmer“ und „Bio for Kids“ an. Unter Titeln wie „Unser blauer Planet“ oder „Sternkraftwerk Sonne“ vermittelt das Freiburger Planetarium Schülerinnen und Schülern naturwissenschaftliche Grundlagen auf altersgerechte Weise. Im Waldhaus an der Wonnhalde lernen Schülerinnen und Schüler wie auch Interessierte aller Altersstufen die Zusammenhänge des Ökosystems Wald kennen. Hier werden die Grundlagen für eine nachhaltige und naturverträgliche Nutzung des Waldes gelegt.

Diese drei Einrichtungen sind als außerschulische Lernorte im internetbasierten Netzwerk ScienceNet-Region Freiburg zu finden. Sie sind wichtige Kooperationspartner für die Freiburger Schulen und haben auch weiterhin unsere volle Unterstützung.

Lebenslanges Lernen, Weiterbildung

In jungen Jahren lernen, in mittleren arbeiten, im Alter ausruhen – diese Dreiteilung entspricht schon lange nicht mehr der Realität. Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der immer wiederkehrende Lernphasen braucht. Denn nur in einer lernenden Gesellschaft sind Innovationen möglich. Wir Grünen wollen eine aktive Weiterbildungspolitik, die Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungseinrichtungen offenhält. Deshalb unterstützen wir Volkshochschule und Stadtbibliothek, die sich als Teil der öffentlichen Infrastruktur den Herausforderungen der Arbeitswelt stellen und Wege in die Zukunft weisen. Sie bieten kostengünstige Fort- und Weiterbildungen an und sichern den Zugang zu Wissen in allen medialen Formen. Städtische Einrichtungen wie diese müssen so ausgestattet werden, dass sie ihren

Auftrag, den BürgerInnen das Weiterlernen, Umlernen, Nachlernen und Neulernen zu ermöglichen, gut erfüllen können.

Studieren in Freiburg

Studierende und die Universität prägen das Leben in Freiburg. Hinzu kommen die Pädagogische Hochschule, die Katholische und die Evangelische Fachhochschule sowie die Musikhochschule. Insgesamt leben und lernen fast 30.000 Studierende in Freiburg – ein Siebtel der Freiburger Bevölkerung. Unzählige studentische Gruppen tragen zum kulturellen Leben der Stadt bei, und der besondere Reiz unserer Stadt hängt nicht zuletzt von dieser studentischen Prägung ab. Die Unterstützung der Studierenden ist deshalb ebenso wichtig wie eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihren Hochschulen. Zu tun gibt es genug:

- Durch die landesweite Einführung von **Studiengebühren**, die die Grünen ablehnen, ist für viele Studierende die finanzielle Belastung extrem gestiegen. Landespolitisch fordern wir, zumindest die BAFöG-EmpfängerInnen von den Studiengebühren zu befreien. Bis das durchgesetzt ist, wollen wir, dass die Stadt Freiburg prüft, ob sie für BAFöG-EmpfängerInnen ein ähnliches Angebot machen kann wie die baden-württembergische Stadt Eppelheim: Hier zahlt die Stadt die Studiengebühren für Studierende, wenn diese pro Semester 60 Stunden gemeinnützige ehrenamtliche Arbeit leisten.
- Auch der knapp bemessene und vergleichsweise teure **Wohnraum** stellt für viele Studierende ein Problem dar. Die Wohnheime des Studentenwerkes können nur einen Teil zur Lösung der studentischen Wohnungsnot beitragen. Gerade in Zeiten immer größerer finanzieller Belastungen im Studierendenalltag muss sich die öffentliche Hand weiterhin engagieren. Allerdings ist hier zuallererst das Land und nicht die Kommune in der Pflicht, den alljährlichen Wohnungsmangel für Studierende zu beheben und preislich attraktiven Wohnraum zu schaffen.
- Im Zuge der **Umgestaltung von Rotteck- und Werderring** wird auch der Platz der Alten Synagoge völlig umgestaltet. Der Siegerentwurf des Architektenwettbewerbs muss in Bezug auf die Erfordernisse der Universität überarbeitet werden. Dabei müssen die Universität und die Studierenden maßgeblich mit einbezogen werden. Studieren und Forschen muss in den anliegenden Gebäuden weiter möglich sein, ebenso wie der Platz alle zum Verweilen einladen sollte.
- Weiterhin zum Verweilen einladen soll auch der **Augustinerplatz**. Dass hier abends viele FreiburgerInnen, längst nicht nur Studierende, beisammen sitzen, trägt zum Flair von Freiburg als „nördlichster Stadt Italiens“ bei. Eine Ausdehnung des Alkoholverbots auf den Augustinerplatz lehnen wir deshalb ab.
- Nicht zuletzt wegen der vielen Studierenden ist Freiburg eine Fahrradstadt. Der größte Teil der StudentInnen ist mit Drahteseln unterwegs, fährt damit zur Uni, zum Einkaufen oder abends in die Kneipe. **Fahrradabstellplätze** sind daher heiß begehrt und sollten, gerade in der Innenstadt, ausgebaut und nicht weniger werden.

Klimaschutz – die emissionsfreie Stadt

Hitzewellen, Trockenheit und Überschwemmungen: Der Klimawandel bedroht weltweit und auch hier in Freiburg Mensch und Natur. Weil wir Menschen Kohlendioxid und andere klimaschädliche Gase freisetzen, ändert sich das Klima. Aber wir haben es auch in der Hand, die Klimakatastrophe zu verhindern. Unser Ziel ist deshalb eine emissionsfreie Stadt – eine Stadt, die sich ausschließlich mit erneuerbaren Energien versorgt. Eine Stadt, in der die Menschen ohne Angst vor unkalkulierbaren Risiken durch die Energieversorgung leben können. Deshalb lehnen wir die Atomenergie ab. Alle BürgerInnen sollen sich eine warme, helle Wohnung und die Fahrt zur Arbeit oder Freunden leisten können. Das heißt nicht, dass Strom und Öl billig sein müssen; das hat die Kommune auch nicht in der Hand. Doch wir können dafür sorgen, dass jedes Haus gut gedämmt ist, dass der Personennahverkehr günstig ist und dass Radfahren und Zu-Fuß-Gehen attraktiv ist.

Diese Vision wird nicht in den nächsten fünf Jahren Wirklichkeit werden. Trotzdem gilt es, heute die Weichen richtig zu stellen. Der Beschluss des Gemeinderats, bis 2030 die Freiburger CO₂-Emissionen um 40 % zu reduzieren, ist ein großer Erfolg grüner Klimaschutzpolitik. Diese 40 % sind ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur emissionsfreien Stadt, und je früher wir es erreichen, desto besser.

Wohnhäuser: Von der Energieschleuder zum kleinen Kraftwerk

Die meiste Energie wird bei uns in Gebäuden verbraucht: für Heizung und warmes Wasser, aber auch für elektrische Geräte. Die Einsparmöglichkeiten sind hier riesig. Bei vielen alten Gebäuden lässt sich durch bessere Dämmung, eine neue Heizung und Ähnliches der Energieverbrauch um 90 % senken. Städte wie Karlsruhe machen es vor: Dort modernisiert die städtische Wohnungsgesellschaft ihre Wohnungen auch energetisch so weit, dass Energieeinspareffekte die Modernisierungskosten langfristig ausgleichen. Dennoch werden solche Potenziale noch zu wenig ausgeschöpft. Deshalb wollen wir Grünen die Energieberatung in Freiburg stärken. Sie soll einfach zugänglich und sehr günstig sein. Wir wollen die Energieagentur in die Lage versetzen, eine große Energiesparkampagne zu starten. Auch Hausverwaltungen und Architekten sollen direkt angesprochen werden.

Passivhausstandard als Ziel. Die Stadt muss weiterhin die Altbausanierung fördern. Das Geld ist gut angelegt, denn mit der Förderung werden deutlich höhere Investitionen ausgelöst. Neben der Umwelt und den BewohnerInnen profitiert auch das Handwerk. Außerdem soll die Stadtbau ihre Wohnungen – so wie städtische Wohnungsgesellschaften in anderen Städten auch – mit einem Mindest-Passivhausstandard sanieren. Dort, wo die Stadt Vorgaben machen kann, soll nur noch im Passivhausstandard gebaut werden. Auch hier haben wir Grünen schon einen wegweisenden Beschluss der Stadt erreicht. Damit schützen wir zukünftige Mieter vor dem Explodieren der Nebenkosten. Auch private Bauherren gewinnen Planungssicherheit, dass sie ihre Baukredite auch dann zurückzahlen können, wenn die Energiekosten massiv steigen.

Kraft-Wärme-Kopplung. Energie lässt sich auch sparen, wenn mit Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt werden. Dies geht auch in privaten Haushalten. Es ist z.B. sinnvoll, den verbleibenden Energiebedarf sanierter Mehrfamilienhäuser durch Kraft-Wärme-Kopplung zu decken. Zur Unterstützung dieser umweltfreundlichen Art der Energienutzung sollte die Stadt zügig ein Konzept erarbeiten. In jedem Stadtteil mit altem Gebäudebestand sollten Blockheizkraftwerke entstehen. Zudem ist es wichtig, die einzelnen Nahwärmenetze in Freiburg endlich miteinander zu verbinden und gegebenenfalls zu erweitern, damit die enormen Effizienzpotenziale genutzt werden können.

Ausbau der Solarenergie. Auf fast alle Freiburger Hausdächer scheint die Sonne. Deshalb gehören auf jedes von ihnen Solarkollektoren oder Solarzellen. Leider können wir in Baden-Württemberg die Solarenergienutzung nicht flächendeckend vorschreiben. Aber mit solar-optimierten Bebauungsplänen können wir dafür sorgen, dass die Solarenergienutzung nicht behindert wird. Dort, wo die Stadt Vorgaben machen kann, sollte die aktive Nutzung der Solarenergie verbindlich werden. Wenn die Sonne dabei hilft, Brauchwasser zu erwärmen und zu heizen, dann schützt auch das Mieter vor immer weiter steigenden Nebenkosten. Ziel muss sein, dass in jedem Neubau mehr Energie erzeugt als verbraucht wird. Die Sonne scheint auch in Zukunft garantiert umsonst. Freiburg ist in der Saison 2007/08 auf Platz drei der Solarbundesliga abgerutscht. Wir müssen uns also ins Zeug legen, um unsere Spitzenposition zurückzuerlangen. Eine „Dachbörse“ könnte Dachbesitzer und mögliche Investoren zusammenbringen, während die Stadt mit Bürgerbeteiligung Solaranlagen auf den Dächern öffentlicher Gebäude ermöglichen kann.

Energiesparen im Privathaushalt. Auch wer keine Eigentumswohnung oder kein eigenes Haus hat, kann durch sparsamere Geräte und kleine Verhaltensänderungen Energie und Geld sparen. Aber nicht jeder kann sich ein besonders sparsames Gerät leisten. Eine mögliche Lösung dieses Problems testet die Stadt gerade in einem Modellprojekt: Einige Hartz-IV-Empfänger erhalten kostenlos eine Energieberatung und ein Soforthilfe-Paket, um ihren Energieverbrauch zu senken. Wenn es sich wirtschaftlich lohnt, erhalten sie auch einen Zuschuss für ein neues, sparsames Elektrogerät. Wir fordern, dass dieses Modellprojekt auf alle Freiburger Hartz-IV-Haushalte und andere einkommensschwache Haushalte ausgedehnt würde.

Aber auch wer keine Leistungen nach Hartz IV bezieht, kann sich häufig die Anschaffung eines teuren Neugeräts nicht leisten, obwohl es sich langfristig lohnen würde. Hier sollten die Badenova mit Zuschüssen oder Minicontracting und die Freiburger Banken mit zinsgünstigen Mikrokrediten helfen. Beim Minicontracting wird ein neues, besonders sparsames Elektrogerät mit Unterstützung eines Unternehmens angeschafft. Die Rückzahlung des Zuschusses finanziert sich aus den eingesparten Energiekosten. Auf die gleiche Weise sollte auch der schnelle Umstieg von Elektroheizungen und elektrischer Warmwasserbereitung auf ökologischere Alternativen unterstützt werden.

Energie aus der Region für die Region

In kaum einer Region Deutschlands lassen sich so viele erneuerbare Energiequellen nutzen wie bei uns. Die Sonne scheint zuverlässig, auf den Schwarzwaldbergen weht ein kräftiger Wind, von seinen Hängen fließt Wasser ins Tal, und in den Wäldern wächst viel Biomasse. Im Rheingraben lässt sich sogar Geothermie oder Erdwärme nutzen.

Stromerzeugung. In 15 Jahren könnten wir den gesamten Strom der Region aus erneuerbaren Quellen erzeugen. Dafür brauchen wir neue Windräder. Ein neues Windrad produziert unter optimalen Bedingungen innerhalb eines Jahres so viel Strom, dass der Bedarf von 5.000 Haushalten oder allen Freiburger Straßenbahnen gedeckt wird. Hier müssen das Land und der Regionalverband endlich ihre Blockadehaltung aufgeben.

Auch die Energiegewinnung aus Wasserkraft kann und muss weiter ausgebaut werden. Was die Geothermie betrifft, so sollten wir es innerhalb der nächsten fünf Jahre schaffen, ein Pilotprojekt in der Region in Angriff zu nehmen. Ob dies allerdings auf Freiburger Stadtgebiet geschehen kann, ist noch fraglich. Freilandanlagen sollten den „Energimix“ ergänzen. Hier müssen die Freiburger Aktiven in Zukunft effektiver von der Stadtverwaltung unterstützt werden.

Da Freiburg nur zusammen mit der gesamten Region vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen kann, wird eine verstärkte interkommunale Kooperation erforderlich sein.

Erzeugung von Biomasse. Strom ist nicht alles. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Badenova, in der Region Biomasse zu erzeugen und daraus Biogas herzustellen, das dann in das Gasnetz eingespeist wird. An anderer Stelle kann daraus mit Kraft-Wärme-Kopplung Strom und nützliche Wärme gewonnen werden. Auch Holz können wir zu diesem Zweck einsetzen: Die Stadt Freiburg ist Eigentümerin von rund 5.000 Hektar Wald. Weitere 2.000 Hektar auf der Freiburger Gemarkungsfläche befinden sich im Besitz anderer Waldeigentümer. Wir wollen die Biomasse-Potenziale, die dieser Wald in Form von heimischem Holz bietet, systematisch in eine Energieversorgung der kurzen Wege einbinden. Auch andere geeignete Biomasse wie Grünschnitt oder Herbstlaub, die in privaten Gärten, auf öffentlichen Grünflächen und entlang von Verkehrsadern wie z.B. der Autobahn anfallen, sollen in diese regionale Energieversorgung eingespeist werden.

Energiewende mit der Badenova: Wir bestimmen mit!

Die Badenova ist der wichtigste regionale Energieerzeuger. Sie befindet sich mehrheitlich in kommunaler Hand. Hier können wir also den Kurs mitbestimmen. Wir erkennen an, dass die Badenova dank ihrer engagierten MitarbeiterInnen bereits in vielen Bereichen aktiv zum Klimaschutz beiträgt. Unser Ziel ist es jedoch, die Badenova systematisch zu einem ökologisch orientierten Unternehmen umzubauen. Dafür muss der Eigenstromanteil erhöht werden. Das heißt, dass die Badenova weniger Strom zukauf und aus erneuerbaren Energiequellen und mit umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung mehr eigenen Strom erzeugt. In Zukunft sollte sie nicht nur an Privatkunden, sondern auch an Geschäftskunden ausschließlich Regio- oder Ökostrom verkaufen und sich vollständig zum Energiedienstleister wandeln. Vom sparsamen Ressourcenverbrauch muss sie finanziell profitieren.

Bis jetzt gehören 47 % der Badenova der Thüga, einer 100-prozentigen Tochter von E.ON. Fast die Hälfte der ausgeschütteten Gewinne fließt im Moment noch an E.ON. Dieses Geld finanziert die rückwärts-gewandte und klimafeindliche Firmenpolitik des Stromriesen mit. E.ON will die Thüga als Gesamtgesellschaft verkaufen. Diese Chance muss genutzt werden: Wir unterstützen die Absicht von Stadt und Badenova, im Rahmen eines kommunalen Stadtwerke-Konsortiums die Thüga zu kaufen und auf diese Weise zu rekommunalisieren, um eine ökologische Energiepolitik zu betreiben. Genauso begrüßen wir die Initiative der Interessengemeinschaft „Thüga in Bürgerhand“, die möglichst viel Kapital aus der Bürgerschaft sammeln will, um – beispielsweise als Genossenschaft – verbleibende Thüga-Anteile zu erwerben. Kommunen und BürgerInnen können so gemeinsam Garanten einer nachhaltigen Energieversorgung werden.

Ausstieg aus der Atomkraft: Fessenheim abschalten!

Die Atomkraft ist eine Risikotechnologie. Weil bei der Herstellung der Kernbrennstoffe erhebliche Mengen CO₂ freigesetzt werden, ist sie auch nicht klimafreundlich. Außerdem erschweren unflexible, große Atomkraftwerke den Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist Wahnsinn, in einem erdbebengefährdeten Gebiet ein Atomkraftwerk zu betreiben. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim! Die Stadt soll den Kampf gegen Fessenheim durch ihre Mitgliedschaft beim TRAS – dem Trinationalen Atomschutzverband – weiterhin aktiv unterstützen. Die Badenova fordern wir auf, nur atomstromfreien Strom zu beziehen und weiterzuverkaufen.

Anpassung an den Klimawandel

Auch wenn weltweit Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe ergriffen werden, müssen wir uns auf einen Klimawandel einstellen. In Freiburg wird es trockener und wärmer werden, Extremwetterlagen wie Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen werden häufiger auftreten. Deshalb müssen wir unseren Hochwasserschutz weiter ausbauen.

Bei der Hitzewelle 2003 starben in Deutschland mehr als 10.000 Menschen. Um bei zukünftigen Hitzewellen mehr Menschenleben retten zu können, müssen wir uns besser vorbereiten. So sind BewohnerInnen gut gedämmter Häuser besser vor großer Hitze geschützt als andere. Eine grüne Stadt heizt sich weniger schnell auf als eine Beton- und Asphaltwüste. Um auch in 50 Jahren noch ein angenehmes Stadtklima zu haben, müssen wir jetzt damit beginnen, Freiburg systematisch und flächendeckend zu begrünen. Wir fordern deshalb, entlang der Straßen weitere 10.000 Bäume zu pflanzen. Unsere Kinder werden es uns danken, wenn sie in 50 Jahren durch eine angenehm kühle Stadt schlendern können. Auch verbessern Bäume die Luftqualität und binden einen Teil des freigesetzten Kohlendioxids.

Mobile Stadt – innovativer Verkehrsmix

Mobil zu sein und sich mit Gütern versorgen zu können – dies sichert unseren Lebensstandard und ist die Voraussetzung für eine lebendige Stadt. Gleichzeitig belastet der Personen- und Güterverkehr Umwelt und Menschen durch Luftschadstoffe, Flächenverbrauch, Treibhausgase, Unfälle und Lärm. Der Straßenverkehr verursacht 57 % der NO₂- und 30 % der PM₁₀- Emissionen (Feinstaubemissionen) in Freiburg. Außerdem ist er verantwortlich für einen wesentlichen Anteil des CO₂-Ausstoßes. Eine menschengerechte und umweltverträgliche Verkehrspolitik ist ein bedeutender Baustein des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Freiburg. Die wichtigste Aufgabe ist deshalb, die Mobilität in Stadt und Region ressourcenschonend und für Bürgerinnen und Bürger verträglich zu gestalten. Vor allem die Verkehrssituation für den Umweltverbund (d.h. Fuß- und Radverkehr, ÖPNV) ist weiter zu verbessern. Grüne Welten darf es nicht nur für den Autoverkehr geben. Die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr ist für uns das Gebot der Stunde. Der Verkehr muss für alle Teilnehmer sicherer werden.

Ausgangslage

Der 2008 verabschiedete Verkehrsentwicklungsplan, der klar eine grüne Handschrift trägt, bestätigt die bundesweite Vorreiterrolle Freiburgs gerade im ÖPNV. Freiburg weist von allen Städten das umweltfreundlichste Verhältnis zwischen Fuß- und Radverkehr auf der einen und motorisiertem Verkehr auf der anderen Seite auf. Sorgen bereitet aber nach wie vor der motorisierte Individualverkehr (MIV), der sich vor allem in wachsenden Pendlerströmen bemerkbar macht. Den Durchgangsverkehr prägt insbesondere der Schwerlastverkehr mit all seinen negativen Auswirkungen auf die Anwohner. Hier besteht akuter Handlungsbedarf, insbesondere von Land und Bund (Tempolimit, Nachtfahrverbot, LKW-Maut).

Unterwegs in Freiburg ...

... zu Fuß

FußgängerInnen sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Aufgabe städtischer Planungen muss es deshalb sein, dass FußgängerInnen – unter Beachtung der besonderen Belange von Kindern und alten Menschen – ihre Ziele zu Fuß bequem und sicher erreichen können. Wir begrüßen es deshalb, dass die Stelle eines Fußgängerbeauftragten geschaffen wurde, der diese Interessenvertretung wahrnimmt. Eine Fußgängerpauschale sollte entsprechende Mittel für Verbesserungsmaßnahmen des Fußgängerverkehrs zur Verfügung stellen.

Lebensqualität heißt auch, in der Nähe einkaufen zu können. Durch die sinnvolle Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen, die wir schon seit einigen Jahren durch das Märkte- und Zentrenkonzept fördern, wollen wir eine „Stadt der kurzen Wege“ schaffen.

Um den Fußgängerverkehr attraktiver zu gestalten, benötigen wir darüber hinaus barrierefreie Übergänge, sichere Schulwege, teilweise eine Entmischung von Rad- und Fußverkehr (z.B. eine durchgängige Fußverbindung unter der Schwabentorbrücke) sowie eine Verkürzung der Wartezeiten für Fußgänger an Ampeln.

... mit dem Fahrrad

Wer vom PKW auf ein anderes Verkehrsmittel umsteigt, wählt in den meisten Fällen das Fahrrad. Freiburg als Umwelthauptstadt benötigt deshalb ein Radverkehrskonzept 2020, damit das umweltfreundlichste Verkehrsmittel weiterhin an der Spitze der Verkehrsträger bleibt. Der Istzustand muss umfassend dokumentiert, die Planung weiterentwickelt werden, um die Verkehrssituation zukünftigen Bedürfnissen anzupassen. Eine Modernisierung des Fahrradverkehrs ist angesagt. Anzustreben sind:

- der Bau durchgehender und weitgehend lückenloser Hauptfahrradrouten auf verkehrsarmen Straßen (unter Planungsbeteiligung von BürgerInnen und Verbänden);
- die Anpassung von Verkehrsregelungen an die Bedürfnisse von RadfahrerInnen (z.B. eigene Ampelphase);
- die Verbesserung der Erreichbarkeit von Stadtteilzentren mit dem Fahrrad samt Schaffung ausreichender Abstellmöglichkeiten;
- die Verbesserung der Sicherheit im Radverkehr, insbesondere die Umsetzung der am „Runden Tisch Radverkehrssicherheit“ erarbeiteten Maßnahmen für besondere Gefahrenpunkte;
- ein Marketingkonzept, das den Fahrradverkehr als attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt.

Dank grüner Verkehrspolitik wurden die Mittel für den Radverkehr in der letzten Wahlperiode erheblich aufgestockt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch zukünftig die erforderlichen Mittel zur Förderung des Radverkehrs bereitgestellt werden.

... mit Bus und Bahn

Trotz des großen Erfolges der Regio-Karte müssen die Angebote des ÖPNV attraktiver gestaltet werden. Schon lange fordern wir, endlich eine praktikable Regelung zur Mitnahme von Fahrrädern zu finden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, den Ausbau des Stadtbahn- und Breisgau-S-Bahnnetzes voranzutreiben (Rotteckring, Littenweiler, Zähringen–Gundelfingen, Messelinie). Eine sinnvolle Unterstützung für Fahrgäste von Bus und Bahn wären Pläne der näheren Umgebung an allen Haltestellen. Darin sollen auch die nächstgelegenen Car-Sharing-Standorte verzeichnet sein. Dies wäre ein erster Beitrag der Verkehrsbetriebe zum Einstieg in ein Mobilitätsmanagement. Weitere Schritte müssen folgen.

... und falls nötig mit dem Auto

In vielen Bereichen der Stadt leiden die BewohnerInnen unter dem durch den Autoverkehr verursachten Lärm und Schadstoffausstoß. Wir fordern durch die Einführung von Tempolimits gerade nachts eine wirksame Lärminderung. Die Infrastruktur für den fließenden und den ruhenden Autoverkehr bedeutet einen enormen Flächenverbrauch und Flächenversiegelung. Die betroffenen Flächen gehen als Lebensraum verloren.

Bau des Stadttunnels. Wir Grünen sprechen uns für den Bau des Stadttunnels aus – einhergehend mit drastischen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Dreisamuferstraßen und Parallelstraßen (z.B. Talstraße). Da mit der Fertigstellung des Tunnels jedoch erst in 15 oder 20 Jahren zu rechnen ist, sind schon jetzt flankierende Maßnahmen entlang der B-31-Trasse einzuleiten. Der Bau des Tunnels entbindet nicht von der Aufgabe, den Straßendurchgangsverkehr zu reduzieren. Wir fordern die Einbeziehung der B 31 in die geplante Umweltzone (die im momentan geplanten Umfang dem Problem nicht gerecht wird), eine Maut und eine Tonnagebeschränkung für LKW sowie eine Verschärfung der nach Schadstoffausstoß gestaffelten Fahrverbote für alle Autos. Darüber hinaus befürworten wir den Umbau des Straßenraums, wie in der Eschholzstraße erfolgreich praktiziert, die Schaffung weiterer autoarmer Quartiere nach dem Vorbild Vauban, die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche und die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung.

„Shared-Space“-Konzept. In geeigneten Modellbereichen möchten wir das „Shared-Space“-Konzept testen. „Shared Space“ bedeutet „gemeinsam genutzter Raum“. Ziel dieses Konzepts ist es, den öffentlichen Straßenraum allen Verkehrsteilnehmern und anderen Nutzern zur Verfügung zu stellen. Zur Regelung des Verkehrs wird nicht mehr auf Vorschriften und Verbote, sondern auf das Miteinander gesetzt. Verkehrsschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen sollen verschwinden. Fuß- und Radwegemarkierungen werden entfernt. Es gibt nur noch eine Verkehrsebene, die alle gleichberechtigt nutzen können. Den Verkehrsteilnehmern soll bewusst werden, dass sie Teil eines sozialen und kulturellen Gefüges sind, dem sie ihr (Fahr-)Verhalten anpassen müssen.

Car-Sharing. Auch das Car-Sharing muss zu einem wichtigen Element der städtischen Verkehrspolitik werden (Bereitstellung von Stellplätzen, Nutzung durch die Stadtverwaltung, Berücksichtigung in Bebauungsplänen). Mithilfe des Car-Sharings kann der Flächenbedarf des ruhenden Verkehrs drastisch reduziert werden (ein Car-Sharing-Auto ersetzt ca. zehn Privat-PKW). Durch den Einsatz von Elektroautos lassen sich lokale Emissionen (Lärm, Luftschadstoffe) massiv reduzieren. Wir Grünen wollen deshalb in Freiburg die E-Mobilität fördern – z.B. mit speziellen reservierten Parkplätzen, an denen man ökologisch erzeugten Strom tanken kann.

Grüne Verkehrspolitik steht für

- die Verbesserung der Verkehrssituation für FußgängerInnen und RadfahrerInnen und die Bereitstellung entsprechender Mittel
- die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
- die weitere Unterstützung des Car-Sharings
- den Ausbau der E-Mobilität
- die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV
- die Begünstigung von Jobtickets und die Unterstützung von Initiativen wie „Umweltfreundlich zum Betrieb“ sowie ein ökologisch orientiertes Mobilitätsmanagement
- die Erhöhung der Verkehrssicherheit (Senkung der Anzahl von Toten und Verletzten, Entschärfung von Gefahrenpunkten und Gefahrensituationen)

Grüne Wirtschaftspolitik für Freiburg

Klimawandel als Chance

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, denen wir uns in den kommenden Jahren stellen müssen. Dies gilt auch für Freiburg. Vertraute Gewohnheiten werden infrage gestellt, doch es entstehen auch neue Chancen. Freiburg gilt zu Recht schon heute weltweit als Paradebeispiel dafür, dass neue Klimaschutztechnologien nicht nur die Umwelt schonen, sondern auch mit wirtschaftlichem Erfolg einhergehen können. Für unser Ziel, das Wirtschaftswachstum klima- und umweltfreundlicher zu gestalten, bietet Freiburg gute Ausgangsbedingungen: zahlreiche umweltorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, einen starken Dienstleistungssektor, einen ausgeprägten und vielfältigen Gesundheitssektor und viele MittelständlerInnen, die sich in der Anwendung von Umwelttechnologien profilieren. Wir wollen alle Freiburger Unternehmen ermutigen, Klimaschutz auch als unternehmerische Chance zu begreifen und die Märkte von morgen zu besetzen. Gleichzeitig müssen die Unternehmen sich auf stark steigende Energiepreise einstellen. Nur wer effizient mit Energie und Rohstoffen umgeht, wird auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten können. (Siehe auch Klimaschutz.)

Freiburg soll Vorbild bleiben

Freiburg ist als „Green City“ eine Zukunftsregion, die nicht von einzelnen Großbetrieben abhängt, sondern vom Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Akteure lebt: Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute, Handwerk und Mittelstand, Partner in der Region diesseits und jenseits der Grenzen und nicht zuletzt vielfältig qualifizierte und engagierte ArbeitnehmerInnen.

Wir Grünen unterstützen nachhaltiges Wirtschaften, denn wir wissen: Ökonomie hat keine Zukunft, wenn sie nicht ökologisch und sozial gerecht gestaltet wird. Deshalb begrüßen wir alle Initiativen von Unternehmen, ethisch verantwortungsvoll zu wirtschaften und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Langfristig erfolgreiche Unternehmen setzen nicht auf schnellen, maximalen Profit, sondern auf ein gutes Betriebsklima, auf angemessen bezahlte und zufriedene MitarbeiterInnen, verbindliche Umwelt- und Klimaziele, eine transparente Unternehmensführung, kulturelle Vielfalt, Engagement zum Wohl der Gemeinschaft (Corporate Citizenship) und auf ethische Ziele wie Geschlechtergerechtigkeit und Kampf gegen Korruption. Zum „Lebensklima“ in unserer Stadt gehört auch, dass arbeitslose Menschen bei der Jobsuche individuell und engagiert unterstützt werden. Wir brauchen das vielfältige Wissen und Können *aller* Bürger.

Wir fordern, dass die Stadt das Potenzial unserer Region durch eine kluge und nachhaltige Wirtschaftsförderung unterstützt. Gemeinsam schaffen wir Arbeitsplätze für Freiburger ArbeitnehmerInnen, erfolgreiche Unternehmen, eine gesunde Umwelt und eine zukunftsfähige Region mit Vorbildfunktion.

Seit seinem Amtsantritt lädt OB Salomon regelmäßig zu regionalen Wirtschaftsgesprächen ein, die den Austausch und die Vernetzung von Freiburger Unternehmen und Institutionen deutlich verbessert haben. Auch die grünen MandatsträgerInnen stehen regelmäßig mit Unternehmen, Kammern, Verbänden und Institutionen in Kontakt.

Freiburgs Wirtschaft: Hintergründe und Zahlen

Freiburg ist Dienstleistungsstadt. In den letzten beiden Jahren bescherte die positive Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes Freiburg ein Plus an Steuereinnahmen. Dennoch ist die Stadt – und damit auch ihre BürgerInnen – mit rund 300 Millionen Euro verschuldet und mit einer Arbeitslosenquote von 7,7 % immer noch Schlusslicht in Baden-Württemberg. Da Freiburgs Wirtschaft stark vom Dienstleistungssektor geprägt ist, wirken sich konjunkturelle Schwankungen, die in Deutschland überwiegend vom industriellen Export beeinflusst sind, zwar auf den Freiburger Arbeitsmarkt nicht so stark aus, dennoch gibt es ungeachtet dieser „konjunkturellen Resistenz“ auch in Freiburg viele Arbeitslose, darunter zahlreiche AkademikerInnen. Für sie gilt es Chancen am Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Bewältigung der nach wie vor schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage wird jedoch durch einige Standortvorteile erleichtert: Gerade in unserer Stadt zeigt sich, dass ökologisch orientiertes Wirtschaften wesentlich zur ökonomischen Stärkung einer Region und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen kann. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1987 insgesamt um über 15 % gestiegen.

Freiburg ist Umwelt- und Solarhauptstadt. Freiburg gilt seit geraumer Zeit als Umwelt- und Solarhauptstadt Deutschlands. Mit der Solarfabrik, dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, dem Solar Info Center, ICLEI (Internationaler Rat für kommunale Umweltinitiativen), der Solarmesse Intersolar, die in Freiburg gewachsen und jetzt nach München umgezogen ist, und der Kongressreihe „Solar Summits“ hat Freiburg sein ökologisches Profil geschärft und es vermocht, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und wissenschaftliches Know-how an die Stadt zu binden. In der Region Freiburg arbeiten allein in der Solarwirtschaft 77 Unternehmen und 637 Beschäftigte. Die Umweltwirtschaft allgemein beschäftigt ca. 9.400 Menschen. Rund 1.500 Betriebe sind an einer umweltwirtschaftlichen Wertschöpfung von etwa 500 Millionen Euro pro Jahr beteiligt (Stand 2004).

Diesen Weg gilt es weiterzuverfolgen, nicht zuletzt, weil Freiburg als Dienstleistungsstandort besonders auf Gewerbesteuererinnahmen angewiesen ist. Freiburg gehört überdies zu den wenigen deutschen Städten, deren Bevölkerung weiter wächst. Diese positive Entwicklung sichert Arbeitsplätze im Baugewerbe und im Handwerk. In den kommenden Jahren wird es unsere Aufgabe sein, die Wirtschaftskraft unserer Stadt weiter auszubauen, innovative Ideen und Technologien zu unterstützen sowie Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Förderung von Existenzgründungen

Existenzgründungen zu fördern ist nachhaltig. Jede Existenzgründung in Vollzeit lässt noch einmal etwa zwei vollzeitäquivalente Stellen entstehen. Wirtschaftlich aktive Selbstständige bereichern die Gesellschaft nicht nur ökonomisch: Ebenso positiv wirken z.B. die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und das Innovationspotenzial von Firmengründungen. Mehr ökonomische Unabhängigkeit ist besonders für Frauen wichtig, die sowohl in Erwerbsarbeitsverhältnissen als auch auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt sind.

Standortfaktoren nutzen. ExistenzgründerInnen bevorzugen wirtschaftlich aktive und dynamische Städte und Regionen. An sehr vielen Unternehmensgründungen sind Hochschulabsolventen beteiligt. Freiburg bietet also in zweifacher Hinsicht gute Voraussetzungen, die es zu nutzen gilt! Durch die gezielte Förderung von Existenzgründungen kann es uns gelingen, Absolventen und Absolventinnen der Freiburger Hochschulen stärker an die Region zu binden – zum Vorteil für die Freiburger Wirtschaft, denn wissensintensive und innovative Gründungen gelten als langfristig besonders erfolgreich.

Weil über 40 % aller aus der Arbeitslosigkeit kommenden ExistenzgründerInnen ihre Tätigkeit schon drei Jahre nach der Gründung wieder aufgegeben haben, benötigen wir außerdem geeignete Beratungs- und Begleitungsformen.

Kreative Stadt. Wissenschaftliches Know-how, gepaart mit Kreativität, führt zu marktfähigen Ideen und Produkten. Aus diesem Grund tragen Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahrzehnten verstärkt zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Die Bedeutung dieses Wirtschaftssektors, der sich durch einen großen Anteil gut ausgebildeter und überdurchschnittlich zufriedener Beschäftigter auszeichnet, wird künftig weiter zunehmen. Daher betrachten wir die Unterstützung von Initiativen und Projekten der Kreativwirtschaft als einen Schwerpunktbereich grüner Wirtschaftsförderung. Freiburg ist nicht zuletzt durch ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot attraktiv – ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt, die in hohem Maße auf kreative Köpfe angewiesen ist.

Anlaufstelle Gründungsbüro. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die eine Unternehmensansiedlung in Freiburg attraktiv machen. Neben den Kosten sind hier weitere Standortfaktoren wie Lebensqualität, das bereits erwähnte Kulturangebot und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten von Bedeutung. Zudem ist die Wirtschaftsförderung der Stadt Freiburg gefragt, GründerInnen bei ihrem Vorhaben zu beraten und zu unterstützen. Bei der Entwicklung des Geländes Güterbahnhof Nord sollte deshalb über innovative Gründerzentren nachgedacht werden.

Als Konsequenz aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen Anlaufstellen für in- und ausländische UnternehmerInnen und GründerInnen eingerichtet werden. Diese sogenannten „One-Stop-Agencies“ sollen den KundInnen als Lotsen die lästige Rennerei von einer Behörde zur nächsten ersparen. Auch in Freiburg sollte es eine kommunale Anlaufstelle geben, die GründerInnen und UnternehmerInnen bei der Abwicklung aller Formalitäten bei Gründung, Ansiedlung und Wachstum berät und unterstützt.

Stärkung von Handwerk und Mittelstand

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Parallel zum Trend der Globalisierung gibt es einen Trend zur Regionalisierung. Regionale Wirtschaftskreisläufe befördern die Wertschöpfung in Freiburg und der Region und tragen zum Klimaschutz bei. Regionale Wirtschaftskreisläufe gibt es in vielen Bereichen: in der Forst- und Holzwirtschaft vom Wald über Sägewerke und Schreinereien bis zu Bauingenieuren und Innenarchitekten; in der Landwirtschaft von Molkereien, Bäckereien und Keltereien bis zum Lebensmittel Einzelhandel; im Rohstoffabbau von Kies- oder Hartsteinwerken bis zum Hausbau mit Materialien aus der Region. Regionale Wirtschaftskreisläufe bringen durch Austausch und Kooperation neue Geschäftsideen und Innovationen hervor und sorgen zudem für vergleichsweise stabile Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir wollen das Bewusstsein für regionale Produkte schärfen, denn Verbraucher, die in der Region hergestellte Produkte einkaufen, bewirken viel: Durch kurze Transportwege wird die Umwelt geschont. Außerdem werden Arbeitsplätze geschaffen und erhalten, nicht nur bei den Produzenten, sondern auch bei ihren Zulieferern wie z.B. handwerklichen Dienstleistern. Regiogeld wie der „Freitaler“ als ergänzende regionale Währung für Freiburg kann regionale Wirtschaftskreisläufe befördern.

Die Chancen des Dreiländerecks nutzen. Freiburgs Lage im Dreiländereck bietet vielen Unternehmen große Chancen. Die Nähe zum Elsass und zur Region Basel und die Zweisprachigkeit vieler im Dreiländereck lebender Menschen machen unsere Region zu einem wichtigen Scharnier zwischen dem deutschen und französischen Markt. Freiburg ist ein guter Ausgangspunkt, um Waren nach Frankreich und in die Schweiz zu exportieren, Dienstleistungen in den Nachbarländern anzubieten und vielfältige Geschäftsbeziehungen ins Elsass und in die Nordschweiz zu knüpfen. Diese „natürlichen“ Standortvorteile muss das Marketing der FWTM (Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe) noch stärker hervorheben. Bürokratische und andere Hemmnisse der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Betätigung müssen abgebaut werden.

Know-how-Transfer. Die Universität mit ihren angeschlossenen Forschungseinrichtungen einschließlich der Universitätsklinik ist das größte Potenzial Freiburgs. Aufgabe der Mittelstandsförderung ist es, dafür zu sorgen, dass möglichst viel des in der Universität erworbenen und vorhandenen Wissens den regionalen Unternehmen zugutekommt und dort genutzt werden kann. Ein solcher Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft hilft den regionalen Unternehmen, weltmarktfähige Produkte zu entwickeln. Dies sichert und schafft in Freiburg und der Region Arbeitsplätze und bringt der Universität Einnahmen, die wiederum zur Stärkung der Lehre und der Forschung genutzt werden können.

Dem Handwerk grünen Boden bereiten. Das Handwerk leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und stärkt regionale Wertschöpfungsketten, sondern spielt auch beim Klimaschutz eine immer bedeutsamere Rolle. Wir wollen das Tempo der energetischen Sanierung des Gebäudebestands – vor allem bei städtischen Bauten – erhöhen. Das kommunale Förderprogramm zur Altbausanierung hat sich seit sechs Jahren bewährt, führt zu mehr Aufträgen für das Handwerk und muss daher weitergeführt werden. Für die Sanierung des Wohnungsbestandes müssen neue Modelle entwickelt werden. Bislang profitieren von der energetischen Sanierung im Mietwohnungsbau in erster Linie die Mieter, weil ihre Heizkosten sinken. Um hier neue Anreize zu schaffen, braucht es ein Verfahren, von dem sowohl Mieter als auch Vermieter profitieren. Dies könnte im Rahmen eines Contracting-Vertrags geschehen. Außerdem müssen Modelle geschaffen werden, um gerade kleinen Unternehmen bei der Senkung ihrer Energiekosten zu helfen. (Siehe auch Klimaschutz.)

Vergaberecht vereinfachen und ökologisch gestalten. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit auch der Einsatz für mehr Klimaschutz sind eine Herausforderung für jede Kommune. Deshalb sollte die Vergabe öffentlicher Aufträge konsequent an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt werden. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen. Ob Papierverbrauch, sauberer Strom, die Einhaltung von Öko- und Energiestandards bei Neubauten oder die Bevorzugung energieeffizienter Geräte – bei der Beschaffung und Vergabe lässt sich viel für die Umwelt erreichen. Eine konsequente Berücksichtigung ökologischer Zielsetzungen beeinflusst die Produktionsprozesse der Wirtschaft und trägt damit zur ökologischen Modernisierung bei.

Kleine und mittlere Unternehmen sind Keimzelle und Rückgrat für die Wertschöpfung in Baden-Württemberg. Hier werden die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen. Diese kleinen und mittelständischen Betriebe brauchen vor allem eines: fairen Wettbewerb. Wir fordern deshalb ein einfaches und transparentes Vergaberecht, das die Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe erleichtert. Öffentliche Aufträge sollten deshalb – wo immer möglich – aufgliedert in Fach- und Teillose ausgeschrieben werden.

Messen, Kongresse und Tourismus

TouristInnen schätzen an Freiburg nicht nur die schöne Umgebung, sondern auch das vielfältige kulturelle Angebot, die gute Küche und den „Wohlfühlfaktor“ der Stadt. Um die Attraktivität unserer Stadt als Erholungsraum zu erhalten und zu steigern, setzen wir auf eine Förderung des umweltverträglichen Tourismus. Wir wollen erreichen, dass möglichst alle Zielgruppen direkt angesprochen werden und so z.B. Fachbesucher im Umweltbereich oder Sporttouristen noch zahlreicher nach Freiburg kommen. Auch Gäste im Rollstuhl und Rucksacktouristen sollen sich in Freiburg noch willkommener fühlen. Trends müssen schneller als Chancen begriffen und genutzt werden, um neue Zielgruppen zu erschließen. Im Hinblick auf Messen und Kongresse wollen wir unseren Ruf als „Green City“ ausbauen und noch enger als bisher mit der Universität und anderen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, um noch mehr Besucher nach Freiburg einzuladen. Wie die neue internationale Kongressreihe „Solar Summits“ und die von der FWTM neu etablierte Messe „Gebäude.Energie.Technik“ zeigen, ist Freiburg hier auf einem guten Weg.

MigrantInnen schaffen Arbeitsplätze

Die lokale Ökonomie profitiert in wachsendem Maße von einer funktionierenden ethnischen Ökonomie, denn MigrantInnen schaffen immer mehr und zunehmend qualifizierte Arbeitsplätze. Zugleich stellen sie zahlreiche Ausbildungsplätze gerade für MigrantInnen zur Verfügung und sind damit wichtige Rollenvorbilder, die zeigen, dass ein sozialer Aufstieg möglich ist. Aus all diesen Gründen muss die Stadt in den kommenden Jahren gezielt Strukturen schaffen, die die lokale ethnische Ökonomie befördern. (Siehe auch Integration.)

Geschlechtergerechtigkeit im Wirtschaftsleben

In den USA und in Skandinavien gilt ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis im Management einer Firma bereits als Anzeichen für eine nicht zukunftsfähige Ausrichtung und zieht schlechtere ökonomische Prognosen für dieses Unternehmen nach sich. In Deutschland leisten wir uns einen bedenklichen Anachronismus: Frauen verdienen durchschnittlich immer noch 22 % weniger als Männer, sind auf der Führungsebene deutlich unterrepräsentiert, dafür in Teilzeit- und prekären Beschäftigungsverhältnissen überproportional vertreten.

Es gibt also noch viel zu tun an der „Gender-Front“, auch in Freiburg. Frauen eröffnen sich jedoch gerade in Freiburg besondere Chancen, denn hier dominiert schon jetzt der Dienstleistungssektor, der nicht nur eine Frauendomäne, sondern auch ein ganz wichtiger Zukunftssektor für die gesamte deutsche Wirtschaft ist. Diesen Standortvorteil können und müssen wir ausbauen. Hier liegt eine wichtige Zukunftsaufgabe für die städtische Wirtschaftsförderung, die FWTM und die seit langem in diesem Bereich sehr erfolgreich arbeitende Kontaktstelle Frau und Beruf.

Der Diskriminierungsteufel steckt oft im Detail: Es ist nicht damit getan, dass Frauen sich in männerdominierte Sparten vorwagen, denn die wirtschaftliche Bewertung von Branchen und Sektoren passt sich dem Geschlechterverhältnis zum Nachteil der Frauen an. Es bedarf eines langen Atems, um weiterhin vorhandene Hürden abzubauen. Wir benötigen dazu nicht nur bewährte Instrumente der Frauenförderung und -vernetzung, sondern müssen auch kontinuierlich prüfen, ob Frauen und Männer gleichermaßen von der Wirtschaftsförderung der Stadt profitieren. Wie schon mit den Dienstvereinbarungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz muss die Stadt als Arbeitgeberin hier weiterhin Vorbildfunktion übernehmen, z.B. mit einer geschlechtergerechten Beförderungspolitik. Auch muss sie, wo immer dies möglich ist, ihren Einfluss nutzen, um innovative Ansätze zur Geschlechtergerechtigkeit im Wirtschaftsleben der Stadt zu unterstützen. (Siehe auch Frauenpolitik und Gender Mainstreaming.)

Informierte VerbraucherInnen schützen das Klima

Nur informierte Verbraucherinnen und Verbraucher können verantwortungsbewusst handeln. Laut Umweltbundesamt werden etwa 40 % der klimarelevanten Emissionen eines jeden Bundesbürgers durch Ernährung und Konsum verursacht. Bislang haben Konsumenten allerdings kaum die Möglichkeit, klimafreundliche Angebote zu erkennen und bei ihren Kaufentscheidungen zu berücksichtigen. Daher fordern wir Grünen, dass die CO₂-Bilanz von Produkten ausgewiesen wird. Die Freiburger Wirtschaftsförderung kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und ein Konzept erarbeiten, das es Freiburger Unternehmen ermöglicht, die CO₂- und Ökobilanz von Produkten auszuweisen.

Arbeitsmarktpolitik

Ziel grüner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist es, möglichst allen Menschen zu ermöglichen, zu fairen Bedingungen aktiv am Arbeitsmarkt teilzuhaben und ihre Existenz selbst zu sichern.

Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Elementare Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft sind gleiche und gute Bildungschancen für alle. Um Beschäftigung zu sichern, Innovationen zu fördern und soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, brauchen wir mehr Investitionen in bessere Bildung. Die Diskussion um den Fachkräftemangel zeigt: Ein solides Bildungsfundament ist nicht nur die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sondern auch die wichtigste Investition für wirtschaftlichen Erfolg. Wir Grünen halten am dualen Ausbildungssystem mit den Ausbildungsorten Betrieb und Schule fest, wollen das System der beruflichen Bildung aber weiterentwickeln und reformieren.

So müssen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zukünftig eine größere Rolle spielen. Unsere konkreten bildungspolitischen Forderungen finden Sie im Kapitel Bildung.

Familie und Beruf. Der Fachkräftemangel wird auch für die Unternehmen unserer Region zunehmend zum Problem. Gleichzeitig werden Eltern durch den Mangel an Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder in ihrer Berufstätigkeit ausgebremst. Das passt nicht zusammen! Wir Grünen fordern daher mehr und flexiblere Betreuungsangebote, die auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern abgestimmt sind. Mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Programm hat sich Freiburg ein engagiertes Ziel gesetzt: Bis 2013 soll die Betreuungsquote für unter Dreijährige auf 39 % angehoben werden.

Wir fordern außerdem mehr Ganztagsplätze in den Kindergärten und einen flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen auch im Grundschulbereich. (Siehe auch die Kapitel Kinder, Jugend und Familie; Bildung.)

Wichtig ist auch eine familienfreundliche Infrastruktur: Betreuungsplätze sollten arbeitsplatznah und der Arbeitsplatz selbst sollte gut und schnell mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Gefragt sind zudem arbeitsplatznahe Einkaufsmöglichkeiten.

Betreuung, Vermittlung und Qualifizierung Arbeitsuchender. Die ARGE Freiburg betreut rund 16.500 Personen in ca. 8.700 Bedarfsgemeinschaften. Darunter sind 4.100 Kinder und Jugendliche (Stand: Januar 2009). Leider müssen wir feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Freiburg im Sinne der Betroffenen nicht gut funktioniert. Personalmangel, organisatorische Probleme und weitere schwierige Rahmenbedingungen führen zu wachsender Unzufriedenheit bei Beschäftigten und HilfeempfängerInnen. Auch gibt es immer wieder Kritik an der Arbeitsweise der ARGE, so z.B. bei Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder beim Umgang mit ALG-II-BezieherInnen, deren Mieten zu hoch sind. Alarmierend ist zudem die hohe Fehlerquote bei den Leistungsbescheiden. Vier Jahre nach der Einrichtung der ARGE können all diese Probleme nicht mehr mit Startschwierigkeiten begründet werden.

Wir Grünen fordern, schnell und umfassend Abhilfe zu schaffen und die Freiburger Arbeitsmarktpolitik auf eine konzeptionelle Grundlage zu stellen. Dabei müssen die individuelle Beratung und passgenaue Hilfen für alle Erwerbslosen im Zentrum stehen. Jede Kundin, jeder Kunde muss umfassend über ihre bzw. seine Leistungsansprüche und das gesamte in Freiburg vorhandene Beratungsangebot informiert werden. Die Aktivierung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen darf sich nicht auf die Vermittlung in den Arbeitsmarkt beschränken: Ebenso wichtig sind Qualifizierung, soziale Stabilisierung und eine individuelle, langfristige Begleitung. Häufig macht eine Mehrfachbelastung vieler Langzeitarbeitsloser die gleichzeitige Betreuung des familiären bzw. sozialen Umfelds notwendig. Hier können die in Freiburg vorhandenen Angebote wie Schuldner-, Sucht- und Familienberatung, psychologische Beratungsstellen und die Kontaktstelle Frau und Beruf wichtige Unterstützung leisten. Viele junge EmpfängerInnen von Transferleistungen sind in Familien aufgewachsen, die bereits selbst auf staatliche Hilfe angewiesen waren. Wir wollen helfen, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Aus grüner Sicht brauchen wir eine neue lokale Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss. Zukünftig soll Unterstützung auch jenen Menschen zugutekommen, die keinen Leistungsanspruch haben oder nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Maßnahmen des zweiten und dritten Arbeitsmarktes dürfen dabei nicht in Konkurrenz zum örtlichen Handwerk und zur regionalen Wirtschaft treten. Nur so kann vermieden werden, dass durch öffentliche Beschäftigung Arbeitsplätze in privaten Unternehmen gefährdet werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig alle Hilfen aus einer Hand geleistet werden. Deshalb müssen die Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Wir brauchen eine individuelle, regionale Arbeitsmarktpolitik im Sinn der Daseinsvorsorge (siehe auch Sozialpolitik).

Haushaltspolitik

Die deutschen Städte stehen vor großen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen – z.B. in der Umwelt- und Bildungspolitik. Nur eine finanziell gesunde Stadt verfügt über die politischen Handlungsspielräume, die notwendig sind, um die Probleme der Zukunft zu lösen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger ist die Grundbedingung einer nachhaltigen, grünen Haushaltspolitik.

Unsere Ziele

Wir wollen den Schuldenberg weiter abbauen, um die politischen Handlungsspielräume der Zukunft zu erweitern. Schulden von heute dürfen nicht zu einer Belastung nachfolgender Generationen werden. Das gesamte städtische Vermögen an Gebäuden, Brücken, Straßenbahntrassen etc. gilt es zu erhalten, zu sanieren und zu pflegen.

Jede Investition muss grundsätzlich auf ihre Nachhaltigkeit und Notwendigkeit geprüft werden. Wir verlangen einen effizienten und sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Der Beteiligungshaushalt soll durch neue, dynamische Beteiligungsformen erweitert werden.

Rückblick

In den letzten drei Jahren hat sich die finanzielle Situation vieler Städte aufgrund überdurchschnittlich hoher Steuereinnahmen entspannt. Vor 2006 jedoch waren manche Städte kaum noch in der Lage, einen ausgeglichenen, gesetzeskonformen Haushalt aufzustellen. Die aktuelle Wirtschaftskrise lässt wieder dunkle Wolken am Himmel aufziehen.

Schuldenabbau durch den Verkauf der Freiburger Stadtbau? Freiburg war am Jahresende 2005 quasi zahlungsunfähig. Die Prognosen über weiter sinkende Steuereinnahmen bei explodierenden Sozialausgaben ließen befürchten, dass die Haushaltsmittel einer Zwangsverwaltung unterstellt würden. Nur noch kommunale Pflichtaufgaben hätten dann finanziert werden dürfen.

Der Gemeinderat beschloss mit Unterstützung der Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen, das strukturelle Haushaltsdefizit von jährlich 35 Millionen Euro einerseits durch Bürokratieabbau bei Verwaltung und städtischen Gesellschaften und andererseits durch die Rückzahlung aller Schulden zu beseitigen, um die Zwangsverwaltung zu verhindern. Die Erlöse aus dem Verkauf der Freiburger Stadtbau sollten die Rückzahlung der Schulden und damit eine jährliche Einsparung von 26 Millionen Euro ermöglichen.

Die Freiburger BürgerInnen haben sich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen. Dieses eindeutige Votum des Bürgerentscheids ist für uns auch in Zukunft bindend. Umso wichtiger ist eine nachhaltige, kostenbewusste und sparsame kommunale Haushaltspolitik.

Schuldenabbau und Sanierung. Viel zu lange wurden Haushaltslöcher durch die Unterlassung von Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung (Schulen und Kindergärten) gestopft. Viel zu lange setzte die Stadt nach dem Prinzip Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen und häufte einen Schuldenberg an. Viel zu lange wurde der Haushalt durch teure Prestigeprojekte wie das Konzerthaus oder die Theatersanierung belastet, deren Kosten aus dem laufenden Haushalt bestritten wurden (Leasing).

Daten und Fakten

2008 gab die Stadt rund 614 Millionen Euro netto (das entspricht 2.798 Euro pro Einwohner) aus. Die laufenden Ausgaben der Verwaltung betragen ca. 510 Millionen Euro, die Investitionsausgaben beliefen sich auf ca. 104 Millionen Euro. Der Schuldenberg von 335,7 Millionen Euro im Jahr 2006 konnte bis Ende 2008 auf 295 Millionen Euro gesenkt werden.

Knapp 50 % des Verwaltungshaushalts werden für Personal- und Sachkosten aufgewendet. Weitere 40 % sind Pflichtausgaben des Sozialhaushalts und Steuerumlagen. Nur rund 10 % sind „freiwillige“ Ausgaben der Stadt.

Aus dem Vermögenshaushalt flossen 2008 ca. 70 Millionen Euro in Investitionen.

Die kommunalen Steuern (Gewerbe-, Grunderwerb- und Grundsteuer) beliefen sich im Jahr 2008 auf ca. 167 Millionen Euro. Aus dem Finanzausgleich erhielt Freiburg ca. 150 Millionen Euro und aus der Einkommensteuer ca. 75 Millionen Euro. Verkäufe städtischer Grundstücke im Umfang von 20 bis 30 Millionen Euro pro Jahr sind seit Jahren im Haushalt der Stadt fest eingeplant.

Die Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, und die Zweckverbände mit den Umlandgemeinden erwirtschafteten 2007 ca. 1.035 Millionen Euro. Davon wurden 106 Millionen Euro wieder investiert. Alle städtischen Gesellschaften werden bis zum Jahr 2010 ca. 7 Millionen Euro pro Jahr einsparen.

Wir haben umgesteuert

Die Verwaltungsreform. Die Freiburger Stadtverwaltung wurde komplett umstrukturiert. Sie arbeitet nun effektiver, bürgerfreundlicher und billiger. Allein an Personalkosten werden inzwischen jährlich über 20 Millionen Euro eingespart. Auch den städtischen Gesellschaften VAG, FWTM und Stadtbau wurden Vorgaben zu Einsparungen in Millionenhöhe gemacht.

Diese enormen Veränderungen haben die Beschäftigten der Stadt und der Gesellschaften mit großer Loyalität mitgetragen. Ohne die konstruktive Unterstützung der Beschäftigten wäre der Reformprozess nicht so erfolgreich verlaufen.

Schuldenabbau. Als das Land im November 2006 seine Steuerschätzung vorlegte, zeichnete sich nach Jahren sinkender Steuereinnahmen eine Trendwende ab: In den Jahren 2006, 2007 und 2008 waren endlich wieder Haushaltsüberschüsse vorhanden. Bis Ende 2008 konnte der Schuldenberg von 335 Millionen Euro auf 295 Millionen Euro abgebaut werden. In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 sind weitere Tilgungen von über 30 Millionen Euro vorgesehen. Bis zum Jahr 2020 wollen wir die Schulden um weitere 150 Millionen Euro senken.

Sanierung von Schulen und anderen städtischen Gebäuden. Schuldenabbau ist die eine Seite der Medaille – Investitionen zur Sanierung der maroden städtischen Infrastruktur und vor allem der Schulen die andere. Dank der hohen Steuereinnahmen konnten die Investitionsausgaben 2008 und 2009 im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren fast verdoppelt werden. Die Erhöhung der Grundsteuer bringt weitere 7 Millionen Euro jährlich. Diese Einnahmen fließen ausschließlich in die Sanierung der Schulen.

Controlling. Städtisches Vermögen zu erhalten und zu pflegen ist ein zentraler Baustein nachhaltiger grüner Finanzpolitik. Das heißt aber auch, dass verantwortungsvoll und sparsam mit öffentlichen Geldern umgegangen werden muss. Wir verlangen deshalb, dass bei größeren Bauprojekten ein externes Controlling den wirkungsvollen und sparsamen Einsatz der Mittel kontrolliert.

Beteiligung. Eine intensive Beteiligung der Betroffenen bei der Planung und Durchführung von Investitionen soll bewirken, dass wichtige Details nicht unter den Tisch fallen. Wir erwarten, dass öffentliche Gelder dank dieses Verfahrens effektiver eingesetzt werden (*siehe auch Beteiligung*).

Neue Herausforderungen meistern

Sparen ist kein Selbstzweck. Es dient dazu, politische Handlungsspielräume zu erhalten und zu gewinnen. Allein der Abbau von 70 Millionen Euro Schulden in den Jahren 2007 bis 2010 spart der Stadt jährlich 3,5 Millionen Euro Zins und Tilgung und versetzt sie in die Lage, dringende kommunale Aufgaben anzupacken.

Kinderbetreuung und Bildung. Der Gemeinderat hat beschlossen, Betreuungsplätze für unter Dreijährige bis 2013 auf 38 % auszubauen. Wir halten diese Quote für zu gering und erwarten in Zukunft eine noch größere Nachfrage nach solchen Plätzen. Auf unsere Initiative hin wurde 2008 in Schulen und Kindergärten das Ein-Euro-Mittagessen eingeführt. Im Haushalt 2009/2010 haben wir pro Jahr zusätzlich 500.000 Euro für Bildungsangebote in Kindertagesstätten eingestellt. Das Projekt „Erfolgreich in Ausbildung“ fördert jugendliche Hauptschüler. Die Schulsozialarbeit wird ausgebaut. (*Siehe auch Bildung*.)

Sozialausgaben. Um die weiter ausufernden Pflichtaufgaben der Stadt finanzieren zu können, ist eine nachhaltige Haushaltspolitik Voraussetzung. Seit den Hartz-Reformen 2005 übernimmt die Stadt die Wohnkosten der ALG-II-Bezieher. Die jährlichen Ausgaben belaufen sich auf 33 Millionen Euro. Die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung schlagen mit ca. 23 Millionen Euro zu Buche. Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung steigen auch die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter weiter an.

Neuinvestitionen. Damit Freiburg zukunftsfähig bleibt, müssen Spielräume für Neuinvestitionen vorhanden sein: Die über den Rotteckring verlaufende Stadtbahn Vauban–Neue Messe z.B. wird das öffentliche Verkehrsnetz erweitern; Schulneubauten im Passivhausstandard werden die Belastung unserer Umwelt verringern.

Generell müssen Investitionen und Finanzanlagen ökologischen, sozialen und ethischen Aspekten genügen. Das heißt auch, darauf zu achten, dass die verwendeten Materialien und Geräte ökologischen Standards entsprechen, unter fairen Bedingungen produziert und gehandelt wurden.

Mehr Bürgerbeteiligung und mehr Bürgerengagement

Beteiligungshaushalt. Wir wollen die Bürger noch stärker als bisher in die Haushaltsberatungen einbinden. Mit dem Freiburger Beteiligungshaushalt 2008 hat die Stadt neue Wege beschritten. Die Ergebnisse sind in die Aufstellung und in die Beratungen des Doppelhaushalts 2009/2010 eingeflossen. Sie werden darüber hinaus auch unsere politischen Entscheidungen beeinflussen (*siehe auch* Beteiligung).

Bürgerschaftliches Engagement. Wichtige Projekte im Sozialbereich, in Sport und Kultur wären schwieriger umzusetzen, gäbe es nicht eine so große Spendenbereitschaft in der Freiburger Bürgerschaft. Sportvereine betreuen und unterhalten Sportstätten in der Stadt. Fördervereine an Schulen und Kindergärten finanzieren Sonderausstattungen und innovative Projekte. Einrichtungen wie die Anlauf- und Beratungsstelle für wohnungslose Frauen, der Essenstreff und die Freiburger Tafel werden von sozial engagierten Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt. Manche Kulturveranstaltung könnte ohne Sponsoren nicht stattfinden. Die Freiburger Theaterstiftung will die Theaterfinanzierung auf unabhängige Beine stellen. Auch die Windräder drehen sich nur dank ökologischer Finanzanlagen von Freiburger BürgerInnen.

Dieses Engagement wollen wir unterstützen und fördern. Deshalb begrüßen wir die Gründung von Stiftungen. Auch unterstützen wir das bei der Sanierung des Augustinermuseums angewandte Modell, jeden gespendeten Euro durch einen städtischen Zuschuss zu verdoppeln.

Zukunftsdividende. Wir Grünen wollen die durch den Schuldenabbau erlangte neue Handlungsfähigkeit der Stadt sichtbar machen. Die Verwendung eines Teils der durch eingesparte Zins- und Tilgungszahlungen frei werdenden Mittel wollen wir daher als „Zukunftsdividende“ in den Haushaltsberatungen gesondert beraten und abstimmen. Sie soll in zukunftsweisende Projekte investiert werden. Anhaltspunkte für solche Projekte kann der Beteiligungshaushalt liefern. Voraussetzung für die Investition der Zukunftsdividende ist für uns allerdings ein ausgeglichener städtischer Haushalt.

Sozialpolitik

Die Kommune ist der „Ort des Sozialen“. Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen, die Wirtschaft und die Verbände der Wohlfahrtspflege gestalten die lokale Sozialpolitik. Sie bietet Sicherheit, wenn Menschen durch Krankheit, Unfall, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit in eine Notlage geraten. Sie verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht die Integration in die Gesellschaft. Transferleistungen wie das Sozialgeld oder die Grundsicherung sorgen dafür, dass nicht arbeitsfähige Menschen ein menschenwürdiges Dasein führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sozialpolitik darf Hilfsbedürftige nicht als passive Leistungsempfänger betrachten, sondern muss versuchen, ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Freiburg hat ein breit gefächertes Netz an sozialen Dienstleistungen für Wohnungslose, Suchtkranke, Behinderte und hilfebedürftige Senioren. Darüber hinaus gibt es psychologische Beratungsstellen, Beratungsstellen für Familien und gegen sexuellen Missbrauch, Hilfsangebote für Opfer von Gewalt in Beziehungen, Angebote für benachteiligte Mädchen und die Jugendhilfe. Trotz dieser Angebote und des vielfältigen sozialen Engagements vieler BürgerInnen bleibt noch viel zu tun.

Menschenwürdig leben mit Arbeitslosengeld II

Schon lange fordern wir vom Bund, die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II – insbesondere für Kinder – deutlich zu erhöhen. Auf lokaler Ebene treten wir dafür ein, dass Mitgliedsbeiträge für Kinder in Vereinen und Musikschulen sowie die Beiträge für Fördermaßnahmen an Schulen (Sprachunterricht) von der ARGE oder der Kommune übernommen werden (*siehe auch* Bildung).

Eine bezahlbare Wohnung ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben, wenn man ohne eigenes Einkommen oder mit niedrigen Einkünften auskommen muss. Insbesondere die Nebenkosten fallen wegen steigender Energiepreise oft viel zu hoch aus. Wir fordern deshalb die beschleunigte Sanierung der städtischen Wohnungsbestände (*siehe auch* Wohnen).

Die Einführung eines Sozialtickets wird auf der Grundlage des durch die Freiburger VAG in Auftrag gegebenen Gutachtens über Zielgruppen, Kosten und Bedarfe von uns ergebnisoffen geprüft.

Wohnungslosigkeit verhindern

Das neu gegründete Amt für Wohnraumversorgung soll in Freiburg künftig dazu beitragen, einen drohenden Wohnungsverlust zu verhindern. Das heißt, dass Mietern, denen die Räumung ihrer Wohnung droht, zukünftig direkt geholfen wird. Vermieter mit problematischen Mietern können sich ebenfalls „Amtshilfe“ holen. Gleichzeitig ist das neue Amt dafür zuständig, Wohnungslose mit Wohnungen zu versorgen. In den letzten fünf Jahren wurden ein neues Übergangwohnheim und ein neues Aufnahmehaus gebaut. Ein weiteres Haus für eingeschränkt wohnfähige Menschen ist in Planung; ein Haus für große Familien ohne Wohnraum wird gerade gebaut.

Die Betreuung von Wohnungslosen ruht zu einem großen Teil auch auf den Schultern ehrenamtlich tätiger Freiburger BürgerInnen: OFF (Obdach für Frauen) kümmert sich um wohnungslose Frauen, die „Freunde von der Straße“ bieten neben persönlicher Hilfe sonntags einen Mittagstreff, die „Straßenschule“ kümmert sich um junge Wohnungslose, in der Pflasterstub werden Wohnungslose ärztlich versorgt, und der Freiburger Essenstreff bietet warme Mahlzeiten. Dieses beispielhafte Netzwerk gilt es weiter zu stärken und zu erhalten.

Abhängigen helfen – Sucht verhindern

Wenn Jugendliche sich „ins Koma saufen“, liegt dies nicht zuletzt daran, dass viele Erwachsene sehr unreflektiert mit dem Thema Alkohol umgehen. Nur eine kommunale Suchtpräventionspolitik kann solche Auswüchse erfolgreich verhindern. Alkohol darf nicht bedenkenlos an Jugendliche abgegeben werden. Ein Alkoholkonsumverbot wie im „Bermudadreieck“ um das Martinstor halten wir für eine wenig wirkungsvolle Präventionsmaßnahme. Wir erwarten, dass bei öffentlichen Festen und besonders während der närrischen Zeit verantwortungsvoll mit Alkohol umgegangen wird und an den Ständen verstärkt alkoholfreie Getränke angeboten werden.

Wir möchten die bestehenden Hilfsangebote für Suchtkranke, die legale Drogen konsumieren, erhalten, den Schwerpunkt aber stärker auf die Prävention legen. Für Konsumenten illegaler Drogen gibt es in Freiburg ein breites Hilfsangebot (z.B. den Kontaktladen, die Schwerpunktpraxis zur Abgabe von Methadon, die Beratungsstelle DROBS). Wir sprechen uns für die Abgabe von Heroin auf Rezept aus. In

einem bundesweiten Modellversuch – an dem unter anderem auch Karlsruhe teilnahm – wurden damit Erfolge erzielt. Die Landesregierung weigert sich jedoch, die Umsetzung in anderen Kommunen zu legalisieren.

Prävention verstärken und zielgruppenspezifisch ausrichten

Wir brauchen eine vielschichtige, allgemeine sowie auf spezielle Zielgruppen ausgerichtete Aidsprävention, die sich ständig weiterentwickelt. Jede Generation muss neu für die HIV-Prävention gewonnen werden und selbst dort, wo Safer Sex selbstverständlich im Bewusstsein verankert ist, können Wissen und Handeln auseinanderklaffen.

Wir Freiburger Grünen fordern weitere Präventionsmaßnahmen und unterstützen die Beratungs-, Begleitungs- und Aufklärungsarbeit der engagierten Vereine und Institutionen.

Menschen mit Behinderung

Freiburg hat seit 2008 eine ehrenamtliche Behindertenbeauftragte und einen Behindertenbeirat, die sich für die Interessen von Menschen mit Behinderung einsetzen. Doch das ist nicht genug. Die Belange Behinderter müssen in der Stadt endlich mehr Gewicht erhalten. Barrieren für Rollstuhlfahrer müssen abgebaut und der ÖPNV muss weiter behindertengerecht ausgebaut werden. Es sind mehr behindertengerechte Wohnungen erforderlich, um z.B. auch Menschen, die aufgrund von Altersgebrechen an den Rollstuhl gebunden sind, ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Körperlich oder geistig behinderte Kinder sollten unserer Ansicht nach so weit wie möglich gemeinsam mit gesunden Kindern unterrichtet und betreut werden. Behinderte dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Ambulante Hilfsangebote, behindertengerechte Arbeitsplätze und Wohnheime für z.B. geistig Behinderte sind hierfür Voraussetzung. Der gemeindepsychiatrische Verbund zur Unterstützung von Menschen mit psychischer Behinderung funktioniert in Freiburg nur in Ansätzen. Hilfsangebote für diese Menschen sind zwar vorhanden, aber zu wenig vernetzt und zu wenig am Bedarf orientiert. Wir wollen den gemeindepsychiatrischen Verbund in Freiburg verbessern, sodass alle Menschen mit einer psychischen Erkrankung davon profitieren.

Lebendige Stadt – Kinder, Jugend und Familie

Kinder sind eine Bereicherung für die Stadt. Doch noch viel zu oft ist die Entscheidung für Kinder mit Nachteilen verbunden. Vielen Familien reicht ihr Einkommen kaum zur Sicherung des Lebensunterhalts. Immer mehr Kinder wachsen deshalb in Armut auf. Die Entscheidung für Kinder führt insbesondere für Frauen oft zu Nachteilen am Arbeitsplatz.

Die soziale Benachteiligung von Familien wollen wir nachhaltig bekämpfen. Freiburg muss noch familienfreundlicher werden. Voraussetzungen dafür sind bezahlbarer Wohnraum für Familien, Freiräume für Kinder, Betreuungsangebote für Ein- bis Sechsjährige und Kinder in der Grundschule, Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Kinderarmut, Entfaltungschancen für Jugendliche und begleitende Maßnahmen in schwierigen Situationen.

Daten und Fakten

In den letzten 20 Jahren ist nicht nur die Freiburger Gesamtbevölkerung gewachsen, auch die Zahl der Kinder ist gestiegen. In 17 % der Freiburger Haushalte leben Kinder – insgesamt etwa 33.000. Etwa 12.000 davon sind zwischen einem und sechs Jahren, 13.000 zwischen sieben und 13 Jahren und 8.000 zwischen 14 und 17 Jahren. Hinzu kommen ca. 12.000 Heranwachsende im Alter von 18 bis 21 Jahren. Viele von ihnen sind nach Freiburg gezogen, um an einer der Hochschulen zu studieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Betreuungsangebote für Kinder

Die Angebote an Kinderbetreuungsmöglichkeiten haben sich in den letzten Jahren signifikant verbessert. In Freiburg gibt es 6.500 Kindergartenplätze – sie reichen aus, um jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren zu versorgen. Die Kinder tummeln sich in 21 städtischen Kitas und 99 Einrichtungen unterschiedlicher Träger mit einem breiten Spektrum an pädagogischen Konzepten. Dank unseres Engagements stehen inzwischen auch in den Ferien ausreichend Plätze für Kinder zur Verfügung. Immer mehr Kindertagesstätten bieten außerdem Betreuungsmöglichkeiten für Krabbelkinder ab einem Jahr.

Kindertagesstätten. Trotzdem reichen die Angebote für unter Dreijährige bei weitem nicht aus. Bisher finden nur 20 % aller Krabbelkinder einen Betreuungsplatz. Der Gemeinderat hat deshalb 2007 beschlossen, bis zum Jahr 2013 die Betreuungsplätze für unter Dreijährige bis zu einer Quote von 39 % auszubauen. Allein im Haushalt 2009/2010 sind hierfür rund 10 Millionen Euro Mehrkosten eingeplant. Wir erwarten, dass die Nachfrage nach Krabbelplätzen in den nächsten Jahren noch deutlich steigen wird. Ab 2014 haben alle unter Dreijährige per Gesetz einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Land und Bund sind verpflichtet, zwei Drittel der entstehenden Kosten zu übernehmen. Diese Zusage hat vor allem das Land bisher nicht eingehalten.

Land und Bund müssen durch eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse an die Kommunen auch dafür Sorge tragen, dass die Betreuungsangebote für Kinder bis sechs Jahren für alle bezahlbar sind und nicht zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung für Familien führen. Wünschenswert wäre ein kostenloses Kinderbetreuungsangebot – finanziert von Land und Bund.

Ganztagschulen. Problematisch gestaltet sich für viele Eltern der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Konnten die Kinder im Kindergarten häufig den ganzen Tag betreut werden, sind sie zunächst oft nur wenige Stunden in der Schule. Für Alleinerziehende ist dieses Problem besonders gravierend. Es ist zwar zu begrüßen, dass GrundschülerInnen inzwischen einen Anspruch auf Kernzeitbetreuung haben, doch die Versorgung am Nachmittag ist nicht sichergestellt. Wir Grünen fordern deshalb seit langem, die Grundschulen zu Ganztagschulen umzugestalten. Da das Land keine Anstalten macht, seine dogmatische Schulpolitik aufzugeben, haben wir uns in den letzten Jahren für eine „flexible Nachmittagsbetreuung“ stark gemacht. Unser Ziel ist es, an allen Schulen für alle Kinder berufstätiger Eltern eine Betreuung bis 17 Uhr zu erreichen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Grundschulkindern während der Ferien Freizeitbeschäftigungen anzubieten, um berufstätige Eltern zu entlasten.

Daten und Fakten

Kinderarmut verhindern – kommunale Handlungsfelder

Daten und Fakten

In den letzten Jahren waren in Freiburg etwa 2.600 Familien dauerhaft oder vorübergehend auf Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II und Mietzuschuss) angewiesen. In diesen Familien leben ca. 4.100 Kinder und Jugendliche – etwa die Hälfte davon in Einelternfamilien. Insgesamt müssen 21 % der Alleinerziehenden Transferleistungen in Anspruch nehmen. Kinder aus all diesen Familien wachsen in finanzieller Armut auf.

Die Fakten sprechen für sich. Sie zeigen, dass Kinder vor allem für Alleinerziehende immer noch ein Armutsrisiko sind. Keine andere gesellschaftliche Gruppe ist so stark auf Transferleistungen angewiesen. Daher benötigen alleinerziehende Eltern unsere volle Unterstützung. Auf bundespolitischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und vor allem die darin enthaltenen Kinderbeträge erhöht werden. Wir verlangen zudem, dass Bund und Land Eltern mit geringem Einkommen Zuschüsse für die Kinderbetreuung gewähren.

Armutsbekämpfung von Anfang an

Babybegrüßungspaket. „Willkommen im Leben“: Mit dieser Begrüßungsformel sollen zukünftig alle Neugeborenen in Freiburg empfangen werden. Ein Babybegrüßungspaket soll die Eltern über Angebote für Kinder in der Stadt informieren (Kinderarztpraxen, Familienberatungsstellen, Kinderbetreuungseinrichtungen im Quartier etc.), aber auch Wissenswertes zur Kinderernährung und Gesundheitsvorsorge vermitteln. Wir wollen, dass Eltern sich mit ihren Kindern in Freiburg wohlfühlen. Dieses Begrüßungspaket soll es selbstverständlich in mehreren Sprachen geben.

Familiennetzwerke. Das Netzwerk „Bündnis für Familien“ setzt sich seit mehreren Jahren für die Belange von Familien in Freiburg ein und genießt unsere volle Unterstützung. Es ist Mitinitiator der Freiburger Familiencard, die viele Vergünstigungen beim Besuch von Theatern, Bibliotheken und Bädern gewährt und dadurch auch Familien mit niedrigen Einkommen ermöglicht, die Freizeitangebote in Freiburg wahrzunehmen. Weitere Familiennetzwerke und Familienzentren in den Stadtteilen sollen Familien mit Beratungsbedarf zukünftig Unterstützung anbieten und dazu beitragen, dass Defizite bei Kindern frühzeitig entdeckt werden. Wir wollen Eltern ermuntern, ihre Kinder in Krabbelgruppen betreuen zu lassen. Wir möchten Kurse zur Kindererziehung, zu Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsprävention und Ernährung einrichten und Eltern mit Migrationshintergrund Deutschkurse anbieten (siehe auch Integration).

Armutsbekämpfung durch Bildung im Kindergarten

Die soziale Herkunft darf nicht länger darüber entscheiden, welche Bildungs- und Berufschancen Kindern offen stehen. Unsere Wissensgesellschaft braucht gut ausgebildete junge Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Deshalb haben wir Bildung ab dem Krabbelgruppenalter auf die städtische Agenda gesetzt. Vor allem Angebote zur Sprachförderung wollen wir in Kindertagesstätten fest verankern. Auch die musikalische Begabung gilt es zu fördern. Kooperationen zwischen Theatern, Orchestern, Museen und Kinderbetreuungseinrichtungen sollen deshalb deutlich intensiviert werden. Kinder mit Migrationshintergrund sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, brauchen häufig aber auch eine besondere Förderung. Sprachkompetenz ist die Basis für Integration. Auch wenn es utopisch klingt – wir wollen erreichen, dass jedes Kind unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft beim Übergang vom Kindergarten in die Schule die gleichen Startchancen hat (siehe auch Integration).

Armutsbekämpfung durch Förderung in der Schule

Sprachförderung und musische Bildung leisten einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und müssen daher in der Schule fortgeführt werden. Viele junge Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind oder den größten Teil ihres Lebens hier verbracht haben, beherrschen die deutsche Sprache nur unzureichend. Sprachkompetenz ist jedoch die Voraussetzung für einen höheren Bildungsabschluss. In Freiburg ist die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von 12 % auf 4,3 % gesunken. Trotzdem schaffen viele Jugendliche mit Entwicklungsdefiziten den Übergang von der Schule in den Berufsalltag nicht ohne Probleme. Seit 2007 gibt es in Freiburg das Programm „Erfolgreich in Ausbildung“. Alle Schulabgänger ohne Ausbildung erhalten Beratung und Hilfe – ebenso wie Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder von legalen oder illegalen Drogen abhängig geworden sind. Wir wollen erreichen, dass jeder junge Mensch in Freiburg eine Ausbildung und eine Arbeitstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt erhält.

Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

Öffentliche Räume. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, um sich auszutoben und ungestört entfalten zu können. In Wohngebieten sollen deshalb verstärkt Straßen zu Spielstraßen umgewidmet werden. Spielplätze und Schulhöfe müssen zu naturnahen Erlebnisräumen umgestaltet werden. Wege – ob zur Straßenbahnhaltestelle oder zur Schule – gilt es sicher zu gestalten. Auch in sichere Radwege muss verstärkt investiert werden.

Geschlechtsspezifische Angebote. Mädchen und Jungen haben unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Stärken. Dort, wo ein Geschlecht dominiert oder besser abschneidet – in Jugendgruppen sind es in der Regel die Jungen, an weiterführenden Schulen die Mädchen –, sind passgenaue Lösungen zu entwickeln, um die Entwicklungschancen von Mädchen und Jungen gleichermaßen zu fördern (siehe auch Frauenpolitik und Gender Mainstreaming).

Angebote für Jugendliche. Jugendzentren, städtische Plätze, Schulhöfe und Wiesen werden immer stärker von Jugendlichen genutzt. Der Augustinerplatz und die Sternwaldwiese beispielsweise sind beliebte Treffpunkte – nicht immer zur Freude der AnwohnerInnen, die etwa über die zunehmende Lärmbelästigung klagen. Wo unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen, sind Kompromisse gefragt. Jugendliche müssen in diese Diskussionsprozesse aktiv und verantwortlich einbezogen werden. Darüber hinaus gilt es, das Freizeitangebot für Jugendliche auszuweiten. So ist z.B. die Einrichtung weiterer Skateparks überfällig.

Konfliktfeld Alkohol

Bei einem Teil der Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren ein übermäßiger Alkoholkonsum (Koma-saufen) zum Problem entwickelt. Der leichtfertige Umgang vieler Erwachsener mit alkoholischen Getränken ist sicherlich ein wesentlicher Grund dafür. Schweizer Kommunen haben bereits eine Strategie kommunaler Alkoholprävention für alle BürgerInnen entwickelt. Wir haben uns dieses Konzept zu eigen gemacht. Wir wollen den übermäßigen Konsum von Alkohol im privaten wie im öffentlichen Raum thematisieren und halten es für wichtig, den bewussten Umgang mit Alkohol zu erlernen.

Seniorinnen und Senioren

Freiburg ist eine Stadt, in der Jung und Alt gerne leben. Die Diskussion um den demografischen Wandel ist in Freiburg bisher eher geräuschlos geführt worden. Die Bebauung des Rieselfeldes und des Vauban-Geländes hat viele junge Familien zurück in die Stadt gelockt, sodass die Altersstruktur insgesamt relativ stabil geblieben ist.

Im gesamten Stadtgebiet leben ca. 21 % (42.000) über Sechzigjährige. SeniorInnen fanden Freiburg schon immer attraktiv – nicht zuletzt aufgrund seiner Übersichtlichkeit, der kurzen Wege, des milden Klimas und der schönen Lage am Rande des Schwarzwaldes und mitten im Dreiländereck.

Gleichwohl ist es an der Zeit, sich auf zukünftige demografische Entwicklungen einzustellen. Lebendige Nachbarschaften, vielfältige Möglichkeiten zu kulturellen Aktivitäten, die Unterstützung von Mentoringprojekten (z.B. Lesepatenschaften, Begleitung von Auszubildenden), der Ausbau von Pflegestützpunkten, Quartiers- und Familienzentren sollen Orientierungspunkte einer neuen Seniorenpolitik werden. Wir Grünen wollen, dass Ältere sich ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechend in das städtische Leben integrieren können.

Projektgruppe zum demografischen Wandel

Wir Grünen wollen eine dezernatsübergreifende Projektgruppe gründen, die sich mit dem demografischen Wandel in Freiburg befasst. Sie soll alle Gebiete, auf die sich die demografische Entwicklung auswirkt, unter die Lupe nehmen. Z.B. sind nach wie vor insbesondere ältere Frauen von Altersarmut betroffen, was ihre Teilhabe am städtischen Leben nicht selten erschwert. Auch sind es vor allem Töchter und Schwiegertöchter, die – nicht selten unter Aufgabe eigener beruflicher Wünsche – die Pflege von Angehörigen übernehmen. Den demografischen Wandel unter Gender-Gesichtspunkten zu untersuchen ist uns deshalb ein besonderes Anliegen.

Altersgerechte Stadtplanung

Stadtteilentwicklungspläne müssen altersgerecht gestaltet werden – etwa durch die Konzeption altersgerechter Quartierszentren, ambulanter und stationärer Pflegestützpunkte, die Unterstützung aktiver Nachbarschaften und die Vernetzung von Altenhilfeeinrichtungen. Das Projekt „Gelingendes Alter im Freiburger Osten“, eine Kooperation zwischen der Heiliggeistspitalstiftung, der Katholischen Fachhochschule, dem Zentrum für Gerontologische Forschung und Entwicklung und der Stadt Freiburg, kann dafür wichtige Anregungen geben.

Umgang mit Pflegebedürftigen

Über Achtzigjährige sind am stärksten von Pflegebedürftigkeit betroffen. In Freiburg waren 2006 rund 17.000 Männer und Frauen pflegebedürftig. Wir Grünen wollen, dass die Wünsche dieser Menschen stärker als bisher berücksichtigt werden. Im Bereich der stationären Pflege ist Freiburg gut aufgestellt. Doch obwohl die Stadt sich seit Anfang der 1990er Jahre von dem Motto „Ambulante Hilfe vor stationärer Hilfe“ leiten lässt, wurde der stationäre Bereich stärker ausgebaut als in vergleichbaren Städten. Wir wollen, dass Freiburg sich wieder auf den Ausbau der professionellen ambulanten Pflege konzentriert. Dabei müssen die gleichen Qualitätskriterien wie für stationäre Einrichtungen gelten.

Auch Wohnpflegeprojekte mit vorübergehender oder dauerhafter ambulanter Pflege und Unterstützung im Haushalt gilt es zu fördern. In diesem Bereich wurden bereits vielfältige Modelle verwirklicht. In Zukunft sollte jeder Stadtteil ambulante, teilstationäre und stationäre Betreuungsmöglichkeiten anbieten, die flexibel in Anspruch genommen werden können. Über den Städtetag und andere politische Gremien setzen wir Grünen uns insgesamt für eine Flexibilisierung der Betreuungsformen ein.

Wohngemeinschaften für Demenzkranke

Bei der Versorgung von Demenzkranken gehen stationäre Betreuungseinrichtungen und private Träger inzwischen zunehmend neue Wege – etwa durch die Einrichtung besonderer Wohngemeinschaften. In solchen Wohngemeinschaften erhalten Erkrankte vielfältige Anregungen und therapeutische Hilfen, die exakt auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Viele Angehörige nutzen die Möglichkeit der Tagespflege, um auch weiterhin ihren Beruf ausüben zu können. Wir unterstützen den Aufbau solcher neuer Versorgungseinrichtungen. Es liegt uns am Herzen, dass Demenzkranke in Würde leben und pflegende Angehörige Entlastungsangebote wahrnehmen können.

Seniorenbüro

Wir unterstützen die wichtige und hervorragende Arbeit des Seniorenbüros. Die Vernetzung mit der Stiftungsverwaltung Freiburg, den beiden Fachhochschulen, der Universität, den Wohlfahrtsverbänden und dem Seniorenrat halten wir für selbstverständlich. (Neue Wohnformen im Alter *siehe auch* Wohnen).

Wohnen

Freiburg gehört zu den wenigen Städten, die trotz des demografischen Wandels wachsen und voraussichtlich auch in Zukunft wachsen werden. Wir halten dies für ein gutes Zeichen. Allerdings ist damit auch ein steigender Bedarf an Wohnraum verbunden. Immer mehr Flächen werden verbraucht – ein ökologisches Problem, das sich durch die steigende Zahl an Singlehaushalten und den steigenden Wohnflächenbedarf pro Person noch verschärft. Soziale Probleme entstehen durch den schon heute spürbaren Mangel an preiswerten Mietwohnungen. Im Gegensatz zu manch anderen Ballungszentren hat Freiburg trotz hoher Mieten ein eher niedriges Einkommensniveau. Oft sind es die Nebenkosten, die zu unkalkulierbaren und unfinanzierbaren Preissteigerungen führen. In solchen Fällen ist eine energetische Sanierung die einzige Lösung. Viele NiedrigverdienerInnen benötigen darüber hinaus Unterstützung bei der Finanzierung der Kaltmieten. Entsprechende Maßnahmen können nur von Bund, Land und Stadt gemeinsam getroffen bzw. umgesetzt werden: Während der Bund für das Wohngeld verantwortlich zeichnet, muss das Land sich zu einer verstärkten Förderung des sozialen Wohnungsbaus durchringen und die Stadt ihr Angebot an Sozialwohnungen erhöhen.

Vieles wird sich in den nächsten Jahren verändern: die Wohnbedürfnisse älterer Menschen ebenso wie das Klima, dessen Schutz nach energiesparenden Bauweisen verlangt. Kurzum: Freiburg braucht ein breit gefächertes Wohnangebot, das GeringverdienerInnen, älteren Menschen, Kindern und allen anderen BewohnerInnen ebenso gerecht wird wie der Umwelt (*siehe auch* Stadtentwicklung; Klimaschutz).

Daten und Fakten

In Freiburg gibt es ca. 101.000 Wohnungen. Ca. 70.000 davon sind Mietwohnungen. Größte Vermieter sind die Freiburger Stadtbau (ca. 7.800 Wohnungen) und die drei großen Baugenossenschaften (ca. 6.000 Wohnungen). 13.450 Wohnungen unterliegen der Mietpreisbindung und sind somit für Personen mit niedrigem Einkommen oder für Bezieher von Transferleistungseinkommen reserviert. Der Anteil preisgebundener Wohnungen am gesamten Freiburger Wohnungsbestand beträgt 13 %. Damit ist Freiburg im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten führend im sozialen Wohnungsbau. Allein in den letzten zehn Jahren wurden ca. 1.100 neue Sozialwohnungen errichtet. Um die Wohnungen, die aus der Preisbindung fallen, zu ersetzen und um ausreichend Wohnraum für geringverdienende Bevölkerungsgruppen zu schaffen, müssen pro Jahr 200 geförderte Wohnungen hinzukommen. In der Notfallkartei für Wohnungssuchende sind im Durchschnitt ca. 800–900 Wohnungssuchende eingetragen.

Der Freiburger Mietspiegel

Wohnungen sind in Freiburg Mangelware. Die Zunahme von Singlehaushalten, der Zuzug von Menschen mittleren Alters und das Abebben des Baubooms haben dazu geführt, dass Wohnraum immer knapper und teurer geworden ist. Die letzte Erhebung zum Mietspiegel dokumentiert, dass Freiburg die Mietpreisentwicklungen anderer baden-württembergischer Städte mitvollzogen hat: Seit 2000 sind die Mieten landesweit, d.h. auch in Freiburg, um ca. 9 % gestiegen.

Mietspiegel dienen als Orientierungshilfe bei der Gestaltung der Miethöhe. In strittigen Fällen ziehen Gerichte den Mietspiegel als Entscheidungsgrundlage heran. Weil Mietspiegel wissenschaftlich fundiert die Entwicklung der Mietpreise in einer Stadt abbilden, sind sie kein Instrument der politischen Steuerung und führen folglich auch nicht zur Senkung von Mieten. Günstigere Mieten lassen sich nur erreichen, wenn genügend neue Wohnungen entstehen. Dennoch wirken Mietspiegel insgesamt dämpfend auf das Mietpreisniveau. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt in Zukunft zeitgleich mit der Verabschiedung eines neuen Mietspiegels eine mehrsprachige Informationsbroschüre publiziert, die BürgerInnen über die Veränderungen im Vergleich zum vorherigen Mietspiegel Auskunft gibt. Darin soll auch auf die zahlreichen Mietwohnberatungsstellen hingewiesen werden. Der Mietspiegel selbst muss zwischen wärmegeprägten und nicht wärmegeprägten Wohnungen differenzieren.

Direkte finanzielle Unterstützung (Subjektförderung)

Neben preiswerten Mietwohnungen sind individuelle Mietzuschüsse das wirksamste und wichtigste Instrument zur Unterstützung von MieterInnen mit niedrigem Einkommen. Wohngeldanpassungen obliegen jedoch dem Bund, und dieser hat sich in den letzten Jahren ziemlich unauffällig aus der Verantwortung gestohlen. Unterkunftskosten für ALG-II-Empfänger zahlen beispielsweise die Kommunen.

Nicht zuletzt deshalb konnte der Bund seine Wohngeld-Ausgaben ab 2005 von 2,3 auf 1,23 Millionen senken. Leidtragende waren und sind GeringverdienerInnen und Kommunen gleichermaßen.

Die Wohngelderhöhung Anfang 2009 um rund 10 % war somit überfällig. Ob sie für Freiburg und die FreiburgerInnen eine spürbare Entlastung bringen wird, ist noch offen, gleicht sie doch gerade mal die Inflationsrate der letzten acht Jahre aus. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiburg vom Bund in die höchste Wohngeldstufe eingeordnet wird. Die über 2.000 Freiburger Haushalte, die schon heute Wohngeld beziehen, und Hunderte weitere, die bisher leer ausgehen, sind auf diese Unterstützung dringend angewiesen. Auch muss in Zukunft – wie bei den Renten und Hartz-IV-Leistungen – eine regelmäßige Anpassung gesetzlich verankert werden.

Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus (Objektförderung)

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft Familien, Alleinstehende und Studierende in Freiburg gleichermaßen. Mitverantwortlich für die prekäre Situation ist die CDU/FDP-Landesregierung, die sich in den letzten Jahren fast ausschließlich auf die Förderung von Wohnungseigentum konzentriert hat. Wir Grünen fordern hingegen seit langem, dass in Groß- und Universitätsstädten Fördermittel ausschließlich in den Mietwohnungsbau fließen. Mit dem Wohnraumförderprogramm 2009 kommt das FDP-geführte Wirtschaftsministerium dieser Forderung nun zumindest teilweise nach: 2009 werden 25 Millionen Euro für allgemeinen Mietwohnungsbau in Großstädten und an sonstigen Hochschulstandorten in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Nun kann die Stadt Freiburg endlich einige Projekte verwirklichen, die auf Umsetzung warten.

Erhöhung des Mietwohnungsangebots

Die Stadt engagiert sich für eine bessere Versorgung mit preiswertem Wohnraum: Mindestens 200 preisgünstige Mietwohnungen für Geringverdienende sollen pro Jahr neu entstehen. Hierfür stellt die Stadt Grundstücke zu verbilligten Bodenpreisen oder mit reduziertem Erbbauzins zur Verfügung. Zudem werden bei der Ausweisung neuer Wohnbaugebiete die Grundeigentümer über städtebauliche Verträge verpflichtet, entweder bis zu 10 % des Nettobaulands für geförderten Wohnungsbau an die Stadt abzutreten oder selbst bis zu 30 % der Wohnungen im geförderten Miet- oder Eigentumswohnungsbau zu realisieren. Auf unseren Antrag hin wurde darüber hinaus beschlossen, innerhalb der nächsten drei Jahre zusätzlich 10 Millionen Euro jeweils zur Hälfte in den Neubau preiswerter Mietwohnungen und in die Sanierung des Wohnungsbestandes der Freiburger Stadtbau (auch zur Senkung der Heiznebenkosten für die Mieter!) zu investieren.

Die Freiburger Stadtbau

2006 haben die FreiburgerInnen entschieden, dass die Stadtbau-Wohnungen nicht verkauft werden sollen (*siehe auch* Haushalt). Diese Entscheidung ist für uns bindend, auch über das Jahr 2010 hinaus. Inzwischen wurde erreicht, dass die Stadtbau in finanzieller Hinsicht erstmals auf soliden Beinen steht. Dazu beigetragen haben u.a. der Abbau von Stellen sowie eine Anpassung der Wohnungsmieten an die Mieten vergleichbarer Objekte. Trotzdem ist und bleibt es Aufgabe der Stadtbau, preiswerten Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist sie wirtschaftlich wieder in der Lage, preiswerte neue Mietwohnungen zu errichten. Gleichzeitig beginnt sie mit der dringend notwendigen Sanierung des Altwohnungsbestands. Allein in Weingarten West werden in den nächsten Jahren 114 Millionen Euro in die (energetische) Sanierung von Wohnungen investiert, um die Nebenkosten der Mieter zu senken. Die Sanierung des Hochhauses Buggingerstraße 50 nach den Richtlinien des Passivhausstandards wird als Modellprojekt realisiert. Nach der Sanierung werden die MieterInnen weniger Warmmiete zahlen als vorher.

Baugruppen und Genossenschaften

Wir Grünen unterstützen die Arbeit von Baugruppen und Wohnungsbaugenossenschaften, denen die Stadt viele innovative stadtplanerische, ökologische und soziale Impulse verdankt. Freiburg ist auf neue Ideen angewiesen. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Bildung weiterer genossenschaftlicher Wohnprojekte.

Auch die Arbeit von Baugruppen liegt uns am Herzen. Mit der Entstehung der Stadtteile Rieselfeld und Vauban ist Freiburg zu einer Baugruppen-Hochburg geworden. Das Bauen in Gemeinschaft fördert eine aktive Nachbarschaft und ist dank einer optimierten Planung preiswerter als herkömmliche

Bauverfahren. Inzwischen gibt es eine große Vielfalt höchst unterschiedlich organisierter Baugruppen. Die städtischen Serviceleistungen für diese Gruppen sind auf diese Vielfalt abzustimmen. Auch bei den Vergabekriterien für stadteigene Grundstücke gilt es zu differenzieren. So brauchen private Baugruppen z.B. länger für eine solide Finanzplanung als professionell organisierte Baugemeinschaften. Diese Unterschiede wollen wir auf städtischer Seite stärker berücksichtigt wissen (*siehe auch* Stadtentwicklung).

Neue Wohnformen im Alter

Immer mehr Menschen interessieren sich für neue Wohnformen im Alter. Sie wollen neue Formen des Zusammenlebens in altershomogenen oder generationsübergreifenden Wohnprojekten erproben. Diese Projekte haben unsere volle Unterstützung. Wir wollen erreichen, dass Projektgruppen ausreichend Zeit erhalten, sich für geeignete Grundstücke zu bewerben und eine solide Finanzierung zu entwickeln. Bei der Veräußerung stadteigener Grundstücke sollen künftig auch soziale Kriterien (z.B. die Rentenhöhe) in die Entscheidung über Vergabe und Kaufpreis einfließen. Der Zugriff auf Erbpachtgrundstücke muss erleichtert werden. Desgleichen muss sich die Stadtbau als stadteigener Wohnungsbauträger in diesem Bereich stärker engagieren als bisher und z.B. Umbauten im Bestand forcieren. Als zentrale städtische Schaltstelle für diesen Prozess soll das Seniorenbüro fungieren. Es kann den Gruppen in der schwierigen und langwierigen Planungsphase mit Rat und Tat zur Seite stehen und so zu einem Gelingen dieser sozial und kulturell wichtigen neuen Formen des Zusammenlebens beitragen.

Studentisches Wohnen

Als Universitätsstadt benötigt Freiburg erschwinglichen Wohnraum für eine steigende Zahl von StudentInnen. Wir unterstützen alle innovativen Formen studentischen Wohnens (z.B. Alt-Jung-Projekte, selbst organisierte Projekte).

Wagenburgen

Es gibt viele Gründe, in einer Wagenburg zu leben. In Freiburg haben sich in den vergangenen Jahren an drei Orten (Biohum-Gelände, Eselswinkel, Nähe Eselswinkel) Wagenburgen etabliert. Wir halten Wagenburgen für eine alternative Wohnform, die unsere Unterstützung verdient. Auf dem Biohum-Gelände und im Eselswinkel beispielsweise leben überwiegend Menschen mit sozialen und Suchtproblemen, die von MitarbeiterInnen des Sozialamtes bzw. einer Projektgruppe betreut werden. Diese Gruppen haben sich dort gut etabliert. Auch für die Wagenburg der Schattenparker wurde endlich ein geeigneter Ort gefunden. Wir treten dafür ein, dass alle drei Plätze als Standorte für Wagenburgen erhalten bleiben.

Auf der Freiburger Linie – Stadtinnenpolitik

Wir Grünen wollen ein weltoffenes und liberales Klima in unserer Stadt. Der öffentliche Raum ist für alle da – unabhängig von Geldbeutel, Status, Lebensform und politischer Einstellung.

Videoüberwachung

Wir sind besorgt über den zunehmenden Trend, den öffentlichen Raum per Video zu überwachen. Freiburg braucht eine langfristig angelegte, gezielte Präventionspolitik, die an den Kriminalitätsursachen ansetzt, und keine Dauerbeobachtung zur Beruhigung eines diffusen Unsicherheitsgefühls. Die grünen Mitglieder im Aufsichtsrat der VAG werden sich für ein Verbot der Videoüberwachung einsetzen.

Alkoholverbote

Viel wichtiger als Verbote sind unserer Meinung nach umfassende Präventionsmaßnahmen und eine konsequente Anwendung der Jugendschutzgesetze, wie wir sie im Gemeinderat gefordert haben.

Da es aber innerhalb des „Bermudadreiecks“ in der Innenstadt immer häufiger zu Gewalt im Zusammenhang mit Alkohol kam, haben auch wir einem Alkoholverbot zugestimmt. Dies war und ist bei uns stark umstritten. Wir werden daher die Entwicklung im „Bermudadreieck“ genau beobachten und bei der anstehenden Verlängerung des Verbots neu entscheiden.

Die sogenannte Randgruppenverordnung ist dagegen für uns nicht hinnehmbar. Unter dem Vorwand, die Attraktivität einzelner Plätze erhöhen zu wollen, sollen Menschen, die auch zu unserer Gesellschaft gehören, aber anders leben, leichter vertrieben werden können. Wir werden uns für die baldige Aufhebung dieser Verordnung einsetzen.

Demonstrationen

Wir stehen für den Schutz der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit ein. Bestrebungen des Amtes für öffentliche Ordnung, das Demonstrationsrecht zugunsten geschäftlicher und anderer Interessen empfindlich zu beschneiden, treten wir entschieden entgegen. Auch setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für eine moderate und deeskalierende Polizeistrategie bei Demonstrationen in Freiburg ein.

Beteiligung

„Entweder wird es ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement geben, oder die Wende zur Nachhaltigkeit findet nicht statt.“

Das Wuppertal-Institut in seiner neuen Studie *Zukunftsfähiges Deutschland*

Wir wünschen uns eine Stadt mit lebendiger Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger sich in vielfältigen Formen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligen können. Wir sind davon überzeugt, dass die Stadtpolitik sich nur auf diese Weise schnell genug nachhaltig entwickeln und den anstehenden Herausforderungen gerecht werden kann.

Dabei gilt es, die drei Säulen der Demokratie auszubalancieren: Die Verfahrensweisen der repräsentativen und direkten Demokratie müssen mit den neu entstehenden Formen der kooperativen Demokratie verknüpft werden. Bürgerinnen, Verwaltung und Gemeinderat sollen in Zukunft auf gleicher Augenhöhe verhandeln, und die Ergebnisse dieser Gespräche sollen in die Entscheidungen des Gemeinderates einfließen. Um diese Vision zu verwirklichen, werden wir in den nächsten Jahren

- bürgerschaftliches Engagement systematisch unterstützen,
- verstärkt auf erweiterte Bürgerbeteiligung setzen,
- den Beratungsprozess zur Nachhaltigkeit – die Lokale Agenda 21 – weiter vorantreiben.

Bürgerschaftliches Engagement liegt uns am Herzen

Ehrenamtlich tätige BürgerInnen erbringen enorme Leistungen, ohne die das gesellschaftliche Leben sofort zusammenbrechen würde. Sie engagieren sich in allen kulturellen und sozialen Bereichen, in Sportverein, Kindergarten und Schule ebenso wie bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst, in der Politik oder im Umweltschutz, und tragen so dazu bei, dass diese Einrichtungen ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Stadt fördert dieses bürgerschaftliche Engagement seit Jahren. Dafür gibt es gute Gründe: Sich zu engagieren ist nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Die fachlichen Anforderungen sind ebenso gestiegen wie die Erwartungen der Ehrenamtlichen. Sie wünschen mehr Selbstbestimmung und zeitliche Flexibilität und legen Wert darauf, dass ihnen die Ausübung des Ehrenamtes Freude macht.

Daten und Fakten

Bundesweit sind 36 % der BürgerInnen ab 14 Jahren ehrenamtlich engagiert, also etwa 23 Millionen Menschen. In Baden-Württemberg sind es sogar 42 %.

Ein weiteres Drittel der BürgerInnen über 14 Jahre, also bundesweit nochmals ca. 20 Millionen Menschen, möchte sich zukünftig (stärker) engagieren – wenn die Bedingungen stimmen.

Vielfältige Förderung. In Freiburg wird bereits viel zur Förderung des freiwilligen Engagements getan. Die Freiwilligen-Agentur berät und vermittelt Menschen, die sich engagieren wollen, an Einrichtungen und Vereine, die Freiwillige engagieren möchten. Das Selbsthilfebüro unterstützt Selbsthilfegruppen während der Gründungsphase und bei ihrer Arbeit. Der Treffpunkt Freiburg stellt engagierten BürgerInnen Räume für Sitzungen, Veranstaltungen und Büros zur Verfügung. Gemeinsam mit der Volkshochschule bieten diese drei Einrichtungen ein Fortbildungsprogramm für Ehrenamtliche an. Das Freiburger Agenda-21-Büro initiiert und fördert nachhaltige Projekte. Im Verein FARBE e.V. haben sich Ehrenamtliche zusammengefunden, um andere Ehrenamtliche zu unterstützen.

Das Jugendbüro steht Jugendlichen zur Seite, die sich in selbst organisierten Projekten engagieren möchten. Die Stabsstelle zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements der Stadt Freiburg unterstützt diese Einrichtungen, organisiert Veranstaltungen zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements und hält den Kontakt zu den zuständigen Stellen in- und außerhalb der Stadtverwaltung aufrecht.

Unsere Ziele

Wir Grünen unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in seiner ganzen Vielfalt und möchten ihm den Rahmen geben, den es zu seiner Entfaltung braucht. Wir wissen, dass eine erfolgreiche Förderung sich an den Interessen, Motiven und Fähigkeiten der BürgerInnen orientieren muss. Dafür ist ein durchdachtes Konzept vonnöten.

Gesamtstrategische Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Viele Aktionen laufen unkoordiniert nebeneinander her. Es ist uns wichtig, dass die Koordination der Engagementförderung verbessert und organisatorische Lücken geschlossen werden. Dafür muss das bürgerschaftliche Engagement im Gemeinderat regelmäßig behandelt werden.

Infrastruktur. Viele Einrichtungen der Engagementförderung sind seit Ende 2007 in städtischen Räumen am Alten Messplatz untergebracht. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Einrichtungen nach Ablauf des Mietvertrages 2014 in der Innenstadt untergebracht werden, sodass sie für alle Freiburger BürgerInnen leicht erreichbar sind. Auch die Erstellung einer Übersicht über die Räume, die von Vereinen und Initiativen genutzt werden können, ist wichtig.

Beratung. Ehrenamtliche Projekte brauchen mehr Unterstützung. Wir wollen die fachliche Beratung bürgerschaftlicher Projekte und Initiativen zu rechtlichen, finanziellen und technischen Fragen verbessern sowie die Förderung durch die Stadt transparenter und unbürokratischer gestalten.

Unterstützung besonderer Zielgruppen. Jugendliche engagieren sich besonders bereitwillig. Jugendengagement wird in Freiburg derzeit nur punktuell unterstützt. Wir wollen diese Unterstützung ausweiten.

Auch SeniorInnen haben viel zu geben. Schon jetzt spielt das freiwillige Engagement von SeniorInnen eine bedeutende Rolle, z.B. bei der Unterstützung von SchülerInnen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung des Seniorenengagements intensiviert wird (*siehe auch Bildung*).

MigrantInnen tragen erheblich zum gesellschaftlichen und kulturellen Reichtum bei. Ihre Integration bedeutet zugleich eine Herausforderung. MigrantInnen, die sich ehrenamtlich engagieren, erhalten Anerkennung, die ihnen den Zugang zur Gesellschaft erleichtert. Deshalb setzen wir uns gezielt für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von MigrantInnen ein (*siehe auch Integration*).

In der Wirtschaft steigt das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein. Unternehmen bringen ihre Ressourcen zunehmend im Sinne eines unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements zum Wohl der Allgemeinheit ein. Sie spenden Geld oder erbringen Sachleistungen, beraten Vereine und Projekte, stellen MitarbeiterInnen für ehrenamtliches Engagement frei, machen sich für soziale, ökologische oder kulturelle Projekte stark. In Freiburg wird das Engagement von Unternehmen bisher kaum gefördert. Wir wollen, dass sich das ändert.

Wir setzen auf mehr Bürgerbeteiligung

Die Demokratisierung geht weiter. Seit dem erfolgreichen Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Wyhl engagieren sich zahlreiche Freiburger BürgerInnen in Bürgerinitiativen, setzen sich für die sozialen und ökologischen Belange der Stadt ein und machen sich für ihre eigenen Interessen stark. Durch ihren Einsatz und ihre Sachkenntnis haben sie sich Einfluss erarbeitet und sind zu wichtigen Ideengebern geworden.

Stadtverwaltung und Gemeinderat haben sich in den letzten vier Jahrzehnten der Bürgerbeteiligung zunehmend geöffnet. Dabei spielten Bürgerproteste und Bürgerentscheide eine wichtige Rolle. Wir Grünen, 1980 aus der Umwelt-, Eine-Welt-, Frauen- und Friedensbewegung entstanden, haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir sind überzeugt, dass die Herausforderungen unserer Zeit ohne das Engagement, das Alltagswissen und das Fachwissen der BürgerInnen nicht zu bewältigen sind. In den zunehmend häufigen Diskussionen zum Thema „Politikverdrossenheit“ zeigt sich, dass die BürgerInnen die repräsentative Demokratie zwar bejahen, aber stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden möchten. Dies zeigt sich auch im bürgerschaftlichen Engagement: Wer mitanpacken soll, will mitreden und mitentscheiden. Wir erleben keine Demokratieverdrossenheit, sondern eine neue Phase des Demokratisierungsprozesses.

Intelligentes Zusammenspiel. Wir Grünen werden diese Phase aktiv und konstruktiv mitgestalten. Bürgerinnen und Bürger sollen an der Gestaltung ihrer Stadt teilhaben, ihr Wissen und Engagement in Entscheidungsprozesse einbringen können. Dies kann nur im intelligenten Zusammenspiel der repräsentativen, der direkten und der kooperativen Demokratie geschehen. Diese Bereiche müssen sich gegenseitig unterstützen, aber auch kontrollieren. Wir sind überzeugt davon, dass mehr Bürgerbeteiligung die repräsentative Demokratie stärkt und die Qualität von Entscheidungen verbessert, da Planungen bedarfsgerechter erfolgen, Probleme bürgernäher und effizienter gelöst werden. Die Politik

hat umgekehrt darauf zu achten, dass Minderheiten geschützt und übergeordnete Interessen der Stadt gewahrt bleiben.

Große Vielfalt. Mittlerweile arbeiten Stadtverwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft auf vielfältige Weise zusammen. Für die BürgerInnen gibt es zielgruppenbezogene (z.B. Stadtteilerforschung mit Kindern), themenbezogene (z.B. Kulturkonzept oder Ausschuss „Stationäre und ambulante Altenhilfe“) und projektbezogene (z.B. Sanierungsverfahren „Soziale Stadt“) Mitwirkungsmöglichkeiten. Dazu kommen stadtteilbezogene Beteiligungsangebote (z.B. die Stadtteilentwicklungsplanung). Wir Grünen werden uns für den Ausbau dieser Beteiligungsmöglichkeiten einsetzen.

Ein Quantensprung: der Flächennutzungsplan. Seit seinem Amtsantritt 2002 setzt Oberbürgermeister Dieter Salomon sich dafür ein, dass die Verwaltung sich Beteiligungsprozessen zunehmend öffnet. Besonders eindrucksvoll gelang dies bei der Flächennutzungsplanung: Im ersten Moderationsverfahren machten die BürgerInnen sich für einen sparsamen Flächenverbrauch und eine stärkere Innenentwicklung stark und stellten sich damit gegen die alte Stadtspitze, die Stadtverwaltung und viele Fachleute. Auch für uns Grüne stand die Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Innenentwicklung seit langem auf der Tagesordnung. Der neue OB sorgte mit der Einrichtung der Projektgruppe für integrierte Stadtentwicklung dafür, dass der Flächennutzungsplan 2020 als Teil des Freiburger Agenda-Prozesses gestaltet, dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet und mit Beteiligung interessierter BürgerInnen aus allen Stadtbezirken erarbeitet wurde. Dabei ging es auch um die Suche nach Innenentwicklungspotenzialen. Heute ist das Primat der Innenentwicklung für eine nachhaltige Stadtentwicklung in der Fachwelt unumstritten. 2006 wurde der Flächennutzungsplan 2020 mit nur wenigen Änderungen vom Gemeinderat beschlossen. Wir nehmen Bürgerbeteiligung auch ernst, wenn sie nicht so läuft, wie wir uns das wünschen. Die FreiburgerInnen haben entschieden, dass die Stadtbau nicht verkauft werden soll. Diese Entscheidung ist für uns bindend, auch über das Jahr 2010 hinaus. (siehe auch Haushaltspolitik; Wohnen). Auch beim Bürgerentscheid über die Schließung des Flugplatzes haben wir uns an das Votum der BürgerInnen gehalten.

Durchbruch für den Beteiligungshaushalt. Die positiven Erfahrungen mit dem Beteiligungsverfahren zum Flächennutzungsplan waren mit ausschlaggebend dafür, dass der Gemeinderat 2007 beschloss, die BürgerInnen auch an der Planung des städtischen Haushalts zu beteiligen. Wir Grünen haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass im Gemeinderat ein einstimmiger Grundsatzbeschluss zustande kam. Der Beteiligungshaushalt für den Haushalt 2009/2010 wird eine neue Stufe erreichen: Zum ersten Mal wird die fortlaufende Haushaltsplanung, also die Gestaltung aller städtischen Politikfelder, nicht nur einzelner Projekte, mit den BürgerInnen beraten. Die erste Runde des Beteiligungshaushalts hat gezeigt, dass viele Freiburger bereit und in der Lage sind, sich auf einen solchen Prozess einzulassen. Insbesondere dem Lobbyismus geben sie neue Formen. Während traditionelle Lobbyisten in Konkurrenz zueinander stehen und möglichst den direkten Weg zu Gemeinderäten und den Spitzen der Verwaltung suchen, führt der Beteiligungshaushalt zu kooperativen und transparenten Formen der Aushandlung von Interessen.

Unsere Ziele

Bürgerentscheide erleichtern. Wir halten Bürgerentscheide für ein sinnvolles Element direkter Demokratie, das nicht nur von Bürgern gefordert, sondern von Gemeinderat und Verwaltung bei weitreichenden Entscheidungen angeboten werden sollte. Deshalb fordern wir, die Quoren, die bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid angesetzt werden, zu senken. Auf Landesebene sind wir mit unseren Gesetzentwürfen dazu bisher an der CDU/FDP-Regierung gescheitert.

Bürgerbeteiligung im Gemeinderat verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Gemeinderat sich regelmäßig mit der Gestaltung der Bürgerbeteiligung auseinandersetzt. Darüber hinaus sind wir für die Erstellung eines vom Gemeinderat zu verabschiedenden „Leitfadens Bürgerbeteiligung“, wie es ihn auch in anderen Städten gibt. In diesem Leitfaden wird erklärt, bei welchen Themen und auf welche Weise sich BürgerInnen beteiligen können, von wem und wie die Bürgerbeteiligung organisiert wird und was mit den Ergebnissen passiert.

Bürgerbeteiligung in der Verwaltung verankern. Wir setzen uns für die Schaffung einer Verwaltungsstelle ein, die das Know-how zur Bürgerbeteiligung bündelt. Der/die MitarbeiterIn wäre zuständig für die Schulung anderer VerwaltungsmitarbeiterInnen, für die Organisation größerer Verfahren wie z.B. des Beteiligungshaushalts und die Koordination ressortbezogener Beteiligungsangebote.

Schulung der VerwaltungsmitarbeiterInnen. Wir wollen erreichen, dass die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung in professionellem Partizipationsmanagement geschult werden. Beteiligungsprozesse sollten so gestaltet werden, dass alle FreiburgerInnen sich auf eine Art einbringen können, die ihnen gemäß ist. Nur wenn wir die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensstile der FreiburgerIn-

nen berücksichtigen, können wir dafür sorgen, dass niemand von vornherein vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wird.

Den Informationsfluss verbessern. Eine bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung pflegt eine transparente Kommunikation. Das elektronische Rathaus-Informationssystem, das allen BürgerInnen offensteht, ist ein gelungener Anfang. Wir möchten die Möglichkeit, mit Mitgliedern der Verwaltung direkt in Kontakt zu treten, weiter ausbauen. Ebenso wichtig ist uns, dass Informationen für alle BürgerInnen verständlich aufbereitet werden.

Weiterentwicklung des Beteiligungshaushalts. Wir Grünen unterstützen die Weiterentwicklung des Beteiligungshaushalts vorbehaltlos. Dabei sind uns folgende Punkte wichtig:

- Die BürgerInnen müssen bereits an der Entscheidung über die Gestaltung des Beteiligungsverfahrens beteiligt werden. Dies soll durch ein repräsentatives Verfahren erfolgen. Dafür gilt es rasch passende Formen zu finden.
- Für diese Beratungen muss – anders als beim ersten Beteiligungshaushalt – ausreichend Zeit zur Verfügung stehen.
- Die bewährte Vielfalt an Beteiligungsangeboten („Instrumenten-Mix“) sollte beibehalten werden, damit möglichst viele Menschen angesprochen werden.
- Es müssen ausreichend Mittel in den Haushalt eingestellt werden.
- BürgerInnen müssen die Möglichkeit haben, Vorschläge zu konkreten städtischen Leistungen zu unterbreiten, darüber zu beraten und abzustimmen.
- Es soll geprüft werden, ob der Schwerpunkt der Beratungen auf Stadtbezirke und Stadtteile gelegt wird.

Die Lokale Agenda 21 – den Nachhaltigkeitsprozess vorantreiben

Global denken. 1992 wurde der Begriff der Nachhaltigkeit durch den Leitfaden der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (Agenda 21) endgültig salonfähig. Nachhaltig oder zukunftsfähig handeln bedeutet, unseren Kindern und Enkelkindern ein weitgehend intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge zu hinterlassen.

Lokal handeln. Die Teilnehmer dieser Konferenz forderten auch die Kommunen auf, eine lokale Agenda 21 zu entwickeln und umzusetzen. Wie viele Städte weltweit ist Freiburg diesem Aufruf gefolgt. Es entstand ein Leitbild für ein zukunftsfähiges Freiburg, das zu zahlreichen, oft preisgekrönten und vom Land geförderten Projekten inspirierte – man denke nur an den nicaraguanischen Fair-Trade-Kaffee „Freinica“, das Kindergartenprojekt „Die Blaue Schatzkiste“ und den „Wasserstadtplan“.

Die Wirkung vervielfachen. Die Idee, ein systematisches Nachhaltigkeitsmanagement einzurichten, wurde von der Stadtverwaltung jahrelang mehr oder weniger ignoriert. Mit dem Amtsantritt von Dieter Salomon als Oberbürgermeister begann eine neue Phase der Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und Bürgerschaft. Die Lokale Agenda 21 erhielt innerhalb der Verwaltung einen deutlich höheren Stellenwert, neue inhaltliche Impulse und neue organisatorische Grundlagen. 2006 verpflichtete sich der Gemeinderat mit Unterzeichnung der „Aalborg Commitments“ zur Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagements. 2007 wurde der Freiburger Nachhaltigkeitsrat gegründet, in dem VertreterInnen der Gemeinderatsfraktionen, der Verwaltung und der Bürgerschaft gemeinsam über Freiburgs Weg in die Zukunft verhandeln. 2009 werden dem Gemeinderat erste Ergebnisse vorgelegt.

Freiburg hat als „Green City“ für viele Städte und Gemeinden in aller Welt Vorbildcharakter erlangt. Wir Grünen fördern die Weiterentwicklung der Freiburger Lokalen Agenda 21, um das Profil der „Green City“ weiter zu schärfen (siehe auch Stadtentwicklung; Klimaschutz).

Freiburg – eine bewegte Stadt – eine Stadt in Bewegung

Bewegung steigert die Gesundheit und das Wohlbefinden, erhält die Fitness und die Beweglichkeit des Körpers, entspannt und bietet Erholung vom Alltag. 88 % der Freiburger Bevölkerung sind vielfältig sportlich aktiv. Ca. 30 % von ihnen sind Mitglied in einem der vielen Sportvereine, etwa 15 % der Sportaktiven betreiben Sport auch als Wettkampfsport.

Mit zunehmendem Alter werden die Menschen in Freiburg bewegungsaktiver und treiben vor allem in der unmittelbaren Umgebung ihrer Wohnung Sport. Ganz oben auf der Beliebtheitskala sowohl bei Frauen wie auch bei Männern steht das Radfahren, gefolgt vom Jogging bei Männern und dem Schwimmen bei Frauen.

Räume schaffen, zur Bewegung anregen. Kommunale Sportpolitik heißt für uns vor allem, neue Bewegungsräume in Wohnquartieren zu schaffen bzw. bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen auf die Möglichkeit zur sportlichen Nutzung zu achten. Eine Tischtennisplatte oder ein Basketballkorb, eine Boulebahn oder ein aufgemaltes Tor auf einer Wand animieren zu sportlichen Aktivitäten. Innerstädtische Grünflächen müssen für sportliche Aktivitäten nutzbar sein.

Vor allem Kinder und Jugendliche, die in sportlicher Hinsicht unterdurchschnittlich aktiv sind, wollen wir mit solchen wohnortnahen Planungen zu Bewegungsaktivitäten anregen und damit präventiv gegen Bewegungs- und Gesundheitsdefizite agieren. Bewegung und Sport stärken nicht nur das körperliche, sondern auch das seelische Wohlbefinden. Sportliche Aktivitäten stärken bei Kindern und Jugendlichen das Selbstbewusstsein, fördern die soziale Kompetenz sowie Verantwortungs- und Leistungsbe-reitschaft.

Kinder und Jugendliche brauchen auch Räume für ihre „trendigen“ Sportarten wie Skaten, Inlineskaten und Biken. Ein neuer Skatepark im Freiburger Osten ist deshalb überfällig.

Für Abwechslung sorgen. Kommunale Sportpolitik bedeutet für uns auch, vielfältige und abwechslungsreiche Bewegungsformen zu ermöglichen. In den Grünzonen an den Rändern der Stadt und entlang der Dreisam sollen deshalb zusätzliche Routen für Mountainbiker, Jogger und Inliner ausgeschildert werden. Oft fehlen nur kurze Verbindungsstücke, um eine neue Wegstrecke für sportliche Radfahrer zu erschließen, oder ein unbefestigtes Wegstück verhindert einen neuen Rundkurs für Inlineskater. Frauen wiederum brauchen bei Dunkelheit – vor allem im Winter – beleuchtete Strecken zum Joggen. Ein attraktives Schwimmangebot soll zudem in Freiburg erhalten bleiben.

Auch der Behindertensport braucht in Freiburg mehr Raum. Bereits heute ziehen zahlreiche Handbiker auf den Radwegen rund um Freiburg ihre Runden. Überfällig ist auch eine Teilnahmemöglichkeit für Handbiker beim Freiburg-Marathon. (Siehe auch Stadtentwicklung.)

Die Vereine stärken. Sportpolitik bedeutet für uns aber auch, den Vereinssport in Freiburg weiter zu stärken. In kaum einem anderen Bereich engagieren sich so viele Bürgerinnen und Bürger sowohl finanziell wie auch im Ehrenamt. Eine besondere Anerkennung verdienen Vereine, die große Kinder- und Jugendabteilungen unterhalten oder im Bereich Behindertensport besonders aktiv sind. Weil immer mehr junge Sportvereinsmitglieder einen Migrationshintergrund haben, sind gemeinsame sportliche Aktivitäten in Vereinen heute ein wichtiges Element kommunaler Integrationspolitik. Dieses soziale, integrative Engagement in Sportvereinen wollen wir weiterhin fördern.

Regenbogenpolitik in Freiburg

Mit Freiburg wird ein Lebensgefühl von Offenheit, Liberalität und Vielfalt verbunden. Dies drückt sich auch im hohen Anteil der hier wohnenden Lesben und Schwulen aus. Der LSVD (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland) veröffentlichte 2007 eine bundesweite Statistik, aus der hervorgeht, dass 7 % der in Deutschland lebenden Menschen homosexuell sind. Für Freiburg bedeutet dies bei einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 210.000 Bürgern und Bürgerinnen einen Anteil von ca. 14.700 schwul-lesbisch lebenden Singles, Paaren oder Regenbogenfamilien. Das LebenspartnerIn-nengesetz, das durch Initiative und auf Druck von Bündnis 90/Die Grünen zustande kam, brachte mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Von tatsächlicher Gleichstellung mit heterosexuellen Ehepaaren, z.B. beim Steuer- und Sozialrecht, sind wir allerdings immer noch weit entfernt. Gleichstellung erfahren trauungswillige Lesben und Schwule in Freiburg, da sie dank OB Dieter Salomon ihre Trauung selbstverständlich im städtischen Standesamt vollziehen können.

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender müssen nicht nur toleriert, sondern gesellschaftlich akzeptiert werden. Sie haben das Recht, als selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft offen und angstfrei zu leben. Gerade Frauen und Männer, die ihr zugewiesenes Geschlecht als nicht bindend empfinden, müssen immer noch am stärksten gegen offene Diskriminierung ankämpfen. Noch immer gibt es sichtbare und unsichtbare Ressentiments gegenüber offen lebenden Schwulen und Lesben unterschiedlichen Alters und anderer Lebenskontexte, so z.B. in Schulen, in Familien, bei der Besetzung von Arbeitsstellen oder im Altersheim. Auch in diesem Bereich muss auf Bildung gesetzt werden, damit die Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen in der Gesellschaft wächst.

Was wir wollen

Wir wollen eine aktive kommunale Politik für Lebensformen, die Benachteiligung abbaut und unterschiedliche Lebensweisen ermöglicht und fördert. Deshalb fordern wir Grünen:

- schwul-lesbische Aufklärungsarbeit und Weiterbildungsangebote überall dort, wo ein (sozial)pädagogischer Erziehungsauftrag geleistet wird, z.B. an Schulen, in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und im Bereich der Jugendhilfe;
- Antidiskriminierungstrainings und Fortbildungen für städtische MitarbeiterInnen zum Thema Coming-out am Arbeitsplatz;
- die zuverlässige ideelle und finanzielle Unterstützung der Projekt- und Beratungslandschaft in Freiburg. Vereine und Gruppierungen wie die Rosa Hilfe, das Frauenlesbenzentrum oder FLUSS (Freiburgs lesbisches und schwules Schulprojekt) leisten einen enormen Beitrag zur Aufklärung und bieten einzelnen Gruppen ihre Räume für Beratung und Austausch an. Die Stadt Freiburg kann sich glücklich schätzen, dass auch in diesem Bereich Ehrenamtliche viel Zeit investieren;
- die weitere Sensibilisierung und Aufklärung gesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen in Freiburg, um Vorurteile gegenüber Lesben und Schwulen im fortgeschrittenen Alter oder mit Migrationshintergrund abzubauen;
- die finanzielle Unterstützung entsprechender Kulturangebote wie der Schwulen- und Lesbenfilm-woche oder des Christopher Street Day.

Die Freiburger Grünen treten ein für eine offene und vielfältige Stadt, die von gegenseitiger Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber alternativen Lebensformen geprägt ist.

Kultur ist ein Spiegel der Gesellschaft, zeigt Probleme auf, regt zum Nachdenken über Gesellschaft an. Kultur bietet einen Freiraum, in dem auch ein Denken jenseits der herrschenden Verhältnisse möglich ist. Kultur beinhaltet die sinnliche Wahrnehmung ebenso wie die geistige Auseinandersetzung. Sie öffnet den Blick für Neues, setzt Impulse und bezieht uns als BürgerInnen mit ein.

Kultur zu erhalten, zu fördern, zu ermöglichen ist daher zentraler Bestandteil einer Politik, die über den Tag hinausblickt. Denn wir benötigen Kultur, um uns selbst zu begreifen und weiterzuentwickeln. Kulturpolitik ist somit elementarer Bestandteil jeder politischen Arbeit, insbesondere grüner Politik, die sich als nachhaltig versteht. Grüne Kulturpolitik orientiert sich an grünen Grundwerten:

- **Grüne Kulturpolitik ist dialogbereit** und unterstützt eine Beteiligung der BürgerInnen an der Kultur im Sinne einer aktiven Kultur statt reiner Konsumentenkultur. Zentrale Bedeutung hat für uns daher auch der Dialog mit den Akteuren der Kunst- und Kulturszene. Wir fordern aber auch ein, dass die Kultur- und Kunstschaffenden mit den FreiburgerInnen über ihr Tun ins Gespräch kommen. Wir plädieren dafür, dass Kunst und Kultur häufiger an ungewohnten Orten stattfinden soll, um besagten Dialog zu erleichtern und neues Publikum zu gewinnen. Im „Grünen Salon“ werden wir selbst weiterhin regelmäßig unsere Positionen mit den Kulturschaffenden – durchaus auch kontrovers – austragen.
- **Grüne Kulturpolitik ist bunt, vielfältig und integrativ** und verfolgt keine Orientierung an einer Leitkultur, sondern sieht in der Vielfältigkeit der Kultur in Freiburg einen Spiegel der vielfältigen Lebensverhältnisse in unserer Stadt. Durch kulturelle Arbeit wird nicht nur Freiburg als Stadt vielfältiger MigrantInnenkulturen und Lebensstile sichtbar, durch den Dialog und die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kulturen ist Integration überhaupt erst möglich. Kulturpolitik darf sich daher nicht auf die Förderung und Unterstützung des bereits Etablierten beschränken, sie muss auch darauf hinarbeiten, das Neue, das Andere, das Alternative sichtbar zu machen und zu unterstützen (*siehe auch* Integration).
- **Grüne Kulturpolitik ist nicht elitär.** Sie fordert eine Orientierung der Kulturpolitik am Gemeinwesen und Möglichkeiten der Teilhabe aller FreiburgerInnen an kulturellen Veranstaltungen. Wir unterstützen kulturelle Bildung als zentrales Element der Chancengleichheit.
- **Grüne Kulturpolitik ist nachhaltig.** Unser Schwerpunkt liegt in einer kontinuierlichen Kulturarbeit vor Ort. Wir setzen uns daher für Verantwortungspartnerschaften zwischen Politik und Kultur ein, die den kulturellen Institutionen die nötige Planungssicherheit für eine nachhaltige Entwicklung bieten. Dazu gehört auch die Diskussion über die Anpassung von Zuschüssen an steigende Kosten, die die Leistungsfähigkeit mancher Einrichtungen bedrohen können. Andererseits ist der Politik über Zielvereinbarungen und deren Evaluation die Möglichkeit gegeben, zentrale kulturpolitische Anliegen wie z.B. kulturelle Bildung gezielt zu fördern. Ansätze hierzu sehen wir im Freiburger Kulturkonzept. Nachhaltigkeit bedeutet aber auch eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die auch die künftige Finanzierung sicherstellt (als „freiwillige“ Leistung ist die Kultur besonders von Haushaltsrisiken bedroht).

Ausgangslage

Kulturelle Ereignisse und Auseinandersetzungen haben eine überragende Bedeutung für die Sinnfindung einer Gesellschaft. Trotzdem gehört die Bereitstellung einer auskömmlichen kulturellen Infrastruktur hierzulande noch immer nicht zu den staatlichen Pflichtaufgaben. Hier muss dringend ein Umdenken einsetzen, wie dies auch die Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ fordert.

Im föderalistischen System der Bundesrepublik gehört die Kultur zu den Aufgaben der Bundesländer. Das Land Baden-Württemberg verteilt seine Zuwendungen extrem ungerecht: 50 % der Kulturförderung für die Kommunen fließen nach Stuttgart und Karlsruhe, den Rest teilen sich die übrigen Kommunen (darunter auch Mannheim). Das muss sich ändern. Wir treten für eine stärkere Förderung des südwestlichen Landesteils ein und fordern die CDU/FDP-Landesregierung zu einem deutlichen Kurswechsel auf.

Trotzdem verfügt Freiburg über eine erstaunliche Vielzahl kultureller Projekte und Einrichtungen – und durchaus nicht alle erhalten finanzielle Zuwendungen der öffentlichen Hand! Es gibt eine Vielzahl freier Theatergruppen und Tanzensembles. Im Bereich der bildenden Kunst existieren eine Reihe renommierter Galerien, der Kunstraum Alexander Bürkle und das überregional bedeutende Morat-Institut. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Kulturvereinen, seien es Chöre, Musikgruppen, Schauspielensembles, Kunstausstellungen oder einer der vielen Fördervereine.

Städtische Zuschüsse erhalten zunächst die eigenen Kultureinrichtungen der Stadt:

- Für die „großen“ Einrichtungen, also das Stadttheater, die städtischen Museen (Augustinermuseum, Museum für Neue Kunst, das Archäologische Museum im Colombischlössle und das Adelhausermuseum für Naturkunde), das Stadtarchiv, die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die städtische Musikschule und das Planetarium gibt die Stadt insgesamt rund 24 Millionen Euro aus.
- Daneben fördert die Stadt freie Theater (Theater im Marienbad, Wallgrabentheater etc.), das Centre Culturel, das Carl-Schurz-Haus, Chöre, Ensembles (ensemble recherche), Orchester (z.B. das Freiburger Barockorchester) und Musikgruppen (etwa das Jazzfestival oder das Tanzfestival) mit insgesamt rund 4 Millionen Euro und fördert daneben mit kleineren Posten noch die Heimatpflege, die bildende Kunst, die Denkmalpflege und kirchliche Angelegenheiten.
- Allein für das Kulturrat und die zentrale Kulturverwaltung (Hausmeister, Techniker, Wachdienste, Personalabrechnungen etc.) gibt die Stadt derzeit 4 Millionen Euro pro Jahr aus.

Die Grünen fühlen sich einer nachhaltigen Haushaltspolitik verpflichtet, die von den drei Pfeilern Konsolidieren, Sanieren und Investieren getragen wird. Das bedeutet, dass wir auch in der Kulturpolitik Schwerpunkte setzen werden.

2009–2014: Grüne Kulturpolitik für Freiburg

Kulturelle Bildung als Zukunftsaufgabe

In einer immer komplexer werdenden Welt sind Kreativität, Fantasie und kommunikative Fähigkeiten Schlüsselkompetenzen. Der Erwerb und die Ausbildung dieser Kompetenzen sind eng an die Beschäftigung mit Musik, Kunst, Literatur und Spiel gebunden. Nach wie vor haben Kinder aus sogenannten bildungsfernen Milieus signifikant weniger Beispiele und Anleitung, kulturelle Angebote wahrzunehmen. Aber auch für Kinder und Jugendliche aus anderen Schichten konkurriert massenweise seichte Fernsehunterhaltung mit qualitativ hochwertigen Kulturangeboten. Bildung ist somit eine gemeinsame Aufgabe von Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen. Es gibt bereits einige vorbildliche Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen und Schulen. Mit dem Theater im Marienbad haben wir in Freiburg eine gelungene Modellinstitution kultureller Bildung.

Um kulturelle Bildung weiter zu verankern, möchten wir einen Fördertopf für Projekte der kulturellen Bildung über 200.000 Euro jährlich einrichten. Gefördert werden sollen besonders innovative Kooperationen zwischen Kulturinstitutionen und Schulen, Jugendeinrichtungen sowie Kindertagesstätten. Diese sollen eine besondere Projektidee verfolgen oder dauerhaftes kulturelles Lernen in diesen Einrichtungen verankern helfen. Insbesondere einrichtungsübergreifende Projekte, in denen sich SchülerInnen verschiedener Schularten begegnen, halten wir für förderungswürdig. Die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung solcher Konzepte begrüßen wir ausdrücklich.

Städtische Einrichtungen als Schrittmacher

Von den hoch subventionierten städtischen Kultureinrichtungen fordern wir eine Orientierung an den Bedürfnissen des Gemeinwesens ein. Sie sollen – jede auf ihre Weise – ihre Rolle als Schrittmacher der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Werte und Lebensformen definieren und ausfüllen.

Derzeit geht das Theater Freiburg dabei mit Riesenschritten voran. Barbara Mundel steht für ein Theater, das innovativ, provokant und politisch ist – und dabei qualitativ herausragende künstlerische Leistungen bietet. Wir beobachten ein Haus, das neue BesucherInnenschichten anspricht, ein Ensemble, welches das Gebäude verlässt und in die Stadt hinauswirkt und Themen und Leute aus der Stadt ins Theater holt.

Auch von den anderen Institutionen erwarten wir ein aktives Zugehen auf das bereits eroberte oder noch zu überzeugende Publikum. Insbesondere die Museen sollen ihre wertvollen Sammlungsbestände nutzen, um Menschen neugierig zu machen und für kulturelle Themen zu begeistern.

Durch den Umbau und die Neukonzeption des Adelhausermuseums ist die völkerkundliche Abteilung künftig ein „Museum ohne Haus“. Wir erwarten dennoch gerade von dieser Einrichtung starke Impulse für eine Auseinandersetzung mit fremden und heimischen „Kulturen“. Wir werden uns daher vehement dafür einsetzen, dass ethnologische Ausstellungen in den neuen Ausstellungsräumen des Augustinermuseums, aber auch an anderen, eher unkonventionellen Orten der Stadt ihren Platz finden. Wir wünschen uns thematisch die Auseinandersetzung mit der Freiburger Geschichte (insbesondere frühere Bezüge der Stadt zur Kolonisation oder eine Aufbereitung der Geschichte der Migration in Freiburg) wie auch die Präsentation der Lebensgewohnheiten fremder und deutscher Milieus (Stichwort: Interkultur).

Auch in Zukunft sollen das Stadtarchiv, das Archiv für soziale Bewegungen und das Museum für Stadtgeschichte die Identifikation der Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Stadt stärken.

Kulturpolitik muss Schwerpunkte setzen

Freiburg genießt als Musikstadt einen hervorragenden Ruf: Mit dem ensemble recherche, dem ensemble aventure und dem Freiburger Barockorchester ist Freiburg Heimat überregional bekannter Ensembles. Wir möchten den Ruf Freiburgs als Stadt der Musik festigen: Wir unterstützen daher den Bau des Ensemblehauses und die Ensemble-Akademie als zentrale Wirkungsstätten einer Zusammenarbeit von Alter und Neuer Musik. Für den kommenden Haushalt wollen wir eine institutionelle Förderung des Ensemblehauses erreichen, von dem wir uns auch wichtige Impulse im Bereich der kulturellen Bildung erhoffen. Darüber hinaus soll aber auch Musik aus den Bereichen Rock, Pop und Jazz in den kommenden Jahren in Freiburg besser verankert werden. Wir setzen uns dafür ein, die räumlichen Voraussetzungen hierfür zu verbessern.

Freiburg hat sich zu einer lebendigen Stadt der Literatur und des Lesens entwickelt: Viele AutorInnen und hervorragende ÜbersetzerInnen wohnen in Freiburg und Umgebung. Die Literaturtage, das Lirum-LarumLesefest und die Veranstaltungen des Literaturbüros sind gut besucht. Eine Weiterentwicklung der Literaturstadt Freiburg setzt eine starke Institution im Bereich der Literaturvermittlung voraus. Wir unterstützen daher den Ausbau des Freiburger Literaturbüros zu einem vollwertigen Literaturhaus. Freiburg ist immer schon ein Zentrum kultureller Impulse abseits des Mainstreams und der etablierten Kultur gewesen, und dieses Neben- und Miteinander von freien Gruppen und etablierten Einrichtungen ist zentral für eine lebendige Stadtkultur. Die freie Kultur soll auch weiterhin gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen freier Kulturarbeit zu verbessern.

Kultur braucht Orte

Einen strukturellen Mangel sehen wir darin, dass Freiburg im Gegensatz zu ehemaligen Industriestädten nur über sehr wenige unnutzbare und bezahlbare Gebäude verfügt, in denen sich Kultur einnisten kann. Sozial- und kulturkritische Auseinandersetzungen, aber auch spielerisches Ausprobieren benötigen schlicht Räume, wo all dies stattfinden kann. Gerade weil Freiburg immer enger zusammenwächst und so wenig unverplanten Raum für zufällige kulturelle Entwicklung bietet, müssen wir mit den vorhandenen Veranstaltungsorten sorgsam umgehen und – wo immer möglich – neue entwickeln. Die Fabrik in der Habsburger Straße, der Alte Wihrebahnhof – Haus für Film und Literatur, das Centre Culturel Français und das Carl-Schurz-Haus stellen nach wie vor ein Gegengewicht zu manchen Mainstream-Veranstaltungen im Konzerthaus dar.

Unsere Forderung: Die Stadt soll das E-Werk der Badenova abkaufen und sanieren, um diesem Veranstaltungsort eine Zukunftsperspektive zu geben.

„Schräge“ Orte für Kultur, auch Bauten, die nur vorübergehend Kreativität beherbergen können, wie etwa die Projekte „Werder 5“ oder „Rosa 9“ können beispielgebend dafür werden, wie Kunst verschiedenste Räume in der Stadt listig und ideenreich nutzen kann.

Wichtig ist auch, dass gerade für Jugendliche in der Innenstadt und in den Stadtteilen genügend Gebäude, Räume und Plätze zugänglich sind, und zwar dann, wenn junge Leute unterwegs sind. Wir brauchen mehr Proberäume für junge Bands.

Stadtkultur spiegelt sich in der Gestaltung öffentlichen Raums

Wenn wir nicht mehr sind, wird uns unser in Stein gebautes, auf Plätzen ausgebreitetes Lebensgefühl überdauern. Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist für uns nicht nur eine Frage der Stadtentwicklung, sondern steht auch als kulturelle Aufgabe ganz oben auf der städtischen Agenda. „Denkmalpflege“ soll nicht die schlichte Aufbewahrung steinerner Überreste für eine (welche?) Nachwelt sein, sondern eine lebendige Auseinandersetzung der BürgerInnen mit den historischen Bauwerken ihrer Stadt, die ja für die „Kulturen“ vergangener Generationen stehen.

Andererseits prägen Neubauten das Stadtbild durchgreifend und bestimmen unsere Lebenswelt auf Jahrzehnte. Die Architektur muss durch hochwertige Bauten ästhetische Maßstäbe für die nächsten Generationen setzen – eintönige Bauten beeinträchtigen unsere Lebensqualität.

Wir begrüßen die aktuellen Vorstöße der Architektenschaft und wünschen uns wieder mehr Diskussion über die Gestaltung wichtiger Bauwerke und Plätze. Zur Baukultur gehört auch das in den letzten Jahren vernachlässigte Thema „Kunst am Bau“. Wir wünschen uns – so wie im Rieselfeld – mehr interaktive Prozesse zwischen den KünstlerInnen und den BewohnerInnen über die ästhetische Gestaltung der Stadtteile.

Leben im Dreiländereck – Freiburg in Europa und der Welt

Freiburg hat von der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner Grenznahe zu Frankreich und der Schweiz stärker profitiert als andere Städte. Wer einmal einen Ausflug in das benachbarte Elsass oder in die Nordschweiz macht, wird sich der zwei größten Fortschritte sofort bewusst werden: jahrzehntelanger Frieden und offene Grenzen. Die frühere Feindschaft zu Frankreich und die Schwächung des städtischen Wirtschaftspotenzials durch die nahe Grenze sind schon lange einem engen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch in der Oberrheinregion gewichen. Die Europäische Union hat der Region viele Fortschritte und Vorzüge gebracht: Menschen und Waren, aber auch Ideen können die Grenzen in der Region einfach überschreiten. Wir Grünen wollen diesen Prozess weiter unterstützen. Das Voneinanderlernen auf allen Ebenen soll fortgesetzt und verbessert werden. Die natürliche Grenze des Rheins soll durch eine nachhaltige Verbesserung der regionalen öffentlichen Verkehrsverbindungen endgültig überwunden werden.

Freiburg im Herzen Europas

Freiburg ist eine wirtschaftlich, politisch und kulturell eng mit Europa verknüpfte Kommune. Sie profitiert von den Rahmenbedingungen, die die Europäische Union geschaffen hat. Wir Grünen wollen, dass diese Vorteile eines engeren Zusammenlebens mit unseren europäischen Nachbarn wahrgenommen werden und dass wir regional an der Gestaltung Europas mitwirken.

Europa ist für Freiburg Chance und Herausforderung zugleich. In der Region Freiburg sind u.a. in den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft, Bildung, Kultur, Tourismus und Infrastruktur durch die Struktur- und Förderprogramme der Europäischen Union viele sinnvolle Projekte möglich geworden. Zahlreiche soziale Einrichtungen und Projekte wurden und werden vom Europäischen Sozialfonds gefördert. Zugleich ist Freiburg auf vielen Gebieten, ob im Vergaberecht, der Flächenplanung oder im Umweltschutz, von europäischer Gesetzgebung tangiert. Wir brauchen eine Stadtverwaltung, die „fit“ für Europa ist, die Stadt, soziale Initiativen und Wirtschaft bei der Nutzung der europäischen Fördertöpfe berät und rechtzeitig über kommunalrelevante europäische Gesetzesvorhaben informiert.

Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Gründung des „Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace“ am 5. Juli 2006 wurden die Bande zwischen Freiburg und dem Elsass noch enger geknüpft. Die Gründung dieses neuartigen Verbandes ist natürlich nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer höheren Lebensqualität für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze und zur Herstellung eines funktionsfähigen und sinnvollen grenzüberschreitenden Mechanismus der Kooperation. Weil die europäische Idee konkrete Aktionen braucht, muss der Eurodistrict noch stärker ausgebaut werden. Auch die Beziehungen zur Region Basel müssen weiter intensiviert werden. Ebenso begrüßen wir Grünen das Projekt einer grenzüberschreitenden Metropolregion entlang des Hoch- und des Oberrheins. Die Nordwestschweiz, das Elsass und Baden bilden einen vielfältig verflochtenen Raum mit zahlreichen gemeinsamen Interessen. Diese wollen wir gemeinsam entwickeln und uns als Metropolregion in Brüssel Aufmerksamkeit und Gehör verschaffen.

Beispiel TRAS. Ein Beispiel dafür, dass die Zusammenarbeit am Oberrhein auch auf zivilgesellschaftlicher und kommunaler Basis funktioniert, ist der Trinationale Atomschutzverband (TRAS). Freiburg war von Anfang an an der Initiative zur Gründung des TRAS beteiligt. Zahlreiche Gemeinden, politische Vertreter und Umweltverbände dies- und jenseits des Rheins haben sich zusammengeschlossen, um die Abschaltung des maroden und erdbebengefährdeten Atomkraftwerks Fessenheim auf dem Klageweg zu erreichen. Freiburg wird als größte deutsche Kommune im TRAS auch in Zukunft die Aktivitäten des Verbandes finanziell und politisch mit Nachdruck unterstützen.

Ein weltweites Netz von Partnerstädten

Freiburg ist als „Green City“ weltweit zum Vorbild für Städte und Kommunen geworden. Ausdruck dieser internationalen Wertschätzung ist das Angebot des Expo-Gastgeberlandes China an Freiburg, sich auf der Expo 2010 in Schanghai als Kommune der Zukunft zu präsentieren. Wir Grünen begrüßen, dass sich die Stadt Freiburg auch ihrer internationalen Verantwortung bewusst ist und nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ gerade beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnimmt (*siehe auch* Klimaschutz).

Nicht zuletzt für seine Partnerstädte ist Freiburg ein Vorbild geworden, das zur Nachahmung anregt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zunächst Städtepartnerschaften zu den europäischen Nachbarn geknüpft: Besançon (Frankreich), Innsbruck (Österreich), Padua (Italien) und Guildford (England) und später Granada (Spanien) waren die ersten Partnerkommunen. Ende der 1980er Jahre folgten Madison (USA) und Lemberg (Ukraine). Matsuyama (Japan) und Isfahan (Iran) schlossen sich an. Zudem besteht eine Partnerschaft mit Wiwili in Nicaragua. Der kulturelle, wissenschaftliche, wirtschaftliche und technologische Austausch bereichert beide Seiten. Wir Grünen begrüßen diese Entwicklung und die Tatsache, dass unsere Partnerstädte häufig Türöffner für ihr Land sind. Man denke nur an das gemeinsam mit Padua realisierte Solarprojekt, das Freiburger Know-how in ganz Italien vermittelt.

Was wir wollen

- Der „Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace“ sollte mit klaren Kompetenzen und Handlungsspielräumen ausgestattet sein und weiter ausgebaut werden.
- Die Zugstrecke Freiburg–Mulhouse muss vollständig wiederbelebt werden. Auch andere grenzüberschreitende Verkehrsprojekte wie die Anbindung Freiburgs an das TGV-Netz müssen zügig realisiert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen der Region in Sachen Städteplanung und Förderung erneuerbarer Energien von den guten Ideen auf beiden Seiten des Rheins profitieren, z. B. durch Instrumente wie den Eurodistrict.
- Wir Grünen wollen eine europakompetente Verwaltung und die Schaffung eines zentralen Ansprechpartners. Anders als der bewährte Info-Point Europa in der Stadtbibliothek soll er nicht nur Informationszwecken dienen, sondern für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen konkrete Beratung zu allen EU-Angelegenheiten mit lokalem Bezug anbieten.
- Wir Grünen fordern eine bessere Vernetzung des Tourismus-Marketings im Dreiländereck. Den Schwarzwald und das Elsass als gemeinsame Urlaubsregion zu präsentieren bietet große Chancen. Dabei sollten sich beide Regionen als Vorreiter des sanften Tourismus profilieren.

Frauenpolitik und Gender Mainstreaming

Auf eine geschlechtergerechte Stadt hinarbeiten, in der Benachteiligungen, von denen nach wie vor überwiegend Frauen betroffen sind, abgebaut werden, ist ein wesentliches Ziel grüner Politik. Wir wollen jedoch auch den Blick stärker auf die Zwänge lenken, denen Männer in den heute vorgegebenen Rollenmustern immer noch ausgesetzt sind.

Begriffe, Daten und Fakten

„**Gender**“ bezeichnet das soziale Geschlecht von Menschen. Mit sozialem Geschlecht sind die Verhaltensweisen und Erwartungen gemeint, die an das (biologische) Geschlecht eines Menschen geknüpft sind. Diese Verhaltensweisen und Erwartungen sind geprägt von kulturellen Rahmenbedingungen, sie sind erlernt und damit auch veränderbar.

„**Gender Mainstreaming**“ ist ein Instrument, um die unterschiedlichen Auswirkungen gesellschaftlicher und politischer Prozesse und Entscheidungen auf die Lebensumstände, die Interessen und die Bedürfnisse von Frauen und Männern von vornherein und routinemäßig zu berücksichtigen – damit gegebenenfalls vorab erkannte Ungleichgewichte gar nicht erst entstehen.

„**Gender Budgeting**“ ist die Anwendung des Gender-Mainstreaming-Gedankens auf städtische Finanzen. Das bedeutet, dass jede Finanzentscheidung von vornherein und routinemäßig daraufhin abgeklöpft wird, welche unterschiedlichen Auswirkungen sie auf Frauen und Männer, auf Jungen und Mädchen hat. Prüfstein geschlechtergerechter Finanzpolitik ist, ob sie die Gleichberechtigung der Geschlechter fördert.

Familienarbeit wird nach wie vor überwiegend durch Frauen erledigt. Unser Ziel ist es, Männer und Frauen durch die Entwicklung familiengerechter Formen in Wirtschaft und Gesellschaft so zu unterstützen, dass sie ihre Elternrolle wahrnehmen können. Neben Unterstützungsangeboten für Frauen fordern wir auch münderspezifische Angebote. Familienpolitik orientiert sich für uns immer an Genderpolitik. Frauen sind anders. Männer auch. Die Entscheidung der Freiburger Stadtverwaltung, die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau durch die Stabsstelle Gender Mainstreaming zu ergänzen, war richtig und wichtig. Damit wird der Geschlechterblick Teil des politischen Handelns. Denn Frauen und Männer, Jungen und Mädchen leben, lernen, arbeiten und wohnen unterschiedlich. Und wenn aus einem Unterschied ein Nachteil zu werden droht, ist politisches Handeln angesagt.

- *Armut ist weiblich, besonders für alleinerziehende und für alte Frauen. Frauen sind daher häufiger auf günstigen Wohnraum angewiesen als Männer. Wegen ihrer beruflichen und familiären Doppelbelastung benötigen und nutzen Frauen häufiger öffentliche Verkehrsmittel als Männer. Eine „Stadt der kurzen Wege“ erleichtert ihren Alltag beträchtlich. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass es Stadtteile gibt, in denen überdurchschnittlich häufig alleinstehende, arbeitslose Männer in kleinen Wohnungen leben. Hier baut sich ein kritisches soziales Milieu auf.*
- *Mädchen und junge Frauen sind Gewinnerinnen der Bildungspolitik. 55 % der GymnasiastInnen sind weiblich. Die Stadtbibliothek wird ganz überwiegend von Mädchen und Frauen genutzt, ebenso gehen 60 % der verkauften Theaterkarten an Frauen oder Mädchen. – Dagegen sind 55 % der HauptschülerInnen und 65 % der Sonder- und FörderschülerInnen männlich.*
- *Jungen und Mädchen, Frauen und Männer verbringen ihre Freizeit unterschiedlich. Sie nutzen unterschiedliche Sport- und Kulturangebote und sind in unterschiedlichen Vereinen aktiv.*
- *Jungen und Mädchen, Frauen und Männer haben aber auch unterschiedliche Probleme: Gewaltkriminalität und Obdachlosigkeit sind ein überwiegend männliches Problem, „Komasaufen“ bei Heranwachsenden betrifft jedoch beide Geschlechter.*
- *Besonders bei MigrantInnen unterscheiden sich die Lebenslagen von Frauen und Männern oft sehr. Traditionelles Rollenverständnis aus dem Herkunftsland und geschlechtsbedingt unterschiedlich gute Kenntnisse der deutschen Sprache können die Situation von Migrantinnen und Migranten sehr unterschiedlich prägen.*

Was wir wollen

Zuallererst wollen wir Informationen über die unterschiedlichen Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in unserer Stadt. Wir wollen vom Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung geschlechtergetrennt aufbereitete Zahlen, Daten und Fakten als Grundlage politischer

Analyse und politischen Handelns. Es ist Aufgabe der Politik, das Amt mit den dazu notwendigen Stellen und Mitteln auszustatten.

- Wir wollen eine Wohnungspolitik (*siehe auch* Wohnen), die alleinerziehende Frauen und Männer ebenso berücksichtigt wie die klassische Familie mit Kindern.
- Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege mit Ärzten, Geschäften, Schulen, Kinderbetreuung, SeniorInnen-Wohnheimen und Begegnungsstätten in jedem Stadtteil und einer guten Verkehrsanbindung in die Stadt, die autolosen Frauen den gleichen Aktionsradius bietet wie autonutzenden Männern.
- Wir wollen eine Schulpolitik (*siehe auch* Bildung), die geschlechtsspezifische Förderung anbietet, wie z.B. Leseförderung für Jungen und das Heranführen von Mädchen an Fächer, die traditionell als Männerdomänen gelten.
- Wir wollen, dass städtisches Geld zur Sport- und Kulturförderung (*siehe auch* Freiburg – eine bewegte Stadt; Kultur) geschlechtergerecht eingesetzt wird. Ebenso wollen wir eine Jugendarbeit, die die Probleme von Mädchen ebenso ernst nimmt wie die von Jungen – auch wenn Jungen mehr „Probleme machen“ und daher schnell als die wichtigere Zielgruppe für Jugendarbeit gelten.
- Wir wollen eine geschlechtergerechte und geschlechtersensible Sprachförderung für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Dabei müssen wir im Kindergarten anfangen und dürfen in der Hauptschule noch lange nicht damit aufhören.
- Wir wollen den Weg über die Kinder nutzen, um vor allem MigrantInnen mit unserer Sprachförderung zu erreichen und ihnen so eine entscheidende Voraussetzung zur Teilnahme am öffentlichen Leben in Freiburg vermitteln.

Das Geschlecht der betroffenen und beteiligten Menschen „mitzudenken“ muss selbstverständlich werden – für jeden Schritt der Stadtpolitik in Freiburg. Und weil „Politik machen“ immer auch bedeutet, Geld für bestimmte Zwecke auszugeben, muss ein geschlechtergerechter Haushalt Standard werden.

Alles Gender – oder was?

Genderpolitik ergänzt Frauenpolitik, macht sie aber keinesfalls überflüssig. Nach wie vor bestehen in vielen Bereichen unserer Stadt Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten fort. Zwar konnten Frauen in Bereichen wie Kultur, Soziales und Schulen inzwischen auch die Führungsetagen erobern. Aber wie sieht es im Wirtschafts-, Finanz- oder Baubereich aus? Unser Ziel ist es, im städtischen Einflussbereich mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, das Leben mit Kindern mit dem Berufsleben vereinbaren zu können. Wir Grünen werden uns weiter dafür einsetzen, dass ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen – ebenso, wie wir den Wandel von Stadtverwaltung, städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben zu familienfreundlichen Betrieben fordern (*siehe auch* Wirtschaftspolitik).

Alleinerziehende Frauen. Alleinerziehende Frauen sind besonders häufig von Arbeitslosengeld II abhängig, das kaum finanziellen Spielraum für eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben lässt. Statt mit der oft geforderten Sozialbetreuung wollen wir hier mit der Änderung der Rahmenbedingungen gegensteuern: Alleinerziehende sollen bei der Kinderbetreuung und bei halbtäglichen Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten bevorzugt werden. Die Expertise der Kontaktstelle „Frau und Beruf“ ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar.

Gewalt gegen Frauen. Auch hier und heute gibt es noch Gewalt gegen Frauen, häufig gekoppelt mit sexuellen Übergriffen. Aufklärungskampagnen, Gesetzesänderungen, Beratungsstellen und Hilfsangebote haben die Gewalt gegenüber Frauen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, dennoch ist nach wie vor die Dunkelziffer dieser Gewaltfälle hoch. Geändert hat sich allerdings die Häufigkeit, mit der die Betroffenen Hilfe suchen, und die Entschlossenheit Einzelner, sich zur Wehr zu setzen. Den von sexueller Gewalt betroffenen Frauen und Kindern gilt unsere ganze Solidarität. Wir unterstützen deshalb kompromisslos Einrichtungen wie Frauenhorizonte, Wildwasser, Wendepunkt oder Tritta, die Frauen und Kindern Beratung und Hilfe bieten, ebenso wie das Frauenhaus, den Verein „Obdach für Frauen“ oder die Frauenfachberatungsstelle als Orte der Zuflucht. Wir setzen uns weiterhin für die Erhaltung eines breit gefächerten, niedrigschwelligen Angebots von Beratung, Unterstützung und Hilfe für Opfer sexueller bzw. familiärer Gewalt ein.

Betrachtet man die Zusammensetzung des Gemeinderates, ist Freiburg mehr und mehr eine Stadt der Frauen. Mehr als ein Drittel der GemeinderätInnen sind Frauen. Grüne Politik setzt sich für ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern ein – innerhalb und außerhalb des Rathauses.

Integration

Freiburg ist eine Einwanderungsstadt. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben Zehntausende von Einwanderern – Heimatvertriebene, Aussiedler, ArbeitsmigrantInnen und ausländische WissenschaftlerInnen – hier eine neue Heimat gefunden. Ohne sie wäre Freiburg nicht die vielfältige, lebendige und prosperierende Stadt, die es heute ist. Doch wir Grünen wissen: Der Prozess der Integration ist keineswegs abgeschlossen. Und wir wissen auch: Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort, in der Kommune. Hier muss Vielfalt gelebt werden. Hier müssen die Zuwanderer gleiche Chancen auf Bildung und Arbeit bekommen. Hier entscheidet sich, ob Einheimische und Einwanderer sich mit Respekt begegnen und aufeinander zugehen. Hier können beide lernen, die kulturellen Eigenheiten, Normen und Lebensweisen des jeweils anderen zu akzeptieren.

Kurzum: Der soziale Frieden und der wirtschaftliche Erfolg einer Stadt hängen entscheidend von einem erfolgreichen Integrationskonzept ab, das auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten sein muss. Dieses Konzept auszubauen und – wo nötig – zu modifizieren und an neue Entwicklungen anzupassen wird die zentrale Aufgabe grüner Kommunalpolitik in den kommenden fünf Jahren sein.

Internationales Freiburg

Menschen aus 161 Ländern leben in Freiburg – manche sind erst vor kurzem zum Studium in die Stadt gekommen, andere als Kinder oder Enkel der sogenannten Gastarbeiter hier aufgewachsen. Viele haben ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, einige haben sich einbürgern lassen, andere sind von Abschiebung bedroht.

Nach den neuesten Daten haben fast 30 % der FreiburgerInnen einen Migrationshintergrund, der Anteil der unter 18-Jährigen beträgt 67 %. Jedes zweite in Freiburg geborene Kind hat mindestens einen Elternteil, der aus dem Ausland kommt. Jede dritte in Freiburg geschlossene Ehe ist binational.

Die „offene Stadt“ ist Bereicherung und Herausforderung zugleich. Denn Integration umfasst *alle* Zuwanderer – nicht nur ComputerexpertInnen oder Pflegekräfte, sondern auch Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen und als Flüchtlinge oder ohne legalen Aufenthaltsstatus in Freiburg leben.

Handlungsfelder

Auch in Freiburg müssen wir MigrantInnen gleichberechtigten Zugang zu den zentralen Bereichen der Stadtgesellschaft ermöglichen – zu Bildung und Ausbildung, Arbeit und Wohnen, zu politischer Partizipation und zu kulturellen Aktivitäten.

Bildung

Bildung ist ein Schlüsselbereich für die erfolgreiche Integration von MigrantInnen. Kindergärten und Schulen sind die Orte, an denen die Weichen gestellt werden: Hier werden Freundschaften geknüpft, hier lernt man unterschiedliche Lebensweisen, Religionen und Kulturen kennen, und hier wird die verbindende Sprache Deutsch erlernt. Dass Kinder mehrsprachig aufwachsen, ist kein Manko, sondern eine Bereicherung, die später berufliche Vorteile bieten kann.

Doch immer noch entscheidet die Herkunft über Bildungschancen. An Freiburger Gymnasien ist der Anteil von Zuwandererkindern viel zu niedrig, an Haupt- und Förderschulen dagegen zu hoch. Bildungspotenziale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden nicht ausgeschöpft. Hier müssen wir massiv gegensteuern, um den Teufelskreis „sprachlos – bildungslos – arbeitslos“ zu durchbrechen. Früh investieren statt spät reparieren ist unsere Devise.

Frühkindliche Sprachförderung. Auf den Anfang kommt es an: Sprachförderung wird aufgrund unserer Initiative ab diesem Jahr in Freiburger Kitas zu einer festen Einrichtung. Denn was Kinder mit Sprachproblemen – ob aus deutschen oder zugewanderten Familien – brauchen, ist eine professionelle, kontinuierliche Unterstützung. Sprachförderung ist mehr als eine Reparaturmaßnahme, sie muss Teil eines interkulturellen Bildungsprozesses für alle Kinder sein – ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte. Für diese Prozesse brauchen wir wesentlich mehr ErzieherInnen und LehrerInnen mit interkultureller Erfahrung (*siehe auch* Bildung).

MigrantInnen machen Schule. Die Vielfalt in Klassenzimmern und Kitas muss sich auch in Lehrerzimmern abbilden. LehrerInnen und ErzieherInnen, die selbst eine Zuwanderungsgeschichte haben, sind kulturelle, soziale und sprachliche Brückenbauer und damit AnsprechpartnerInnen. Sie sind wich-

tige Vorbilder für die Schülerinnen und Schüler, weil sie zeigen, dass Schul- und Studienerfolg für MigrantInnen möglich ist und dass die Anstrengung sich lohnt!

Wir wollen an Freiburger Schulen eine Kampagne starten, die junge Leute mit Migrationshintergrund ermutigt, Erzieher oder Lehrerin zu werden. SchülerInnen aus Einwandererfamilien und ihre Eltern sollen gezielt angesprochen, über Ausbildungsmöglichkeiten informiert und während der Berufsorientierungsphase beraten und begleitet werden.

Beruf

Erwerbsarbeit ermöglicht nicht nur ökonomische Eigenständigkeit, sondern ist auch eine wichtige Quelle sozialer Anerkennung. MigrantInnen sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, vielen von ihnen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund rechtlicher Restriktionen verwehrt oder zumindest erschwert. Sie unterliegen Wartefristen und dem Vorrangigkeitsprinzip, und ihre im Heimatland erworbenen Bildungsabschlüsse werden häufig nicht anerkannt. Gezielte Initiativen sind notwendig, um die Ausbildungs- und Einstellungsbereitschaft der Betriebe zu erhöhen.

MigrantInnen schaffen Arbeitsplätze – Arbeitsplätze schaffen Integration. Allein in den 1990er Jahren verdoppelte sich die Zahl ausländischer Selbstständiger und UnternehmerInnen in Deutschland. Längst finden Existenzgründungen von MigrantInnen nicht mehr nur in den klassischen Domänen Gastronomie oder Einzelhandel statt. MigrantInnen sind heute als Ärztinnen, Handwerker, Architektinnen, Bauunternehmer und Ingenieure tätig und schaffen Arbeitsplätze. Eine vitale Zuwanderer-Ökonomie erfüllt wichtige Aufgaben: Zum einen stellt sie gerade jugendlichen Migranten Ausbildungsplätze zur Verfügung, zum anderen sind Unternehmer mit Migrationshintergrund Rollenvorbilder, die unter Beweis stellen, dass ein sozialer Aufstieg möglich ist. Dieses Potenzial muss die Stadt besser nutzen (siehe auch Wirtschaftspolitik).

Wir Grünen wollen

- Unternehmensgründungen von Zuwanderern unterstützen,
- Aktionstage (z.B. auf dem Rathausplatz oder im Konzerthaus), bei denen sich von Zuwanderern gegründete Betriebe präsentieren,
- einen Regionalverbund von Arbeitsagentur, Schulen und Zuwandererbetrieben, um benachteiligten Jugendlichen den Zugang zu Ausbildungsplätzen zu erleichtern,
- Patenschaften von erfolgreichen (Migranten-)Unternehmern für benachteiligte Jugendliche und angehende Selbstständige fördern.

Politische Partizipation

Kommunales Wahlrecht für alle. Das allgemeine Wahlrecht ist ein wesentliches Element der Demokratie. BürgerInnen, die aus Nicht-EU-Ländern kommen, sind nach wie vor vom Wahlrecht ausgeschlossen, auch wenn sie hier geboren und aufgewachsen sind. Diese Ungleichbehandlung ist angesichts der gesellschaftlichen Realität nicht länger hinnehmbar. In Deutschland lebende Einwanderer sind von politischen Entscheidungen genauso betroffen und erfüllen ihre staatsbürgerlichen Pflichten genauso wie deutsche Staatsangehörige.

Für das kommunale Wahlrecht soll nicht das Herkunftsland, sondern der Lebensmittelpunkt entscheidend sein. Wir fordern daher, dass alle Menschen, die fünf Jahre und länger hier leben, das aktive und passive Wahlrecht erhalten, und unterstützen den Vorstoß der grünen Oberbürgermeister zur Änderung des Artikels 28 Abs.1 des Grundgesetzes.

Stadtteile

Integration fängt im unmittelbaren Lebensumfeld an: Nachbarschaften, Kindergärten und Schulen, Jugend- und Seniorentreffs, Vereine und Initiativen leisten in vielen Freiburger Stadtteilen wertvolle Integrationsarbeit. Nachbarschaftliche Kontakte und Aktivitäten sind Voraussetzung für soziale Netzwerke und damit Grundlage einer positiven Stadtteilentwicklung.

Dazu muss in besonders belasteten Quartieren die Wohn- und Lebensqualität verbessert werden, z.B. durch die Instandsetzung und Modernisierung von Wohnraum, die Schaffung von Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten und die Gestaltung von Freiräumen. Die Kindertagesstätten und Schulen im Stadtteil müssen so ausgestattet werden, dass sie ihre besonderen Aufgaben, z.B. das Programm „Mama lernt Deutsch“ oder heilpädagogische und logopädische Förderung, erfüllen können. Wir brauchen Familienzentren, die Bildung, Betreuung, Beratung und Unterstützung für Kinder und ihre Eltern anbieten. Wir brauchen interkulturelle Stadtteiltreffs, Sportangebote auf Schulhöfen, interkulturelle Elternarbeit an Schulen und Mediatoren, die bei Nachbarschaftskonflikten vermitteln. Kurz: Bei der Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung von Stadtteilentwicklungsplänen muss die Integration von Zuwanderern einen höheren Stellenwert bekommen.

Interkulturelle Kulturarbeit

Freiburgs Stadtgesellschaft ist geprägt von kultureller und interkultureller Vielfalt. Diese Vielfalt wird zunehmend von MigrantInnen mitgestaltet, die aus der Nische der sogenannten Migrantenkunst her austreten. Kulturpolitik muss dieser Entwicklung Rechnung tragen und den Künstlerinnen und Künstlern, Kulturinitiativen und -vereinen die Möglichkeit geben, sich zu präsentieren und in der städtischen Gesellschaft sichtbar zu werden. Interkulturelle Kulturarbeit ist vor allem dort erfolgreich, wo sie im Stadtteil verankert ist und damit einen direkten Bezug zur Lebenswirklichkeit der Bevölkerung hat.

Auch in Freiburg sollte ein „Netzwerk Interkultur“ gegründet werden, das die wichtigsten Akteure auf dem Feld der interkulturellen Kulturarbeit zusammenbringt und die vielfältigen Aktivitäten sichtbar macht, vernetzt und weiterentwickelt.

Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Zurzeit leben rund 1.000 Flüchtlinge in städtischen Wohnheimen oder Wohnungen. Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes stehen jedem von ihnen 4,5 qm in einer Sammelunterkunft und Sachleistungen zu. Das Stadtgebiet dürfen sie grundsätzlich nicht verlassen. Das ist menschenunwürdig. Das Dilemma kommunaler Flüchtlingspolitik ist jedoch, dass sie im Rahmen bundes- und landesgesetzlicher Vorgaben handeln und deren Folgeprobleme lösen muss. Die Stadt kann und sollte dennoch versuchen, ihre Spielräume zu nutzen.

Ein Schwerpunkt unserer Gemeinderatsarbeit war in den letzten Jahren die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen: Bargeld statt Sachleistungen, Kindergartenplätze für alle Flüchtlingskinder, Sprachkurse für Jugendliche, kürzere Verweildauer in Sammelunterkünften. Zum Schutz der Gruppe der Roma in Freiburger Flüchtlingswohnheimen haben wir eine Resolution verfasst, die der Gemeinderat mit überwältigender Mehrheit verabschiedet hat.

Die neue Bleiberechtsregelung bringt neue Aufgaben mit sich: Unser Ziel ist es, Menschen, die in Freiburg einen Bleiberechtsantrag gestellt haben, zu einem dauerhaften Aufenthalt durch eine existenzsichernde Tätigkeit zu verhelfen.

Runder Tisch „Illegalität“. Nach dem von uns initiierten Hearing „Menschen ohne Papiere in Freiburg“ im Mai 2003 hat sich unter Leitung der Stadt Freiburg ein Runder Tisch gegründet, der die rechtlichen und humanitären Probleme „Illegaler“ fachlich aufbereitet und praktische Lösungsperspektiven entwickelt. So wurden alle Freiburger Schulen darüber informiert, dass sie Kinder ohne Aufenthaltsstatus unterrichten können und durch das Menschenrecht auf Bildung geschützt sind. Auch wurde ein Gesundheitsfonds eingerichtet, der eine bessere medizinische Versorgung ermöglichen soll. Wir werden auch weiter daran arbeiten, die Situation „Illegaler“ in Freiburg zu verbessern.

Sportvereine und -angebote

Sport ist ein Integrationsmotor. Spielerisch – im wahrsten Sinne des Wortes – finden Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterschiedlichster Herkunft in Freiburger Sportvereinen zusammen. Sportvereine kooperieren nicht nur untereinander, sondern auch mit Ganztagschulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren. In diesen Netzwerken wird tagtäglich Integrationsarbeit geleistet – unspektakulär und selbstverständlich. „Sport um Mitternacht“ ist ein gutes Beispiel dafür. Wir Grünen wollen Sportvereine, die diese Aufgaben in der Regel ehrenamtlich wahrnehmen, verstärkt unterstützen und fördern.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement hat für Integrationsprozesse eine besondere Bedeutung. Fast ein Viertel der in Deutschland lebenden MigrantInnen engagiert sich freiwillig. Diese MigrantInnen sind sozial besser eingebunden, haben andere Kommunikationsmöglichkeiten und mehr Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe.

Freiburger Migrantenvereine sind wichtige „Brückenbauer“ und Partner integrationspolitischer Initiativen. Daher wollen wir Grünen das bürgerschaftliche Engagement von Einwanderern mit Qualifizierungsangeboten, Schulungen und professioneller Beratung (z.B. durch die Freiwilligen-Agentur) unterstützen und die Vernetzung mit deutschen Organisationen und Vereinen fördern.

Interkulturelle Öffnung der Institutionen

Die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung ist ein weiterer Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik. So kann die Verwaltung als Arbeitgeber die Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt unterstützen und positive Signale für die lokale Wirtschaft setzen. Eine städtische Personalentwicklung unter interkulturellen Gesichtspunkten bedeutet, MigrantInnen sowohl bei Einstellungen wie auch bei der Vergabe städtischer Ausbildungsplätze stärker zu berücksichtigen. Davon profitieren beide Seiten: die Zuwanderer, weil sie AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung haben, die ihren kulturellen Hintergrund verstehen; die Stadtverwaltung, weil sich ihr neue Sicht- und Handlungsweisen eröffnen und eine größere Bandbreite an Kompetenzen nutzbar wird. Was in größeren Unternehmen längst selbstverständlich ist, muss auch für öffentliche Verwaltungen gelten: Sie müssen internationaler werden. Zudem wäre es förderlich, wenn mehr städtisches Informationsmaterial in mehrsprachiger Form bereitgestellt würde.

Integration in der Stadt der Wissenschaft

Wissenschaftliche Exzellenz beruht auf Weltoffenheit und Internationalität. Freiburg muss für den internationalen wissenschaftlichen Nachwuchs noch attraktiver werden. Angesichts des demografischen Wandels und des weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen gleichzeitig die Potenziale von MigrantInnen im Inland stärker erschlossen werden als bisher. Nach wie vor ist der Anteil ausländischer Studierender, die ihr Studium in Deutschland erfolgreich abschließen, zu gering. Die Attraktivität des Standorts für ausländische WissenschaftlerInnen erhöht sich auch, wenn den Familienangehörigen gute Perspektiven geboten werden. So müssen ausreichende und zeitlich flexible Kinderbetreuungsangebote – vor allem für unter Dreijährige – vorhanden sein, die internationalen Standards entsprechen. Mit der Verdopplung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige in den nächsten fünf Jahren sind wir auf dem richtigen Weg (*siehe auch* Kinder, Jugend und Familie).

Index

A

Adelhausermuseum 43
Agenda-21-Büro 36
Aidsprävention 26
Aktionstage 50
Alkohol 25, 29, 35
Alkoholprävention 29
Alkoholverbote 35
Alleinerziehende 5, 7, 27, 28, 48
Altbausanierung 11
altersgerechte Stadtplanung 30
Alter Wiehrebahnhof 44
ambulante Pflege 30
Arbeitslose 17
Arbeitslosengeld II 23, 25, 28, 48
Arbeitslosigkeit 18, 21, 25, 50
Arbeitsplätze 17 – 21, 26, 50
Architektur 44
Arge Freiburg 21
Armut 5, 27, 28, 47
Armutsbekämpfung 28, 29
Armutsprävention 5
Asylrecht 51
Atomenergie 11, 13
Augustinerplatz 10, 29
autoarme Stadtteile 15
Autoverkehr 14, 15

B

Babybegrüßungspaket 28
Badenova 12, 13, 44
Bahn 15
Baugruppen 33, 34
Behindertensport 40
Behinderung 23, 26
Beratung und Hilfe 29, 48
Bermudadreieck 35
Beteiligung 23, 24, 36, 38, 42
Beteiligungshaushalt 22, 24, 38, 39
Betreuungsangebote 5, 6, 21, 27
Bewegung 6, 40
Bildung 5 – 7, 9, 21, 23, 25, 27 – 29, 33, 37, 41 – 45, 48, 49, 51
Bildungsbericht 6
Bildungschancen 6, 8, 21, 49
Bildungsregion Freiburg 5
Biogas 12
Biomasse 12
Bisexuelle 41
Bleiberechtsregelung 51
Blockheizkraftwerke 11
Branchenmix 2
Bürgerbeteiligung 1, 2, 11, 24, 36 – 38
Bürgerentscheide 37, 38
Bürgerschaftliches Engagement 24, 36, 52
Bus 15

C

Carl-Schurz-Haus 43, 44
Car-Sharing 15
Centre Culturel Français 44
Chancengleichheit 42
Christopher Street Day 41
CO₂-Emissionen 11

D

Demenzkranke 31
demografische Entwicklung 5, 30
Demokratisierung 37
Demonstrationen 35
Denkmalpflege 43, 44
Dienstleistungsstandort 3, 18
Dreiländereck 19, 30, 45, 46
Dreisam 3, 40
duales Ausbildungssystem 21

E

ehrenamtliches Engagement 37
Ein-Euro-Essen 6
Elsass 19, 45, 46
emissionsfreie Stadt 2, 11
Energieberatung 11, 12
Energieeinspareffekte 11
Energemix 12
Energiesparen 12
ensemble recherche 6, 43, 44
Erfolgreich in Ausbildung 6, 23, 29
erneuerbare Energien 12
Erstausstattung 7
Erwerbslose 21
Erzieher 8, 50
Eurodistrict 45, 46
Europa 1, 45, 46
E-Werk 44
Existenzgründungen 18, 50
externes Controlling 23

F

Fabrik 44
Fachhochschule 10, 30
Fahrrad 14
Fahrradabstellplätze 10
Fahrradstadt 10
Familie 8, 20, 21, 27, 48
Familiennetze 28
Familienpolitik 47
Familienzentren 28, 30, 51
Familie und Beruf 8, 20, 21
FARBE e.V. 36
Ferienbetreuung 7
Fessenheim 13, 45
Flächeneinsparung 1
Flächennutzungsplan 2020 1, 38
Flächennutzungsplanung 4, 38
flexible Nachmittagsbetreuung 27
Flüchtlingswohnheime 51
FLUSS (Freiburgs lesbisches und schwules Schulprojekt) 41
Frauen 18, 20, 24, 25, 27, 30, 37, 40, 41, 47, 48
Frauenlesbenzentrum 41
Frauenpolitik 20, 29, 47, 48
Frau und Beruf 20, 21, 48
Freiburger Stadtbau 22, 32, 33
Freiburg–Mulhouse, Zugstrecke 46
freie Schulen 9
Freilandsolaranlagen 12
Freitaler 19
Freizeitmöglichkeiten 29
frühkindliche Sprachförderung 49
Führungspositionen 48
FußgängerInnen 14, 16

G

G8-Gymnasien 7
Ganztagsschulen 5, 6, 7, 8, 21, 27, 52
GemeinderätInnen 48
Gender 20, 29, 30, 47, 48
Gender-Gesichtspunkte 30
Genderpolitik 47, 48
Genossenschaften 33
Geothermie 12
geschlechtergerechter Haushalt 48
geschlechtergerechte Stadt 47
Geschlechtergerechtigkeit 17, 20
geschlechtersensible Sprachförderung 48
geschlechtsspezifische Angebote 29
geschlechtsspezifische Förderung 48
Gesundheit 40
Gewalt gegen Frauen 48
Gewaltkriminalität 47
Gewerbeflächen 3
Gleichberechtigung 47
Gleichstellung 41
Green City 1, 17, 20, 39, 46
Gründungsbüro 18
grüne Kulturpolitik 42, 43
Grüner Salon 42
Güterbahnhof 3, 18
Gutleutmatten 3

H

Handwerk 11, 17 – 19, 21
Hartz-IV-Empfänger 12
Hauptfahrradrouten 15
Haushaltsdefizit 22
Haushaltspolitik 22, 23, 43
Hochschulen 5, 7, 10, 17, 18, 27
Homosexuelle 41

I

Innenentwicklung 1, 2, 38
Innenstadt 2, 3, 10, 35, 37, 44
Innovationsfonds 6
Integration 5, 8, 9, 20, 25, 28, 37, 42, 49 – 52
Integrationskonzept 49
integrative Modellschule 8
interkulturelle Kulturarbeit 51
interkulturelle Öffnung 52
interkulturelle Stadtteiltreffs 51
internationales Freiburg 49

J

Jazz- & Rockschele 9
Jugendbüro 36
Jugendliche 5, 21, 25, 27 – 29, 37, 40, 43, 44, 50 – 52
Jung und Alt 2, 30

K

Kinder 5 – 9, 13, 21, 25 – 29, 40, 43, 48, 49, 51, 52
Kinderarmut 27, 28
Kinderbetreuung 23, 28, 48
Kindergärten 1, 4, 8, 21 – 24, 49, 51
Kindertagesstätten 8, 23, 27, 28, 43, 51, 52
Klimaschutz 11, 12, 17, 19, 32, 39, 46
Klimaschutztechnologien 17
Klimawandel 11, 13, 17
Kommerzialisierung 2

kommunale Flüchtlingspolitik 51
kommunale Sportpolitik 40
kommunales Wahlrecht 50
Kongresse 20
Kraft-Wärme-Kopplung 11, 12
Kreativität 18, 43, 44
Kultur 2, 6, 9, 18, 24, 42, 44, 45, 48
kulturelle Bildung 6, 9, 43
kulturelle Infrastruktur 42

L

Langzeitarbeitslose 21
lebenslanges Lernen 9
LebenspartnerInnengesetz 41
Lebensqualität 2, 14, 18, 44, 45, 51
LehrerInnen 8, 50
Leitfaden Bürgerbeteiligung 38
Lesben 41
liberales Klima 35
Literatur 43, 44
Literaturhaus 44
Lokale Agenda 21 36, 39
lokale Arbeitsmarktpolitik 21

M

Männer 20, 30, 41, 47, 48
Menschenrecht 51
Messen 20
Mietspiegel 32
Mietzuschüsse 32
Migrantenkinder 5, 6
MigrantInnen 5, 8, 20, 29, 37, 47 – 52
MigrantInnenkulturen 42
Migrationshintergrund 5, 8, 28, 40, 41, 49, 50
Minicontracting 12
Mittagsbetreuung 7
Mobilität 14 – 16
Modellschule 8
Modellstadtteil 3
Musikhochschule 5, 6, 10
Musikschule 9, 43
Musikstadt 44

N

nachhaltige Energieversorgung 13
nachhaltige Haushaltspolitik 43
nachhaltige Stadtentwicklung 1, 38
nachhaltiges Wirtschaften 17
Nachhaltigkeit 1, 22, 36, 38, 39, 42
Nachverdichtung 2, 3
Neuinvestitionen 23

O

Obdachlosigkeit 47
Ökobilanz von Produkten 20
Ökostation 9
ÖPNV 1 – 3, 14 – 16, 26
östliche Altstadt 3

P

Pädagogische Hochschule 5, 7, 10
Passivhausgebiet 3
Passivhausstandard 11, 23
Patenschaften 7, 8, 50
Pflegebedürftigkeit 30
Planetarium 9, 43

Planungsgewinne 4
Präventionsmaßnahmen 26, 27, 35
preiswerter Wohnraum 33

Q

Quartiersentwicklung 2

R

Radverkehrskonzept 2020 14
Randgruppenverordnung 35
Regionalisierung 19
Regio- oder Ökostrom 12
Rollenverständnis 47
Roma 51
Rosa Hilfe 41
Rottecking 2

S

Sanierung 3, 6, 19, 22 – 25, 32, 33
Schulden 22, 23
Schuldenabbau 22 – 24
Schule für alle 8
Schulen 1, 4 – 9, 22 – 25, 27 – 29, 41, 43, 48 – 51
Schulkooperationen 6
Schulneubauten 23
Schulsanierung 6
Schulsozialarbeit 7, 23
Schulung in Partizipationsmanagement 38
Schwule 41
schwul-lesbische Aufklärungsarbeit 41
Selbsthilfebüro 36
Seniorenbüro 31, 34
SeniorInnen 30, 37, 48
„Shared-Space“-Konzept 15
Sicherheit im Radverkehr 15
Solarenergie 11
Sozialausgaben 22, 23
soziale Benachteiligung 27
sozialer Frieden 49
soziale Herkunft 28
soziale Dienstleistungen 25
sozialer Mietwohnungsbau 32, 33
soziale Gerechtigkeit 5
Sozialpolitik 5, 21, 25
Sozialtickets 25
Sozialwohnungen 32
Sport 8, 24, 40, 47, 48, 52
Sportvereine 24, 40, 51, 52
Sprachentwicklung 5
Sprachförderung 7, 8, 28, 29, 48, 49
Sprachkompetenz 6, 28, 29
Stadtarchiv 43, 44
Stadtbahn 15, 23
Stadtbau 11, 22, 23, 32 – 34, 38
Stadtbibliothek 7, 9, 43, 46, 47
Städtepartnerschaften 46
Stadtteilentwicklung 51
Stadttheater 6, 43
Stadttunnel 3, 15
Standortfaktoren 18
Starterset 7
Staudinger-Gesamtschule 8, 9
Steuereinnahmen 17, 22, 23
Stiftungen 24
Stromerzeugung 12
studentisches Wohnen 34

Studiengebühren 10
Studieren 10
Suchtkranke 25
Suchtpräventionspolitik 25

T

Teilhabe 5, 30, 42, 48, 52
TGV-Netz 46
Theater 43
Thüga 13
Tourismus 20, 45, 46
Transgender 41
Treffpunkt Freiburg 36
Trinationaler Atomschutzverband 13, 45

U

Umwelt- und Solarhauptstadt 18
umweltverträgliche Verkehrspolitik 14
Universität 5, 10, 19, 20, 31
Unternehmensgründungen 18, 50
UnternehmerInnen 18, 50

V

Vereinssport 40
Vergaberecht 19, 45
Vermögenshaushalt 22
Verschuldung siehe Schulden
Verwaltungshaushalt 22
Verwaltungsreform 23
Videoüberwachung 35
Vielfältigkeit 41, 42
Volkshochschule 9, 36, 43

W

Wagenburgen 34
Wald 4, 9, 12, 19
Waldhaus 9
Wasserkraft 12
Weiterbildung 9
Windräder 12, 24
Wirtschaft 17, 18, 19, 20, 21, 25, 37, 45, 47, 52
Wissenschaft 5, 19, 52
Wohnformen im Alter 31, 34
Wohngeld 7, 32, 33
Wohnhäuser 11
Wohnraum 2, 10, 25, 27, 32 – 34, 47, 51
Wohnungslosigkeit 25
Wohnungspolitik 48

Z

Zukunftsdividende 24

**Kreisverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Freiburg
Haslacherstr. 61,
79115 Freiburg
Tel.: 07 61 - 70 12 14
Fax 07 61 - 7 54 05
kv@gruene-freiburg.de
www.gruene-freiburg.de**